

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühren betragen für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere frühestens am Tag der Expedition abgegeben werden.

Nr. 294.

Freitag, den 16. Dezember 1910.

17. Jahrg.

Hierzu 3 Beilagen und „Die Neue Welt“.

Der gestäupte Reichsverbändler.

Eine derbe aber notwendige Abstrafung war es, die Dienstag die sozialdemokratische Reichstagsfraktion an dem deutschen Reichskanzler vornahm. Und dadurch, daß der Delinquent sich gegen seine öffentliche, dreimal verdiente Züchtigung zur Wehre setzte, führte er selber seinen totalen moralischen Zusammenbruch herbei. Der Mann ist erledigt.

Nicht etwa, daß er nun ginge. Wie käme er dazu? Herr Bethmann-Hollweg hat ja selber erklärt, was man in der Öffentlichkeit über ihn urteilt, lasse ihn „vollständig kalt“. Und der Sozialdemokratie kann es nur recht sein, wenn er bleibt. Ein Mann als Reichskanzler, der sich im Reichstag einen frivolsten Eingriff in ein schwebendes Gerichtsverfahren vorwerfen lassen muß, der diesen vernichtenden Vorwurf damit pariert, daß er einen neuen zynischen Versuch macht, die Richter zu beeinflussen und das Urteil des Prozesses vorwegzunehmen — was kann für unsere politischen Verhältnisse charakteristischer sein, was kann aufklärender, aufrüttelnder wirken? Der Genosse Liebknecht hatte in der Tat recht, wenn er den amerikanischen Genossen gegenüber auf diese „Perle von Reichskanzler“ nicht verzichtete wollte und in das Stoßgebiet ausbrach: Gott erhalte uns deutschen Sozialdemokraten unsern Bethmann-Hollweg in alle Ewigkeiten, Amen!

Dem Genossen David war es bekanntlich vorbehalten, in einer wirkungsvollen Rede, die mit einem Geplänkel gegen die bürgerlichen Parteien anhub und dann zum Kernthema des Moabiter Prozesses überging, das auszusprechen, was dem Reichsverbändler im Kanzlerstuhl auf seine Heerde am Sonnabend geantwortet werden mußte. Eilig holte man den Brauen herbei. Doch die Szene, die nun folgte, wöllen wir jetzt einmal ein bürgerliches, weit rechtsstehendes, ein nationalliberales Blatt schildern lassen. Die „National-Zeitung“ schreibt:

Als der Sozialdemokrat dann die Anklage des Vorwärts gegen den Reichskanzler wegen seiner Verteidigung des Verhaltens der Polizei von der Tribüne herab scharf und bissig wiederholte, wurde Herr v. Bethmann-Hollweg nicht aus der Verborgenheit herbeigeholt. Die resignierte Miene, mit der er sich in seinen Sessel sinken ließ, wich aber bald, während ihn der sozialdemokratische Redner höflich apostrophierte, einer unverkennbaren Nervosität. Und auch der sonst so hilfsbereite Block griff nicht schützend ein: im Zentrum und auf der Rechten herrschte nachdenkliche Ruhe.

Die erwartete Erwiderung des Reichskanzlers blieb nicht aus. Sie war kurz; die sonore Bedeutung der Worte verriet die innere Erregung noch mehr als das gerötete Gesicht. Herr v. Bethmann-Hollweg wies die Verdächtigung des Eingriffs in die unbeeendete Moabiter Verhandlung sehr entrüstet zurück; seine Argumente waren nicht ohne Geschick gewählt. Es schien, als ob er einen ungetriebenen schwarzenblauen Sieg über die äußerste Linke erringen würde. Doch plötzlich entfuhr ihm, dem sonst so philosophische Bedächtigen, das Wort: die moralische Schuld an den Moabiter Ereignissen trifft doch die Sozialdemokratie.

Und im Augenblick war der Tumult da. Sozialdemokratische Zwischenrufe: Frechheit! Gelogen! lösten aus dem Wirrwarr der Stimmen hervor; Präsident Schulz, zum erstenmal seit der Investitur mit seinem wichtigen Amt in einen derartigen parlamentarischen Kampf verwickelt, schwang ohne Erfolg die Glocke, verteilte Ordnungsriefe und rebete vergebens auf die „Ruhestörer“ ein. Wohl zwei Minuten hielt der Lärm an. Der „stimmlichen“ Überlegenheit des Blocks gelang es schließlich, Herrn v. Bethmann-Hollweg für die Vollendung seines Satzes Gehör zu verschaffen. Als der Reichskanzler sich wieder setzte, dröhnte der Beifall der Regierungsmajorität durch den Saal und ersticke das Zischen.

Dieser Zwischenfall stellt in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus in seiner unvermittelten Schärfe eine Ausnahme dar. Er ist in hohem Maße bedauerlich, beweist aber zugleich, wie hoch die Bogen der politischen Erregung im Augenblick gehen. Während der ganzen Szene verhielt sich die bürgerliche Linke völlig passiv. Nur konservative und Zentrumsmitglieder parierten den sozialdemokratischen Vorstoß gegen die parlamentarischen guten Sitten mit Streifen wie „unreife Bengel“. Und als Beschwörer des Sturmes trat der freisinnige Schrader auf, dessen ruhiger Charakter es gelang, die aufgeregten Gemüter wieder in die Bahn der sachlichen Diskussion zu lenken. Doch als Gewinn des heutigen Tages bleibt nur die deprimierende Erkenntnis einer schlimmen Vorbedeutung für die Zukunft.

Klingt das nicht wie Sterbegeläute? Man fühlt das betäubende Gewitter, von dessen Fruchtbarkeit der Dienstag nur ein ankündigendes Wetterleuchten war,

und man schließt eilig die Fenster, damit's nicht einschlägt.

Was sich jetzt im öffentlichen Leben Deutschlands abspielt, steht in der Tat seit Jahrzehnten einzig in der Geschichte des deutschen Parlaments da. Man muß schon in die dunklen Zeiten des Ausnahmegesetzes zurückwandern, wo im Kanzlerstuhl der Vater der politischen Korruption saß, der olle ehrliche Bismarck, und ihm zur Seite der schamloseste aller preussischen Minister, sein Schwager Puttkamer. Als damals die Spizeleien der Puttkamerischen Polizei an den Tag kamen, als einer dieser Lumpenhunde nach dem andern ans Licht gezogen wurde, da stellte sich Herr Puttkamer schützend vor die Polizeipolizei und sorgte dafür, daß ihnen „als eine eklatante Genugtuung“ das Allgemeine Ehrenzeichen in Gold überreicht wurde. Herr Bethmann-Hollweg hat dafür gesorgt, daß über die Schutzleute von Moabit, über deren Vorgehen sich nahezu alle Zeugenaussagen decken, deren Spizeleien unendlich feststehen und deren Spizeltalente auch in Moabit durch einwandfreie Zeugenaussagen eiblich festgestellt sind, sich ein reiches Ordensseggen ergötzen wird. Und er hat noch mehr getan: er hat in ein schwebendes Gerichtsverfahren zugunsten der Polizei eingegriffen, und, darauf festgenagelt, hat er diesen Eingriff wiederholt und das Urteil des Gerichts vorweggenommen. Damit hat dieser Herr bewiesen, daß ihm die nötigen Qualitäten fehlen, die nun einmal nötig sind, wenn man als Prokurist der herrschenden Klassen die politischen Geschäfte der Firma Kapital u. Co. führen will.

Gemüß! Man wird dem armen Manne auf dem Kanzlerstuhl sein Mitgefühl nicht versagen. Auch er ist ein Opfer seiner Verhältnisse, auch er ist ein Opfer der Moabiter Polizei; über die er schützend seine dürren Hände halten wollte, wobei er sich aber nur selber am Polizeifüßel die fürchterlichsten Wunden holte. Um das Ansehen der Polizei zu retten, ruinierte er sein eigenes Ansehen. Und an den Wunden, die er sich hier geholt, wird er hoffnungslos verbluten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Bethmannsche Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie.

Offiziell wird über die Absichten Bethmann-Hollwegs geschrieben:

„Der Reichskanzler hat in seiner Sonnabendrede darauf hingewiesen, daß bei der kommenden Neugestaltung unseres materiellen Strafrechts eine Erweiterung der Strafbestimmungen gegen die Aufwiegelung und die Verherrlichung begangener Verbrechen in Aussicht genommen ist. Während das bisherige Gesetz nur die Aufforderung zu bestimmten Handlungen für strafbar erklärt, soll in Zukunft dem Auffordern das Aufreizen gleichgestellt werden. . . . Dabel soll nicht nur die Aufforderung zur Begehung von Verbrechen und Vergehen, sondern auch die Anreizung zur Auflehnung gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen gegen die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen unter Strafe gestellt werden. Damit werden alle strafgesetlichen, also auch die Übertretungsverbote, umfaßt. — Neu eingefügt in das Strafgesetzbuch soll eine Vorschrift gegen das Verherrlichen begangener Verbrechen werden.“

Gegen das Verfahren, die sogenannte agitatorische Glorifikation, sollen Strafbestimmungen geschaffen werden, denen derjenige verfällt, der öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften begangene Verbrechen verherrlicht. Dieser Vorschlag beruht auf der Erwägung, daß in steigendem Maße in einem Teil der Tagespresse und in öffentlichen Versammlungen Morde an Fürsten und Staatsmännern in einer Weise verherrlicht wurden, die in weiten Kreisen der Bevölkerung Anstoß und Entrüstung erregt hat. Diesem Treiben entgegenzutreten war bei der Lage der gegenwärtigen Gesetzgebung nicht möglich. Solche Erwägungen haben bereits in anderen Ländern dazu geführt, Strafbestimmungen gegen die Verherrlichung von Verbrechen zu schaffen, so in Frankreich, Italien, Österreich, Spanien, Norwegen usw. Auch in Deutschland ist ein gleicher Versuch bereits im Jahre 1894 durch eine dem Reichstag vorgelegte Novelle zur Änderung und Ergänzung des Strafgesetzbuches gemacht worden. Dieser Versuch ist allerdings mit dem ganzen Entwurf gescheitert. Seitdem sind jedoch die damals beobachteten Mißstände in so vermehrtem und verstärktem Maße hervorgetreten, daß eine Wiederholung der früheren Forderungen geboten erscheint.“

Die Redensarten von der Notwendigkeit der in Aussicht genommenen Erweiterung des Strafgesetzbuches sind

ebenso beweislose Behauptungen, wie die Beschuldigungen, die der Kanzler im Reichstag gegen die Sozialdemokratie erhob. Ganz abgesehen aber davon macht die hier näher skizzierte Aktion einen überaus kläglichen Eindruck. Selbst angenommen, es fände sich ein Reichstag, der der geplanten Aufwärmung der seligen Umsturzbillie günstiger gegenübersteht als 1895 — wem will man denn mit solchen Kaufschubbestimmungen Schaden? Glaubt Bethmann wirklich, die Sozialdemokratie vernichten zu können, indem er Fuhangeln für Redner und Redakteure legt? Der Mann hat noch keinen Augenblick das Wesen der Sozialdemokratie begriffen.

„Maßregeln gegen die Sozialdemokratie.“

Unter dieser auffälligen Überschrift läßt sich die nationalliberale „Magdeburger Zeitung“ aus Berlin schreiben: „Wer bis jetzt noch daran zweifelte, daß die Regierung zu einem entschiedenen Vorgehen gegen die Sozialdemokratie entschlossen ist, der wird aus den wiederholten scharfen Erklärungen des Reichskanzlers im Reichstage eines anderen belehrt worden sein. Nach den Moabiter Unruhen wird man sich auf eine unnahe scharfe Anwendung der bestehenden Gesetze gefaßt machen müssen, und die im Frühjahr beginnenden Verhandlungen über die Feststellung des Entwurfs eines neuen Strafgesetzbuches werden ganz sicher unter dem Gesichtspunkt einer schärferen Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie geführt werden.“

Wer bis jetzt auch noch glaubte, die verbündeten Regierungen würden den Wünschen der Mehrheiten des Reichstages oder seiner Ausschüsse in bezug auf das Arbeitskammergesetz, auf die Reichsverfahrensordnung und die Strafprozessordnung nachgeben, der wird diese Hoffnung aufgeben müssen.

Der Bundesrat wird die Einbeziehung der Eisenbahnwerkstättenarbeiter in das Arbeitskammergesetz und die Zulassung der Gewerkschaftssekretäre in die Arbeitskammern nun erst recht bekämpfen und schließlich den Entwurf scheitern lassen, wenn der Reichstag auf seinen Beschlüssen beharren sollte.

Ebenso wird der Bundesrat auf der Hälfte der Krankenkassenbeiträge bestehen, um die Herrschaft der Sozialdemokratie über die Krankenkassen zu brechen, wo von einer solchen Herrschaft die Rede sein kann. Ebenso wenig ist daran zu denken, daß der Bundesrat nachgeben wird in bezug auf die Forderung der Strafprozesskommission nach gewissen Ausnahmerechten für den Reichstag oder die Abgeordneten. (Einschränkung des Beschlagnahmerechts in Parlamentsgebäuden, Zeugnisverweigerung, Strafvollstreckung usw.) Als vor einiger Zeit eine Umstürze bei den größeren Regierungen über ihre Stellung zu diesen Forderungen gehalten wurde, haben diese einstimmig die Forderung abgelehnt, und in der Zwischenzeit dürften sich die Ansichten der befragten Regierungen eher verhärtet als gemildert haben. Im Bundesrat ist man nämlich der Meinung, daß alle diese Forderungen eines größeren Schutzes der „Immunität“ der Abgeordneten ausschließlich der Sozialdemokratie zugute kommen würde, wenn der Bundesrat sie genehmigte. Unter diesen Umständen ist vorauszu sehen, daß, wenn der Reichstag seine Forderungen nicht fallen läßt, aus den geplanten Entwürfen vorläufig überhaupt nichts werden wird.

Der Bundesratsausschuß für die elsässisch-lothringische Verfassung hat schon zwei Tage beraten, ohne fertig zu werden, weil u. a. auch das auf breiter Grundlage aufgebaute Wahlrecht auf Bedenken gestoßen ist. Man befürchtet offenbar auch hier, durch Gewährung eines freieren Wahlrechts nur der Sozialdemokratie den Eintritt in das elsässische Parlament zu erleichtern.“

Trotz der scheinbaren Sicherheit, mit der der Artikelschreiber seine Behauptungen aufstellt, macht die ganze Notiz mehr den Eindruck, als handle es sich um nationalliberale Wünsche und nicht um das Programm der Regierung.

Ergebnisse zum preussischen Landtag.

Durch die Beförderung des nationalliberalen Abg. Schiffer zum Rat am Oberverwaltungsgericht mußte in Magdeburg eine Nachwahl stattfinden; Schiffer kandidierte wieder und wurde wiedergewählt.

Auch in Schroda mußte für den früheren Abg. Szumann eine Nachwahl stattfinden. Es wurden abgegeben für Rechtsanwalt v. Trampczynski 372 Stimmen und für den deutschen Kandidaten . . .

Wo bleibt der Leutnant mit zehn Mann?
Der pfäffische „Reichsbote“ heuchelt Entrüstung über die Sturmzüge, die sich am Dienstag im Reichstag abspielte. Das fromme Blatt macht dafür natürlich nicht den Reichskanzler verantwortlich, der den Vorfall durch seine ungeheuerlichen Behauptungen provoziert hat, sondern die Sozialdemokraten, die sich in der Abwehr befinden. Der „Reichsbote“ teilt seinem offenbar stupiden Lesepublikum sogar mit, daß die Szene von den Sozialdemokraten vorher sorgfältig vorbereitet worden sei. Das Blatt schließt dann:

Waren die gekrönten Erzeiße aber ein abgetartetes Spiel, so liegt in ihnen auch ein unzweifelhaft revolutionärer Vorstoß gegen die Staatsautorität vor, gegen welchen sich die parlamentarischen Machtmittel des Präsidiums des Reichstags als unzulänglich erwiesen haben. Somit ergeht zunächst aus der Mitte des Volkes heraus ein lauter Ordnungsruf gegen diesen mutwilligen Frevel an der parlamentarischen Ordnung und an der Ehre des vornehmsten Reichsbeamten. Bleibt ein solcher aber ungesühnt, und wird der Reichstag von neuem der Schauplatz wilder Ordnungstörungen, so wäre allerdings der Augenblick gekommen, wo der Leutnant des Herrn v. Oldenburg mit seinen zehn Mann unter dem Befehl aller Freunde des Vaterlandes in Aktion träte.“
Die „Mitte des Volkes“, aus der dieser Schreie kommt, sind einige fanatische Pfaffen, die sich ihrer Ohnmacht im Kampfe gegen die Sozialdemokratie vollkommen bewußt sind.

Entlastungszeugen für die Moabitler Polizei.

In den „Berliner Neuesten Nachrichten“ jammert irgend eine Ordnungsstütze wieder einmal über den Verlauf des Moabitler Prozesses. Er beklagt sich bitter darüber, daß die Rollen so vertauscht und die Polizei auf die Anklagebank gekommen und ruft in seiner Seelenangst nach Entlastungszeugen für die Polizei. Große Hoffnung, daß dieser Ruf bessere Erfolge haben werde, als der des Polizeipräsidenten Sagow, hat der Mann aber selbst nicht. Er erzählt:

„Einer meiner Bekannten hat damals der Neugier nicht widerstehen können, sich von den Vorgängen in Moabit durch eigenen Augenschein zu überzeugen. Er war empört über die sinnlose Wut, mit welcher der Böbel die Polizei angriff, um sich dann hinterlistig in den schnell geöffneten Häusern wieder zu verbergen. Für das ruhige Anhalten der Schulleute in dieser wenig beneidenswerten, oft lebensgefährlichen Lage fand er Worte des höchsten Lobes. Aber als ich ihn fragte: „Warum stellen Sie sich denn nicht der Staatsanwaltschaft oder dem Polizeipräsidenten als Zeuge zur Verfügung?“ da hatte er nur ein Achselzucken übrig und machte allerlei Ausflüchte von Mangel an Zeit, Unbequemlichkeit, Schererei usw.“

Die Erzählung schließt mit Entrüstungsrufen über die bequemen Staatsbürger, die, selbst wenn es den Staat zu retten gilt, nicht die geringste Mühe auf sich nehmen wollen. Der viel näher liegende Gedanke, daß der „empörte“ Bekannte nur Redensarten gemacht, die er unter Eid nicht zu wiederholen vermag, daß er seine Erzählung nicht vertreten kann, ist anscheinend dem bekümmerten Staatsreiter der „Berliner Neuesten Nachrichten“ garnicht gekommen.

Heydebrand, der Stolz der Konservativen.

Herr v. Heydebrand ist wieder als Kandidat für die kommende Reichstagswahl aufgestellt. Ganz geheimer scheint seinen Freunden die Sache aber doch nicht zu sein. Wenigstens versendet der konservative Wahlkreisvorsitzende, Herr v. Kessel, ein streng vertrauliches Rundschreiben, das ein günstiger Wind unserem Breslauer Parteiblatt, der „Volkswacht“, auf den Redaktionstisch geweht hat. In dem Schreiben wird hervorgehoben, daß die Versammlung, die Herrn v. Heydebrand wieder aufgestellt hat, zwar große Begeisterung erkennen ließ, aber, so meint Herr v. Kessel, das kann auch einmal anders kommen und fährt dann in seinem Schreiben fort:

„Vor allem müssen wir nun, nachdem Herr v. Heydebrand wieder als Kandidat für die Reichstagswahl aufgestellt worden ist, darauf halten, daß die Frage, wen wir für das nächste Mal wählen sollten, von Herren, die Vertrauensmänner sind, von solchen, die sich konservativ nennen, und von allen, für die eine liberal-sozialdemokratische Mehrheit im Reichstage den wirtschaftlichen Ruin bedeuten würde, überhaupt nicht mehr gestellt wird.“

Auch die mehr liberal gestimmten Wähler müssen sich neulich in Dresden klar geworden sein, wohin die Reise geht, wenn wir die Sozialdemokratie noch übermächtig werden lassen und wenn ihr Übermut und ihr Machtgefühl noch dadurch gefördert wird, daß die bürgerlichen Parteien sich in einem Wahlkreis, wie dem unseren, der trotz allem jüngerer konservativer Besitz bleiben wird, bekämpfen.

Wir Konservativen müssen stolz sein, einen Mann, wie Herrn v. Heydebrand, der gegenwärtig als der bedeutendste Politiker gilt, zu wählen.

So müssen wir nicht nur selbst rücheltlos und zugleich mit größter Energie für ihn eintreten, sondern müssen auch dafür sorgen, daß wir nun ersahren, wer unsere Freunde, wer unsere Feinde sind.

Ferner spreche ich die Bitte aus, daß alle diejenigen Gasthäuser, in denen sozialdemokratische Versammlungen stattfinden, unter keinen Umständen mehr besucht werden; auch wäre ich dankbar, wenn mir die Namen solcher Gasthäuser mitgeteilt würden.“

Dieser Brief zeigt nicht gerade davon, daß die Konservativen sich im Kreise des angekränkten Königs von Preußen besonders sicher fühlen. Der Hinweis darauf, gegen Gastworte, die ihren Saal zu sozialdemokratischen Versammlungen zur Verfügung stellen, Terrorismus anzuwenden, bedeutet einen Vorgriff darauf, in welcher Art die Konservativen in diesem Kreise den nächsten Wahlkampf zu führen gedenken. Bei der Wahl in Pabian-Weslau haben die Konservativen behauptet, daß dort von den Fortschrittlichen mit „amerikanischen“ Mitteln gekämpft worden sei. Der Wahlkampf im Kreise des Herrn v. Heydebrand dürfte vermutlich nach hinterwäldlicher Manier geführt werden.

Eine freikonservative Drohung.

Zwischen den Nationalliberalen und den Fortschrittlichen ist für die Provinz Brandenburg ein Wahlabkommen geschlossen worden. Beide Parteien haben die Kandidaturen unter sich verteilt. Nun heißt aber die freikonservative Partei in der Provinz Brandenburg 6 Monate

und die „Post“ weist darauf hin, daß für den Fall, daß das liberale Wahlabkommen seine Spitze gegen die freikonservative Partei richten sollte, letztere Partei daraus ihre Konsequenzen für ihr Verhalten gegenüber den Nationalliberalen in anderen Landesteilen ziehen und gleiches mit gleichem vergelten wird.

Der schwerhörige Präsident.

Herr Schulz, seines Zeichens Landgerichtsrat in Bromberg, ist von Schnapsblocks Gnaden zweiter Vizepräsident des Reichstags. Wenn alles recht friedlich geht, dann mag Herr Schulz seiner Aufgabe gewachsen sein, sobald aber einmal die Wogen etwas höher gehen, dann verliert er seine Ruhe, wird nervös und bietet ein Bild vollkommener Unbeholfenheit. So auch anfänglich der Sturmzüge, die der Reichskanzler durch seinen unmotivierten Angriff auf die Sozialdemokratie heraufbeschworen hatte. Vizepräsident Schulz hörte und blickte nur nach links, dorthin flehig Ordnungsrufe ausstellend. Daß von rechts den Sozialdemokraten zugerufen wurde: „Freude Bengels“, „Unreise Burichen“ war in der Presse aller Parteien — selbst in der „Post“ — zu lesen. Trotzdem bestreitet die, offenbar von Schulz inspirierte „Freikonservative Korrespondenz“, daß diese Ausdrücke gefallen sind, die ganzen Berichtersteller müßten sich geflüchtet haben. — Demgegenüber muß doch noch einmal ausdrücklich betont werden, daß diese beschimpfenden Ausdrücke tatsächlich gefallen sind. Abgesehen dürfte Herr Schulz nicht mehr allzuoft in solche Verlegenheiten kommen, denn die Nationalliberalen stellen in seinem Wahlkreis einen eigenen Kandidaten auf, sodaß Herr Schulz voraussichtlich nicht mehr wiedergewählt wird.

Die Verfassung der Reichslande.

Die sächsische Regierung hat zugegeben, daß sie zur Verfassungsfrage Elsaß-Lothringens im Bundesrat bestimmte Anträge gestellt hat. Dagegen lehnte es die sächsische Regierung ab, Auskunft über den Inhalt dieser Anträge zu geben. Ein in Straßburg verbreitetes Extrablatt behauptet nun, Sachsen verlange, daß die Stellung des Kaisers zum Reichslande so gestaltet werde, daß seine Hausmacht nicht gefährdet wird: Es solle zum Ausdruck kommen, daß der Kaiser dem Reichslande gegenüber stets der Beauftragte des Bundesrats sei.

Gleiche Brüder — gleiche Klappen.

Zu einer Art Verbrüderung ist es am Sonntag in einer Versammlung in dem ostpreussischen Orte Osterode gekommen, wo für den Deutschen Bauernbund der Abg. Dr. Böhm, für den Bund der Landwirte der Abg. Dr. Hahn gesprochen haben. Der Direktor des Bauernbundes, Abg. Böhm, erklärt:

„Er stehe nicht an, zu sagen, daß der Bauernbund und der Bund der Landwirte in der Frage des Zollschutzes Schulter an Schulter mit einander gehen würde.“

Es ist eigentlich nicht zu verstehen, worin sich unter solchen Umständen der Deutsche Bauernbund und der Bund der Landwirte noch unterscheiden sollen. Beide Organisationen treten nicht allein für die gegenwärtigen Zölle, sondern nach diesem Ausdruck des Abg. Böhm auch noch für höhere Zölle ein. Ein Unterschied kann nur insofern noch bestehen, als der Deutsche Bauernbund gegenwärtig ein Anhängsel der Nationalliberalen ist, währenddem der Bund der Landwirte es bereits so weit gebracht hat, daß er die Konservativen kommandieren kann.

Nationalliberale Reichsverbandsliteratur.

Die nationalliberale Partei ist mit ihrer amtlichen Agitationsliteratur schon beim Reichsverband gegen die Sozialdemokratie angekommen. Der bekannte Dr. Neumann, früher bei der antisemitischen „Täglichen Rundschau“, jetzt Redakteur der „Nationalliberalen Parteikorrespondenz“, hat in seiner früheren Eigenschaft eine reichsverbandsliterarische Broschüre „Die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin und Unternehmerin“ geschrieben, die jetzt als 5. Lieferung des offiziellen Druckfachenabonnements der nationalliberalen Partei vertrieben wird. Wir konnten kürzlich erst mitteilen, daß sich besonders die Scharfmacher und der berühmte Reichsverband sehr liebtvoll dieser Broschüre angenommen. Es kennzeichnet die nationalliberale Parteileitung, daß sie jetzt vor den Wahlen auch zu solchen Hilfsmitteln greift, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Dernburg wehrt sich.

Der Zentrumsabgeordnete Erzberger hatte schon vor einigen Tagen eine gewaltige Abrechnung mit dem System Dernburg angekündigt und dann auch in der Sitzung des Reichstages vom Montag eine kräftige Pauke gehalten, in der er dem früheren Staatssekretär Dernburg den Vorwurf machte, daß er unmittelbar nach dem Abschluß der Diamantverträge seinen Abschied genommen hätte — ein Vorgang, der bisher bei deutschen Staatsmännern nicht üblich gewesen sei. Herr Dernburg verweigert nun an die liberale Presse eine Erklärung, in der er sagt, der Abg. Erzberger habe mit seinen Ausführungen den Eindruck erwecken wollen, als ob er (Dernburg) sich der Vertretung einer Maßnahme entzogen hätte, für welche er noch heute ganz gern die Verantwortung übernehmen würde. Herr Dernburg stellt dann fest, daß diese Verträge monatelang Gegenstand der Erörterung in Budgetkommission und Plenum des Reichstages gewesen seien, daß sie vor ihrem Abschluß dem Parlament zur Kenntnis mitgeteilt und im heftigen Kampfe verteidigt wurden. Damit sei die Angelegenheit für die Verwaltung des Reiches erledigt und sein Bleiben oder Gehen für die Maßregel gleichgültig geworden. Herr Dernburg bestreitet dann, daß die angeblich bedrohten Gesellschaften auch wirklich erhebliche Gewinne gemacht hätten und sagt schließlich:

„Es besteht nach meiner Erfahrung keine Aussicht, daß sich das deutsche Kapital den Kolonien wie bisher zuwendet, solange die feindliche, auch neuerdings wieder verlangte Gesetzgebung gegen die größeren Kapitalassoziationen drohend über den Kolonien hängt. Das ist deshalb sehr bedauerlich, weil nicht nur die Entwicklung unterbunden, sondern auch die Rentabilität der von industrieller Entwicklung abhängigen, aus Reichs- und Privatmitteln erhaltenden Industrie- und Verkehrsanlagen in Frage gestellt wird.“

Die sächsische Wahlrechtsfeindschaft im Bundesrat.

In der „Kölnischen Zeitung“ war von dem Vorstoß der sächsischen Regierung gegen das geplante Wahlrecht für Elsaß-Lothringen im Ausschuss des Bundesrats berichtet worden. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ haben bei dem sächsischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten wegen dieser Meldung angefragt und dort die Antwort erhalten, daß die sächsische Regierung es zunächst ablehnt, auf den sächsischen Inhalt der Mitteilung der „Kölnischen Zeitung“ einzugehen, weil sie auf die bisher stets beobachtete Vertraulichkeit der Beratungen in den Ausschüssen des Bundesrats Rücksicht zu nehmen hat. Soweit jedoch die Mitteilungen über den materiellen Inhalt der Verhandlungen zutreffen sollten, äußerte die amtliche Stelle, betrachte man sie in Dresden als eine grobe Indiskretion. Im übrigen bejahe Sachen in erster Linie das Recht, Abänderungsanträge zu stellen, denn es hatte das Referat in der vorliegenden Frage. Von einer Verzögerung könne keine Rede sein, da die Einbringung der Anträge so beschleunigt worden sei, daß der in Aussicht genommene Beratungstermin auch eingehalten werden konnte.

Aus dieser Auskunft von zuständiger Seite geht hervor, daß Sachen in der Tat Abänderungsanträge stellte. Daß diese aber nur auf eine Verschlechterung hinausläufen, dafür bürgt das famose Pluralwahlrecht, das in Sachsen drei Viertel der Wählerschaft rechtlos macht.

England.

Die Wahlen. Bis gestern 4 Uhr nachmittags waren gewählt 235 Liberale, 257 Unionisten, 40 Arbeitervertreter, 65 Anhänger Redmonds und 8 Anhänger O'Briens. Die Liberalen gewannen 21, die Unionisten 25 und die Arbeiterpartei 4 Sitze.

Den Großen mit Scheffeln, den Kleinen mit Teelöffeln.

P. L. Bei der Aufstellung des neuen Beamtenbesoldungsetats, mit dessen Beratung in der Bürgerschaft gestern begonnen wurde, hat sich anscheinend sowohl der Senat als auch der Bürgerausschuß und dessen Kommission besonders von dem Bestreben leiten lassen, denjenigen Beamtenkategorien, deren Gehalt schon jetzt eine recht ansehnliche Höhe erreicht, weitere sehr beträchtliche Summen als Zulagen zu bewilligen, während man für die schlechtergestellten unteren Beamten wenig oder gar nichts übrig hatte. Den Reiz der Neuheit besitzt ein derartiges Vorgehen allerdings kaum. Es ist ja schon ein alter Erfahrungssatz, daß das Pferd, welches den Hader verdient, ihn nicht bekommt. Nur erscheint unter solchen Umständen die Begründung für die Erhöhung der Beamtengehälter mit der gegenwärtigen Teuerung aller Lebensbedürfnisse, die zweifellos besteht, in einem sehr eigentümlichen Licht. Unter den teuren Zeiten haben doch gerade diejenigen Leute, am meisten zu leiden, deren Einkommen unter normalen Verhältnissen zum Lebensunterhalt kaum ausreicht. Deshalb hätte gerade bei den kleinen Beamten die Erhöhung eintreten müssen. Die Herrrn, die ein Gehalt von vielen Tausenden Mark beziehen, können ihre noblen Passionen gern etwas einschränken, wenn infolge der von ihnen unterstützten Politik alles im Preise steigt und auch sie dafür mehr bezahlen müssen. Ihnen gegenüber besteht eine Verpflichtung zur Gehaltserhöhung nicht.

Der Senat denkt, wie gesagt, anders. Und die höheren Beamten auch. Gerade die letzteren waren es, welche als Bürgerchaftsmitglieder alle beantragten Verbesserungen der Gehälter der unteren Beamten niederkimmern halfen. Diese Tatsache wurde von unsern Genossen Stellung gebührend festgehalten.

Die allgemeine Beratung der Senatsvorlage gab unserm Genossen Stellung als Redner der sozialdemokratischen Fraktion Veranlassung, diese Art Reformierung treffend dahin zu kennzeichnen, daß man dem einen, der da hat, mit Scheffeln gibt, während man dem andern, der schwer im Kampfe ums Dasein ringen muß, teelöffelweise zuzieht. Eine ganze Anzahl kleinerer Beamten erhält jährlich ganze 100 Mk. mehr, andere sogar überhaupt nichts; dafür steigt man das Gehalt höherer Beamter um 1000, 1300 und in einem Falle sogar um 3000 Mk. Stellung befürwortete warm eine Erhöhung der Gehälter der unteren Beamten und trat besonders für eine Verbesserung der Löhne der Arbeiter der staatlichen und städtischen Betriebe ein, die unter der Teuerung noch mehr leiden als die Beamten.

Auch die Deckungsfrage wurde gestreift. Der Senat rechnet noch immer auf die Annahme der Gewerbesteuer. Anscheinend haben bereits hinter den Kulissen Verständigungsversuche stattgefunden, die den Senat in den Glauben versetzten, daß die Bürgerschaft schließlich doch über den Stock springen wird. Genosse Stellung wandte sich scharf gegen eine Lösung der Deckungsfrage durch die Gewerbesteuer. Auf solche Art würde eine Bevölkerungsschicht zugunsten einer anderen in sehr ungerechter Weise belastet. Die Hoffnung unseres Redners, daß sich auch die in der Bürgerschaft sitzenden Beamten gegen die Gewerbesteuer aussprechen würden, erfüllte sich nicht. Von bürgerlicher Seite wurde der Senatsvorlage im wesentlichen zugestimmt.

In der Spezialberatung wurde von sozialdemokratischer Seite eine ganze Anzahl von Verbesserungsanträgen gestellt, welche die schlimmsten Härten und Ungerechtigkeiten des Senatsantrages beseitigen sollten. Aber auch nicht ein einziger der Vorschläge wurde angenommen. Mit der Mehrheit stimmten stets die höheren Beamten, die sich selbst am Sonnabend Zulagen bewilligen werden, welche ebenso hoch und höher sind, als ganze Jahresgehälter ihrer subalternen Kollegen. Nur einige winzige Verbesserungen wurden mit sozialdemokratischer Hilfe beschlossen.

Kurz vor Mitternacht wurde die Sitzung auf Sonntagabend verlegt.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 15. Dezember 1910.

Wortführer **Dimpler** eröffnet um 8 Uhr 20 Min. die Sitzung. Unter anderen Eingaben befindet sich die Resolution des Konsumvereins für Lübeck und Umgegend wegen der Gewerbesteuererhöhung, die bis zur Beratung des Gesetzes zurückgestellt wird.

Die Tagesordnung betrifft die

Revison des Beamtenbesoldungsetats.

In der Allgemeinberatung nimmt das Wort **Dr. E. Meyer**, der einen Überblick über die Kommissionsberatungen gibt, die ein erfreuliches Ergebnis gezeigt hätten, das hoffentlich durch die heutige Beratung nicht getrübt werde, damit endlich Ruhe in die Beamtenkreise käme. Alle Instanzen hätten den verschiedensten Eingaben großes Wohlwollen entgegengebracht. Der Redner geht im allgemeinen auf die Vorlage ein und betont, daß immer spezielle Wünsche übrig bleiben würden. Die Beamten müßten sich aber dessen eingedenk sein, daß nur schrittweise eine vollkommene Besserung eintreten könne. Des weiteren geht der Redner auf die Deckungsfrage ein, deren Fassung nicht glücklich sei. Der Senat möchte eine authentische Erklärung hierüber abgeben, um die Verhandlungen abzulösen. Besser sei es aber, wenn in der Debatte die Deckungsfrage nicht berührt werde. Durch eine Kommissionsberatung würden kaum neue Gesichtspunkte zutage gefördert. Eine Kommission könne mit den besonderen Wünschen der einzelnen Beamtengruppen nicht anfangen, obwohl durch eine neue Kommission die alte entlastet würde. Im Interesse des Ganzen sollte aber Kommissionsberatung nicht in Vorschlag gebracht werden. Die Erfüllung der Einzelwünsche kann nur mit Vorsicht ins Auge gefaßt werden, denn diese würde für alle Gruppen weitere Konsequenzen im Gefolge haben. Vor allem sei es wünschenswert, die Revision zu Ende zu führen, die seit drei Jahren im Gange sei.

Senator Dr. Fehling: Der Standpunkt des Senats ist in der ganzen Angelegenheit und besonders in der Deckungsfrage klar. Das Prinzip ist festgehalten: sollen neue dauernde Ausgaben für Lübeck gemacht werden, müssen dauernde neue Einnahmen geschaffen werden. Dies Prinzip gilt nicht nur für Lübeck, sondern überall. Die Ausgaben sind immer mehr gestiegen und die in Aussicht genommenen Deckungsmittel schwanen wie der Schnee an der Sonne. Wieviel die neue Steuer erbringen wird, kann man heute nicht wissen. Der Senat nahm 400 000 Mark an, bestimmt erwartet werden müssen aber 300 000 Mark. Steht dieser Effekt voraus, wird der Senat der Gehaltsvorlage zustimmen; selbstverständlich darf aber die Bürgerschaft heute nicht über die festgesetzten Positionen hinausgehen. Der Senat wünscht sobald als möglich die neue Vorlage verabschiedet zu sehen. Auf Abschlagszahlung an die Beamten läßt sich der Senat nicht ein. (Hört, hört!) Der Senat wird die neue Gewerbesteuererhöhung in Väde der Bürgerschaft entgegenbringen.

Jenne wünscht ebenfalls nicht, daß heute Kommissionsberatung beschlossen wird, weil diese keinen Zweck haben würde und stellt sich in Einklang mit den Ausführungen des Senatskommissars, bedauert aber, daß diese Erklärungen nicht offiziell abgegeben wurden. Die bedingungsweisen Worte der Vorlage: „ausreichende Deckungsmittel vorausgesetzt“ bittet er zu streichen.

Senator Dr. Fehling: Die Erklärungen, die ich hier in der Deckungsfrage gegeben habe, stimmen mit der Auffassung des Senats überein. Im übrigen bitte ich dem Antrag Jenne nicht zuzustimmen.

Klein: Die wirtschaftliche Bedrängnis und die Schulden der kleinen Beamten sind größer geworden. Die Steigerung der Lebensmittelpreise und der Mieten haben die Lage der Beamten verschlimmert. Jahrelang mußte der Beamte immer nur zahlen, ohne höhere Einnahmen zu bekommen, deshalb ist die Verabschiedung der Vorlage notwendig. Gegen eine en bloc-Akzeptanz wie gegen Kommissionsberatung werde ich stimmen. Die Erhöhung der Gehälter ist absolut notwendig. In manchen Kreisen der Bevölkerung ist die Meinung vertreten, der Beamte sei nur ein notwendiges Übel. Dagegen muß sich die Bürgerschaft wenden. Der Redner hebt die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Beamenschaft hervor. Die Kaufkraft des Geldes sei seit 1902 um mindestens 20 Proz. gesunken. Die kleinen Beamten könnten sich nur auf Kosten der Minderung der Lebenshaltung halten; ziehe man ferner in Betracht, daß die Verteuerung der Lebensbedürfnisse noch weiter ansteige und eine neue Revision des Beamtenbesoldungsetats in absehbarer Zeit nicht wieder vorgenommen werde, so müßten die Gehälter mehr erhöht werden, als vorgelesen sei. Redner geht auf einzelne Beamtengruppen ein und will entsprechende Anträge bei der Beratung der einzelnen Gruppen stellen; er bedauert ferner, daß der Senat eine Abschlagszahlung nicht gewähren will. Ob die Gewerbesteuererhöhung angenommen werde, sei sehr zweifelhaft; um eine Erhöhung der Einkommensteuer werde man nicht herumkommen. Die erhöhten Bezüge der Beamten kämen wieder den Gewerbetreibenden und dem Handel zugute. Auch eine Erhöhung der Ruhegehalts- und Witwen- und Waisengeldempfänger sei notwendig.

Stelling: Die Beamtenbesoldungsvorlage, die uns heute beschäftigt, hat eine Reihe von Monaten die verschiedensten Kommissionen beschäftigt, ehe sie an die Bürgerschaft gelangte, die sie jetzt eingehend prüfen kann. Die schnelle Verabschiedung ist aber dringend notwendig. Wenn ich auf die Vorlage eingehe, komme ich zu der Überzeugung, daß sie in der Tat den Wünschen nicht gerecht wird, die man mit Rücksicht auf die erhöhten Lebensmittelpreise stellen muß. Ich stimme mit Herrn Klein darin überein, daß zum Teil wesentliche Verbesserungen vorgenommen werden müssen. Der Beamtenbesoldungsetat ist das Produkt der erhöhten Lebensmittelpreise, also mehr oder weniger eine Folge des Misserfolgs, das dem deutschen Volke in Gestalt der famosen Reichsfinanzreform beiseite geschoben worden ist. In der Senatsvorlage wird zugegeben, daß die Preise für Lebensmittel gestiegen sind und diesem muß in der Vorlage doch Rechnung getragen werden; aber nur bei den Gehältern der mittleren und höheren Beamten hat man mit Scheffeln gemessen, bei den unteren höchstens mit kleinen Teelöffeln. Wenn ich den alten und neuen Etat ansehe, finde ich, daß bei Klasse 1 eine Erhöhung des Anfangsgehalts um 100 Mk., des Endgehalts um 200 Mk., bei Klasse 2 das Anfangsgehalt überhaupt nicht und das Endgehalt nur um 100 Mk. erhöht

wurde. Ich finde ferner, daß vielfach Kategorien zurückgelegt worden sind in Klassen, die dem entsprechen, was in dem alten Besoldungsetat vorgesehen ist. Bei objektivem Betrachtungen muß festgestellt werden, daß bei einzelnen Schichten von einer Verbesserung nicht die Rede sein kann. Will man reformieren, muß es so geschehen, daß auf eine Reihe von Jahren Ruhe eintritt, daß man sagen kann, wir haben den Beamten das gegeben, was ihnen gebührt und vorgefordert für die Jahre weiterer Teuerung. Bei den unteren Beamten ist dies nicht der Fall. Die mittleren Gruppen weisen Erhöhungen des Anfangsgehaltes von 200, 300, 500 Mk. und mehr auf, beim Endgehalt betragen sie 800, 900, 1100 und 1300 Mark. Die höheren Beamten zeigen nach krasser Zahlen; da sind Steigerungen zu verzeichnen von 1900 Mk. in einem Falle ist das Endgehalt um 3100 Mk. erhöht. Die Klasse 19 weist eine Steigerung von 1500 Mk. auf. Ich bin der Überzeugung, daß es notwendig gewesen wäre, eine wesentliche Aufbesserung der unteren Beamtensklassen vorzunehmen, und bei den Gehältern der oberen Beamten etwas zu sparen. Gehälter von 12 000, 10 000, 9000 Mark können doch tatsächlich als ausreichend angesehen werden. In Klasse 19 hätte das Höchstgehalt bedeutend niedriger sein können, es hätte dann doch noch dem entsprochen, was als notwendig erscheint. Redner kommt auf die den Bürgerschaftsmitgliedern zugegangenen Eingaben einzelner Beamtengruppen zu sprechen, deren Wünsche er, soweit sie seiner Ansicht nach berechtigt sind, bei der Einzelberatung in Form von Anträgen zu erfüllen versuchen will. So sehr ich den Beamten gönne und wünsche, daß berechtigte Forderungen erfüllt werden, ebenso sehr bedaure ich, daß in der Eingabe, die in der letzten Bürgerchaftssitzung verlesen wurde, der Satz enthalten ist, die Beamten ständen vor dem Ruin, wenn keine Abschlagszahlung auf die Gehälter erfolge. Wer die Mitglieder der Vereine sind, die die Eingabe gemacht haben, weiß ich nicht; vielleicht sind es Personen, die in Klasse 19 und 20 mit 9000 und 12 000 Mk. verzeichnet sind. Wer heute auf dem Standpunkt steht, die Beamten ständen vor dem Ruin, was will der dann sagen, wenn es sich um die Arbeiter handelt? Die Beamten können doch auf ein festes Einkommen rechnen, wenn auch die unteren und mittleren Beamten unter der Teuerung leiden. Wenn aber Arbeiter monatlang ohne Arbeit sind und mit ihren Familien Not leiden, bewilligt der Senat ganze 6000 Mk. zur Linderung. Zum mindesten muß verlangt werden, daß Sie meinen noch zu stellenden Antrag, auch den Gemeinde- und Staatsarbeitern eine Erhöhung der Löhne zu gewähren, zuzustimmen. Sagen Sie nicht, es sind keine Beamten, sondern nur Arbeiter, wie es neuerzeit in bezug auf die Ruhegeldkasse der Fall war. Sie verlangen von uns, daß wir berechtigten Wünschen der Beamten entgegenkommen, das selbe fordern wir auch von Ihnen, wenn es sich um Arbeiter handelt. Es muß bei dieser Gelegenheit klar ausgesprochen werden, daß die Gründe, die den Senat zur Einbringung dieser Vorlage bewegen haben, erst recht maßgebend sein müssen für die Arbeiter in Staatsbetrieben. Die Beamten stehen allerdings auf dem Standpunkt, daß erst sie kommen, vor allem die höheren Beamten, die das höchste Gehalt beziehen. Ist hier eine Aufbesserung der Gehälter notwendig, dann ist eine solche erst recht angebracht bei den Arbeitern im Gemeinde- und Staatsbetrieb, und ich hoffe, daß sie meinem Ersuchen entsprechen und den Antrag dem Bürgerausschuß und dem Senat überweisen. Ich habe es für notwendig gehalten, bei dieser Beratung auszusprechen, was mir für richtig halten. Wir haben nicht die Absicht, den Beamten Honig um den Bart zu schmieren, vielleicht in Rücksicht auf die kommenden Reichstagswahlen. Es wurde gesagt, den Wünschen der Beamten müsse entsprochen werden, sonst würde die rote Fäule in Lübeck noch mehr als bisher steigen. Solche Ausprüche sollten nicht gemacht werden. Wenn wir schlecht sein wollten, dürften wir den Wünschen der Beamten nicht entsprechen, denn dann würden wir ja zur Steigerung der roten Fäule beitragen. So schlecht sind wir aber nicht. Wir werben für die Erhöhung der aufbesserungsbedürftigen Gehälter eintreten. Wenn ich den Senatskommissar richtig verstanden habe, so ist nach Meinung des Senats die Deckungsfrage nur mit Einführung der Gewerbesteuer zu lösen. Wenn eine solche Verständigung mit der Bürgerschaft erfolgt, dann macht man gegen einen Teil der Bevölkerung eine Ausnahmebesteuerung zugunsten des andern Teiles. Da müssen die Beamten sagen, daß sie dieses nicht wünschen. Im allgemeinen begrüße ich die Beamtenbesoldungsvorlage, durch die Grundlagen zur Aufbesserung der Gehälter geschaffen werden und hoffe, daß die Bürgerschaft den berechtigten Wünschen der unteren Klassen entspricht, damit diese auch sagen können, es sei mit gleichem Maße gemessen worden.

Senator Stoll: tritt der Auffassung des Vorredners entgegen, daß die mittleren und höheren Beamten mit Scheffeln zugemessen erhielten.

Dr. Wittern ist ebenfalls der Meinung des Senators. Die Richter erhielten nach der Senatsvorlage im Endgehalt auch nur 200 Mk. mehr. Den Wunsch der baldigen Verabschiedung der Vorlage hat Redner auch, aber eine solche sei nur dann angebracht, wenn einzelne Ungerechtigkeiten beseitigt würden. Dem Jenne'schen Vorschlag betr. der ausreichenden Deckung kann er nicht zustimmen; die Bürgerausschußfassung ist glücklicher. Wesentlich neue Einnahmequellen müssen geschaffen werden, notwendig ist aber nicht, daß alles durch neue Steuern eingebracht wird. Redner geht auf spezielle Fragen der Vorlagen und die Etatsaufstellung ein und betont insbesondere, es dürfe nicht vorkommen, daß Beamte, die lange Jahre im Amte seien, leer ausgingen. In der Senatsvorlage sei immer noch ein gewisses System zu erkennen. Er verteidigt ferner die Gehalte der Richter und Oberlehrer, findet aber die Art und Weise, wie die Erhöhung den Richtern zuerkannt worden sei, bedauerlich. Hier sei für eine einzige Klasse eine Ausnahme gemacht worden; dem müsse entgegengetreten werden. Die Deckungsfrage will er auch anders aufgefaßt wissen.

Senator Dr. Fehling erwidert Dr. Wittern und fragt an, was denn eigentlich das heißen soll die Deckungsmittel sollten „wesentlich durch neue Steuern“ beigebracht werden. In der Frage der Deckungsmittel herrsche im Senat und Bürgerausschuß Übereinstimmung.

Hauptlehrer Reimpell vergleicht den Etat mit früheren Jahren, und zählt die Prozente auf, um die die Gehälter seit 1892 gestiegen sind. Im Durchschnitt macht die Erhöhung 62 Proz. aus. Im großen und ganzen habe die Erhöhung der Beamtensgehälter mit den allgemeinen Verhältnissen Schritt gehalten, nur die Lehrer blieben um 20 Proz. von diesem Durchschnitt zurück. Die Endgehälter der akademisch gebildeten Beamten mit den nicht akademisch gebil-

deten weisen zu große Spannung auf, sie betrug bisher 4000 Mk., und hat sich noch erhöht. Bei den Lehrern hätte diese Spannung nicht erweitert werden dürfen. Vergleiche man das Gehalt der Sekretäre mit dem der Lehrer, so müsse man sagen, daß die ersteren richtig eingeschätzt seien, während dies bei den Lehrern nicht der Fall sei, und doch sei die Laufbahn der Lehrer eine umständlichere als die der Sekretäre, die schon mit 23 Jahren das Amtsentretensalter machen könnten. Die Ausbildung der Lehrer sei mindestens dreimal teurer als die der mittleren Verwaltungsbekannteten, deshalb hätte man das Anfangs- und Endgehalt der Lehrer entsprechend festlegen müssen. Die Vorlage ist in dieser Beziehung ein Rückschritt, sie schätzt die Tätigkeit der Lehrer nicht genügend ein. Im gesamten erkenne er aber den fortschrittlichen Zug an.

Röster erucht um Beschleunigung der Verabschiedung der Vorlage, die die Beamtenfürsorge ein Stück weiter bringe; trotzdem hätten die Klassen mehr zusammengezogen werden können. Wenn es in allen Fällen nicht gelungen sei, den Wünschen gerecht zu werden, so hoffe er, daß die Bürgerschaft Verbesserungen beschließen werde. Der Beamtenbesoldungsetat sei an den preussischen angelehnt, denn von Preußen müßten wir viele Beamte beziehen. Daher rühre auch die etwas schärfere Gehalts-Erhöhung besonders der mittleren Beamten. Redner bedauert, daß man nichts höre über die Gehälter der Bureauhilfsarbeiter, die in hilfbedürftiger Lage seien.

Von Stelling ist folgender Antrag eingebracht, bet auf die Tagesordnung der Montagsitzung gestellt wird: Beantrage, den Senat zu ersuchen, den in Staats- und Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeitern eine den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen entsprechende Zulage zu gewähren.

Dr. Kähler ist mit der Deckungsfrage nicht einverstanden und beantragt, durch besonderen Rat- und Bürgerbeschluß rechtzeitig neue Einnahmequellen zu erschließen.

Dr. Görz stellt ebenfalls einen Antrag auf Abänderung der Deckungsmittelfrage und kommt auf die frühere Gehaltsfestsetzung zu sprechen, die wesentlich leichter vonstaten gegangen sei, weil das Ringen um Besserstellung damals nicht so in die Erscheinung getreten sei wie heute; er dankt der Kommission für ihre vorzügliche Arbeit. Der Kleinschen Bemerkung, die Beamten würden als Übel angesehen, müsse er entgegengetreten. Einen besonderen Gegensatz zwischen Beamten und allen anderen Schichten der Bevölkerung gäbe es nicht. In den Eingaben hätte vor allem der Satz: wenn den Wünschen der Beamten nicht Rechnung getragen würde, müsse deren Arbeitsfreudigkeit leiden, nicht stehen dürfen. Die Gewerbetreibenden und Arbeiter ständen in schlechten Zeiten viel schlechter da als die Beamten. Nicht nur vom Standpunkt der Beamten darf die Vorlage aufgefaßt werden, sondern man muß die Wirkung der Erhöhung der Gehälter von allgemeinen Gesichtspunkten aus betrachten. Eine Vermehrung an eine Kommission hätte für die Beamten keinen Vorteil. Ihnen, meine Herren, werden bei dem neuen Etat die Augen aufgehen. Wenn alle Verhältnisse zusammengefaßt werden, kann heute die Vorlage noch verabschiedet werden.

Scharff geht auf die Deckungsfrage ein, die jetzige Fassung findet er unklar. Die Sache liege heute genau so wie am 11. Dezember 1909, der Senat denke gar nicht daran, Abschlagszahlung zu machen. Wenn die Gewerbesteuer nicht angenommen wird, haben wir umsonst gearbeitet, denn dann wird der Senat überhaupt nicht in die Lage kommen, etwas auszusahlen. Es sind zwar mehrere hunderttausend Mark für die Erhöhung bereit gestellt, aber diese sollen nicht ausgezahlt werden, ehe alles beschlossen ist.

Senator Dr. Fehling: Eine grundsätzliche Änderung der Stellung des Senats über die Deckungsfrage kann ich nicht in Aussicht stellen. Der Bürgerausschuß hat die Senatsauffassung für richtig gehalten.

Schneider verpflichtet in einzelnen Ausführungen Reimpells bei.

Dr. Wittern: Was Dr. Görz ausgedeutet hat, war allerhöchster Champagner, mit dem Stimmung gemacht werden sollte. Ich habe bei der Anführung der Gehaltsklasse 18 keine Kleinigkeiten angeführt; in aller Ruhe sollten die Verhandlungen geführt werden.

Hauptlehrer Reimpell: Ich habe nicht behauptet, die Oberlehrer bekommen zuviel, ich habe nur den Unterschied der akademischen und nichtakademischen Beamten hervorgehoben.

Klein: Es lag mir fern, eine Verherrlichung der Beamten zu betreiben, deshalb sind die Ausführungen von Dr. Görz unangebracht. Herr Dr. Görz wird die Zustände nicht haben wollen im Beamtentum, wie sie in Rußland und Frankreich vorherrschend sind.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag Dr. Görz: „Die Erfüllung dieser Bedingung ist durch Rat- und Bürgerbeschluß festzustellen.“

Der Antrag wird angenommen.

Es folgt die Einzelberatung.
Bei Klasse 1 stellt **Klein** einen Abänderungsantrag, der die Feuerleute in Klasse 2 verlegt wissen will. Er begründet diesen Antrag. Ein zweiter Antrag will das Endgehalt der Schleusenmeister um 100 Mk. erhöht und die Hilfsbrückenwärter etatsmäßig angestellt wissen.

Senator Dr. Evers glaubt nicht, daß der Feuerwehrdienst schwerer ist als der der Brückenwärter und Schleusenmeister. Die finanziellen Folgen sind zu groß. Die Kosten würden über 9000 Mk. betragen. Die Feuerleute und Schleusenmeister sind meistens Handwerker, die im Zivilberuf den Gehalt nicht erreichen würden, nicht gerechnet die Pensionsberechtigung und Hinterbliebenenversicherung. Jeder Handwerker würde mit diesen tauschen.

Kahn verpflichtet dem Antrag Klein bei, die Feuerleute in Klasse 2 zu verlegen.

Niemann (Schlutup) unterstützt ebenfalls den Antrag Klein und hebt den schweren Dienst der Feuerwehrleute hervor, die meistens zwei Hausstände zu führen gezwungen seien.

Stelling: Die Auffassung des Senators Evers bestärkt mich in der Meinung, daß es zweckmäßig ist, die Klasse 1 und 2 zusammenzuführen. 1500 Mk. und 1400 Mk. sind bei den teuren Lebensmittelpreisen nicht mehr ausreichend, um so mehr, als wir ja das Gehalt auf eine Reihe von Jahren bewilligen. So ten Sie dem Antrag Klein nicht zustimmen, dann stelle ich den Antrag, die Klasse 1 mit der Klasse 2 zu verbinden und als Klasse 1 zu bezeichnen, mit einem Anfangsgehalt von 1600 Mk. und einem Höchstgehalt von 2300 Mk. mit den in Klasse 2 vorgesehene Zulagen in den Etat einzustellen. Die Kostenfrage kann nicht in Betracht

kommen. Sie würden bei Ablehnung nur zeigen, daß die Herren mit den hohen Gehältern die niedrigen Gehälter nicht erhöht wissen wollen. Redner tritt warm für die Besserstellung der Feuerwehrleute ein und stellt noch folgende Anträge:
in Klasse 1 das Anfangsgehalt auf 1500 Mk. und das Höchstgehalt auf 2100 Mk. festzusetzen, ferner die Feuerwehrleute aus Klasse 1 in Klasse 2 zu versetzen.
Senator Dr. St o o s s meint, daß die Vorlage nicht für 6-7 Jahre geschaffen werden sollte, sondern für viel längere Zeit.
R ö s t e r unterstützt ebenfalls den Antrag Klein und weist auf den gefährvollen Beruf der Feuerwehrleute hin.
K l a u s s ist derselben Ansicht.
G o s t h hält die Senatsauffassung nicht für richtig. Schulkinder z. B. seien meistens jugendliche Landarbeiter gewesen und erhielten doch ein größeres Endgehalt als die Feuerwehrleute, die gelernte Handwerker seien.
K l e i n wünscht Auskunft über die Mehrkosten, die sein Antrag hervorbringen würde.
S t e l l i n g: Man sollte lieber an den höheren Gehältern sparen. Wenn 10 und mehr Jahre gewartet werden soll, bis eine neue derartige Vorlage kommt, dann ist das Gehalt nicht zureichend. Es muß gleich bei der 1. Klasse festgelegt werden, was der Mensch unbedingt braucht, um anständig leben zu können. Dazu sind mindestens 1800 Mk. notwendig.
Dr. W i t t e r n regt an, für diese Vorlage zwei Lesungen stattfinden zu lassen; wenn die zweite Lesungen kommen, müssen sie vor allem für Vorlagen solcher Art angewandt werden. Es würde auch das Moment geschaffen, manche Kommissionsberatungen zu vermeiden. Die Zahlungen erfolgen ja doch erst, wenn die Deckungsmittel geschaffen sind, deshalb ist ja Zeit genug zur zweiten Lesung.
Senator Dr. F e h l i n g kann einer zweiten Lesung für dieses Gesetz nicht zustimmen und bittet um mögliche Ausnahme der Vorlage.
Senator H. E v e r s: Die Mehrausgaben des Antrages Stelling würden 18 000 Mk. betragen.
K l a u s s: Die am meisten beschäftigten Handwerker verdienen nicht entfernt das, was die Feuerwehrleute bekommen.
Dr. E. M e y e r verteidigt den Senatsantrag und widerspricht dem Antrag Wittern auf zweite Lesung dieser Vorlage.
L i p p e r t: Würde man den Sach zugrunde legen, den Mauer und Zimmerer bekommen, müßten die Feuerwehrleute 2690 Mk. erhalten. (Widerpruch.) Denn die Arbeitszeit der letzteren ist bedeutend länger. Den Vergleich mit den Handwerkern darf man nicht bringen.
Senator H. E v e r s hält seine Ausführungen aufrecht. Die Feuerwehrleute hätten nicht immer strengen, vollwertigen Arbeitsdienst.
Dr. E. M e y e r polemisiert gegen Dr. Wittern und gegen zweite Lesung dieser Vorlage.
Die Anträge Stelling wie der Antrag Klein werden abgelehnt, der Senatsantrag zu Klasse 1 angenommen.
Zu Klasse 2 stellt Klein drei Abänderungsanträge und begründet diese. (Die Gefängenaufsicht, Brückenmeister und Armeenaufseher in die dritte Klasse zu versetzen.)
Senator Dr. St o o s s: Die Brückenmeister werden festangestellt, die anderen heißen Posten sind gegenseitig los.
Senator H. E v e r s: Die Schulkinder wurden im Gehalt so außerordentlich erhöht, weil sie auch außerhalb Lübeck dieselben Gehälter beziehen.
S t e l l i n g: Bei der Abstimmung, soweit es sich um Klasse 1 handelte, ist die eigenartige Tatsache zu konstatieren, daß unter den Herren, die dagegen gestimmt haben, sich gerade die höheren Beamten befinden, welche nachher so außerordentlich große Zulagen zu erhalten wünschen. Es handelt sich hier doch um eine Reform, um eine Verbesserung der Gehälter, und da ist es doch dringend notwendig, das Anfangsgehalt mindestens um 100 Mk. aufzubessern. Davon ist bei Klasse 2 nichts zu spüren, nur im Endgehalt beträgt sie 100 Mk. Wenn gesagt wird, es ginge nicht anders zu machen, so will ich darauf hinweisen, daß man bei anderen Kategorien im Anfangs- und Endgehalt 1500 Mk. zugelegt hat. Wenn so gehandelt wird, entspricht dies nicht den Bedürfnissen der Zeit. Ich unterstütze den Antrag Klein betr. die Gefängenaufsicht. Im Gefängnis sind von 20 Aufsehern nur 9 festangestellt. Wenn der Zustand noch so ist, ist er anhaltbar. Jabrelang nur als Hilfsaufseher die Leute anstellen, ist nicht recht. Ebenso unterstütze ich den Antrag, die Armeenaufseher in Klasse 3 zu setzen. Allerdings ruft ein Satz in der Eingabe dieser den Widerspruch heraus. Es wird da zur Begründung gesagt, daß die Bevölkerung, die für die Armenfürsorge in Betracht komme, von Jahr zu Jahr schlechter werde. Diese Ausführungen haben mich in Staunen gesetzt. Wie können Leute, die die Verhältnisse kennen sollten, so etwas behaupten. Ich bitte den Antrag Klein anzunehmen. Wird diesem nicht entsprochen, stelle ich folgende Anträge: 1. Das Anfangsgehalt der Klasse 2 auf 1500 Mk. und das Höchstgehalt auf 2300 Mk. festzusetzen. 2. Den 2. Oberwärtler der Irrenanstalt, die Oberwärtlerin der Irrenanstalt und die Armeenaufseher aus Klasse 2 in Klasse 3 zu versetzen. Die Oberwärtler und -wärtlerinnen haben einen gefährvollen Dienst, loben meinem Verlangen entsprochen werden muß. Ich bitte die Herren, bei denen es sich nachher um die höheren Gehälter handelt, dafür zu stimmen.
R ö s t e r ist ebenfalls für den Antrag Klein betr. der Armeenaufseher.
K l e i n zieht den Antrag betr. der Brückenwärtler zurück.
T h i e l e tritt für die Einreichung der Armeenaufseher in Klasse 3 ein.
K a u s s ist der gleichen Ansicht.
H a u n tritt Stelling entgegen, die Elemente, die in die Irrenanstalt kommen, wie Landstreichler usw. seien tatsächlich minderwertig.
S t e l l i n g verliest den Satz nochmals und beweist, daß Haun im Irrtum ist.
Die Anträge Stelling werden abgelehnt, der Antrag Klein angenommen.
Der Senatsantrag betreffend die Klasse 2 wird angenommen.
Zu Klasse 3 liegen Eingaben und ein Antrag Klein vor, die Steuerassistenten in Klasse 4 zu erheben.
K l e i n hebt die verantwortungsvolle Tätigkeit der Steuerassistenten hervor, der Kostenpunkt sei nur ein geringer.
Senator Dr. St o o s s: Die Steuerassistenten haben vor nicht langer Zeit eine Gehaltserhöhung bekommen.
K l a u s s ist für den Antrag Klein.
S t e l l i n g tritt ebenfalls für den Kleinschen Antrag ein und beantragt weiter, die Gerichtsdienere und den Voten der Bürgermeisterei in Klasse 3 einzustellen. Es sollten auch nur zwei Stufen geschaffen werden: Beamte und Hilfsbeamte. Der jetzige Zustand, daß es Beamte gebe, die in der Stadt leben und solche, die nicht darin aufgeführt werden, sei ein Unwille.

Senator Dr. St o o s s bittet, den Antrag Stelling abzulehnen. Zu dem Antrag, den Voten der Bürgermeisterei in den Etat aufzunehmen, kann der Senat keine Stellung nehmen.
G r i n a u stimmt dem Antrag Klein zu, ferner dem Antrag Stelling, die Gerichtsdienere in den Etat aufzunehmen. Es ist ein Unikum, daß die Gerichtsdienere nicht im Etat aufgenommen sind, überall ist dies doch der Fall.
Dr. M e y e r will den Beluchungsaufsicher in eine höhere Gehaltsklasse versetzt wissen.
Senator Dr. St o o s s bezeichnet das Gehalt als angemessen.
R a s t o r E v e r s: Stimmt man dem Antrag Klein zu, ist es eine Ungerechtigkeit gegen die Leichenbestatter, die ich im Falle der Annahme des Antrages Klein mit inbegriffen wünsche.
Senator H. E v e r s: Das Gehalt der Leichenbestatter ist erst vor drei Jahren erhöht worden.
Senator Dr. St o o s s warnt davor, die Gerichtsdienere heute mit der Vorlage in Verbindung zu bringen. Es würde zu großen Konsequenzen mit den Hilfsarbeitern führen.
T h i e l e ersucht Stelling, seinen Antrag zurückzunehmen. Im Falle der Annahme müßte der Etat so lange zurückgestellt werden, bis die Verhältnisse geregelt sind.
Dr. E. M e y e r unterstützt die Ausführungen Thielles. Der Senat prüft gegenwärtig eine Vorlage, die durch die Annahme gefährdet würde.
L i p p e r t bittet Stelling, seinen Antrag zurückzunehmen, weil sich die Angelegenheit heute nicht erledigen lasse. Man müßte die feste Anstellung heute ablehnen und in einigen Wochen wieder annehmen.
Dr. E v e r s ist der gleichen Auffassung.
G o s t h: Man will mit der Vorlage ausgleichend wirken; bei der Einreichung der Steuerassistenten in Klasse 3 wird dem aber nicht stattgegeben.
T h i e l e tritt für den Antrag Klein ein. Es liege im Allgemeininteresse, tüchtige Vollziehungsbeamte zu haben.
S t e l l i n g zieht seinen Antrag betr. Einbeziehung der Gerichtsdienere in den Etat mit Rücksicht auf die gegebenen Erklärungen zurück.
S h a r p f ist mit Dr. Meyle der gleichen Ansicht.
R a s t o r E v e r s verlißt nochmals die Klassenversetzung der Leichenbestatter.
Der Antrag Klein, die Steuerassistenten und Vollziehungsbeamten von Klasse 3 in Klasse 4 zu versetzen, wird angenommen.
Der Antrag E v e r s, auch die Leichenbestatter in Klasse 4 zu versetzen, wird abgelehnt.
Der Antrag G r i n a u, die Gerichtsdienere in den Etat aufzunehmen, wird abgelehnt.
Der Senatsantrag wird hierauf angenommen.
S t e l l i n g: Der erste Oberwärtler der Irrenanstalt erhielt keine Aufbesserung. In der Festsetzung der Zulagen ist eine Verschlechterung eingetreten. Er hat ein verantwortungsvolles Amt und ich beantrage deshalb den 1. Oberwärtler aus Klasse 4 in Klasse 5 zu versetzen.
Der Antrag wird abgelehnt.
Der Senatsantrag über Klasse 4 wird angenommen.
K l e i n spricht für Vertagung, L a u n s t e i n und L i p p e r t ebenfalls.
Der Antrag auf Vertagung wird abgelehnt.
Zu Klasse 5 liegen eine Reihe Eingaben und Anträge vor.
K l e i n tritt für die Kandidaten ein, die eine schwerere Tätigkeit aber ein geringeres Gehalt hätten als die preussischen. Auch für die Titeländerung der Kandidaten in Assistenten spricht der Antragsteller. Den Hallenmeister am Schlachthaus und den Telegraphenmechaniker der Feuerwehr wünscht Klein ebenfalls in Klasse 6 versetzt.
Senator H. E v e r s hebt die Mehrkosten hervor, die durch den Antrag Klein verursacht würden. Die besonders schwierige Arbeit, die der Antragsteller beim Telegraphenmechaniker anführt, trifft auch bei anderen Beamten zu.
Dr. W i t t e r n: Durch den neuen Etat wird der Hallenmeister zwei Klassen zurückversetzt, diese Ungerechtigkeit trifft den gegenwärtigen Hallenmeister am Schlachthaus um so mehr, als er früher Polizeiwachmeister war und jetzt den Gehalt nach Klasse 7 beziehen müßte, wenn er nicht den Posten übernommen hätte.
Senator Dr. St o o s s: Der Grundsatz Dr. Witterns kann nicht angewandt werden; aus persönlichen Gründen das Gehalt zu bemessen geht nicht an.
S t e l l i n g stellt und begründet den Antrag, den zweiten Maschinenmeister und den Monteur der städtischen Gemeindeanstalten, sowie den Hallenmeister, den Markthallen- aufseher, den Telegraphen-Mechaniker und die Friedhofs- aufseher aus Klasse 5 in Klasse 6 zu versetzen. Das Anfangsgehalt sei früher geblieben und nur das Endgehalt betrage 200 Mk. mehr. Aus Gerechtigkeitsgefühl muß dem Antrag zugestimmt werden. Betrage doch in Klasse 10 das Anfangsgehalt 200 und das Endgehalt 1300 Mark mehr.
S h n e i d e r tritt dem Antrag Klein bei. Die Kandidaten in Zukunft: Assistenten zweiter Gehaltsklasse zu titulieren.
K l e i n verläßt seinen Antrag nochmals, dem R ö s t e r beipflichtet. Betreffs des Hallenmeisters betont er, daß dieser schon zweimal in der Gehaltsklasse zurückversetzt sei.
G o s t h: Der Telegraphenmechaniker hat eine sehr verantwortliche Tätigkeit, die unbedingt die Gehaltsversetzung berechtigt.
L i p p e r t wünscht den Hallenmeister in Klasse 7 versetzt, wie es von Dr. Wittern gefordert wird.
Der Antrag Stelling wird abgelehnt.
Der Antrag Wittern, den Hallenmeister am Schlachthaus in Klasse 7 zu versetzen, wird angenommen.
Die Anträge Klein werden abgelehnt.
Der Senatsantrag zu Klasse 5 wird angenommen.
Dr. W i t t e r n beantragt Vertagung, die beschlossen wird.
Die Fortsetzung der Beratung des Beamtenförderungs- etats wird auf Sonnabend abend 6 Uhr vertagt.
Schluß 7 1/2 Uhr.

Oldenburger Landtag.

Der Landtag erledigte in seiner 4. Plenarsitzung am Dienstag zunächst zweite Lesungen. Die verhandelten Bestimmungen über die Grundsteuer werden einheitlich für das Großherzogtum geregelt. Die Steuer wird auf 5 Mt. festgesetzt, jedoch kann auch eine höhere Steuer von der Gemeindevertretung beschlossen werden. Das Gesetz wird mit einigen Änderungen angenommen. Erledigt wird dann ein Gesetzentwurf, der es ermöglicht, die Berufsvereinschaft einzuführen. In der Gesetzesvorlage für das Fürstentum Dürrenfeld auf Änderung der Gemeindeordnung ist vorge-sehen, daß an Stelle der bisherigen Bestimmung, 4jährige Wahlperiode der Gemeindevertreter, eine 3jährige Wahlperiode mit 5jähriger Amtsdauer tritt, sodaß alle zwei Jahre

die Hälfte der Vertreter ausscheidet. Der zugewählte Abgeordnete may will es bei der bisherigen Fassung belassen, um die Möglichkeit zu schaffen, rückständige Vertretungen auf einmal beseitigen zu können. Abg. Schulz (Soz.) erklärt, dem Antrag auf vollständige Neuwahlen der Gemeindevertretung zustimmen zu können, wenn diese alle zwei Jahre erfolgen soll; da das aber nicht der Fall ist, sehe er in der Möglichkeit, alle zwei Jahre die Vertreter ergänzen zu können, gegenüber der früheren Bestimmung einen Fortschritt. Die Bestimmung auf 3jährige Ergänzungswahl wird angenommen.
Eine minder wichtige Sache, eine Petition auf Trennung einer Gemeinde zu zwei selbständigen Gemeinden in der Nähe Oldenburgs beleuchtet einmal wieder bühnlich den Liberalismus. Die Sozialdemokraten vertreten den Standpunkt, daß jede Schaffung neuer Gebilde kleiner Gemeinden abgelehnt werden müsse, ehe solle man kleinere Gemeinden zusammenlegen. Das Gespenst einer späteren sozialdemokratischen Mehrheit im Gemeinderat übertrug er fertig, daß die Liberalen sich für die Trennung dieser Gemeinde zu zwei Gemeinden aussprachen und die Petition der Regierung überwiegt. Erwähnenswert ist noch, daß der Beschluß auf Schaffung eines neuen Wassergesetzes für das Herzogtum, 18 Tagesordnungspunkte kamen zur Erledigung.
Im Landtag kam es in der Mittwochsitzung zu einer ungewöhnlich lebhaften Debatte. Veranlassung dazu gab eine Petition des Oldenburgischen Landeslehrervereins, die sich gegen die Ausführungsbestimmungen der Regierung zu dem Schulgesetz des Herzogtums wendet. Die Ausführungsbestimmungen enthalten u. a. Vorschriften, die das Recht des Geistlichen in Schulfällen erweitern, entgegen der Bestimmung des Gesetzes. Nach dem Gesetz steht dem Geistlichen nur noch das Überwachungsrecht des Religionsunterrichts zu, während der Fachunterricht dem Schulinspektor überwieht, ist die örtliche Schulaufsicht übertragen, d. h. er hat die äußere Aufsicht über die Schule. Nach den Ausführungsbestimmungen ist nun dem Geistlichen als Mitglied des Schulvorstandes auf Umwegen wieder ein Teil Fachaufsicht übertragen und ihm Rechte zugebilligt, die ihm nach dem Gesetz nicht zustehen. Im Ausschuß, dem die Angelegenheit überwiesen war, hat sich eine Minderheit (Soz. und Lib.) gebildet, welche forderte, daß die Bestimmungen dem Gesetz angepaßt werden sollten, die Mehrheit dagegen erachtet die Bestimmungen als mit dem Gesetz übereinstimmend. Der Vertreter der Minderheit Abg. Tannen (Lib.) präziserte scharf die Ansicht, daß die angefochtenen Bestimmungen nicht dem Gesetz entsprechen und sagte, wenn die Regierung die Bestimmungen nicht ändere, werde der nächste Landtag das Gesetz ändern müssen. Minister Rastbach ist entgegen der Minderheit, die Regierung lasse sich durch die Drohung nicht pressen; in die Bestimmungen werde hineingelegt, was nicht drin stehe; bisher habe kein Geistlicher sich die von der Minderheit vertretenen Aufschauung zu eigen gemacht. Zentrum und Bauernbündler stellten sich auf die Seite der Regierung, nannten die Petition unbedeutend und in ihrem Ton beleidigend und forderten das Eingreifen der Regierung gegen den Verfasser. Im Laufe der Debatte kam es zu mehreren heftigen Zusammenstößen zwischen Liberalen und Sozialdemokraten auf der einen Seite und Bauernbündler und Zentrum auf der anderen Seite. Die Situation wurde verschärft durch eine Bemerkung des Ministers auf die Aufforderung hin, die Ausführungsbestimmungen, wenn sie daselbe besagen sollen als die Minderheit fordert, sie dem doch zu ändern und sie so zu gestalten, daß sie keiner zweiterlei Auslegung fähig seien. Vor einer halben Stunde noch ließe sich das tun, jetzt (nach der Drohung) nicht mehr! So wurde denn die ganze Sitzung bis zur späten Nachmittagsstunde allein mit der Debatte über den Gegenstand ausgefüllt bis ein Schlusssatz den Redekämpfern ein Ende machte. Die namentliche Abstimmung klarte die Situation nicht; mit Stimmengleichheit wurde der Antrag auf Übergang zur Tagesordnung abgelehnt; zwei Abgeordnete fehlten. — Die Abstimmung mußte nun der Geschäftsordnung gemäß am Donnerstag wiederholt werden, jetzt wurden die Anträge auf Übergang zur Tagesordnung mit 23 gegen 21 Stimmen abgelehnt und dann die Minderheitsanträge auf Änderung der Ausführungsbestimmungen angenommen.
Der Landtag trat am Donnerstag in die Beratung der Petition der jüdischen Gemeinden um Erhöhung der Pauschsumme des Staates an die Juden für die Zwecke der Religion ein. Hierbei hatte sich im Ausschuß eine etwas sonderbare Minderheit auf Anträge vereinigt, nämlich ein Teil der Bauernbündler und die Sozialdemokraten auf Ablehnung der Petition. Die Bauernbündler rückten im Plenum aber schnell wieder von der Seite der Sozialdemokratie ab, da die prinzipiellen Gründe der Sozialdemokraten zu gefährlich erschienen, um sich damit zu identifizieren. Eine durchaus treffende Bemerkung des sozialdemokratischen Redners, daß das Zentrum für die Erhöhung der Pauschale an die Juden nur eintrete, weil die katholische Kirche ihren Zuschuß ebenfalls noch erhöht haben wolle (was übrigens durch den Zentrumsdredner keine Bestätigung fand), rief eine so heftige Debatte zwischen Zentrum und Sozialdemokratie hervor, welche erstere durch die Bauernbündler Unterstützung fand, daß es zu mehrfacher Einschreiten des Präsidiums kam. Der Abg. Driver (Zentrum) brachte die abgedroschenen Behauptungen vor, die Sozialdemokratie wolle Thron und Altar stürzen und rief die Regierung auf, streng darüber zu wachen, daß kein Kind ohne Religionsunterricht erzogen werde, denn solche Kinder seien der Sozialdemokratie leicht verfallen. Die Kirche allein kann den Staat schützen gegen die Flut der Sozialdemokratie. Abg. Hug (Soz.) sprach dem Abg. Driver jede Kenntnis über die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion ab und sagte, daß das Bekenntnis zur Republik doch wohl kein Hochverrat sei, finde sich doch die anpassungsfähige katholische Kirche sehr gut mit der republikanischen Staatsform ab. Als Hug meinte, die Sozialdemokratie habe in der kurzen Zeit ihrer Tätigkeit die kulturelle Entwicklung mehr getan als die katholische Kirche in tausend Jahren, war die Entrüstung groß. Abg. Schulz (Soz.) fertigte dann das Zentrum damit ab, daß das hohe Gewissen des Zentrums über die Mißstände bei der Verteuerung der Lebenshaltung der Grund sei, durch das Geschrei über den Sturz von Thron und Altar von den Missetaten des Zentrums abzulenken, und wies dann auf das Unmoralische hin, dissidentische Eltern zu zwingen, ihre Kinder dem konfessionellen Religionsunterricht zuzuführen. In einer persönlichen Bemerkung nach Schluß der mehrstündigen Debatte sagt Abg. Driver, daß die Sozialdemokratie hier im Hause Geuchel betreibe, wenn sie sage, Religion ist Privatangelegenheit; in Volksversammlungen suche die Sozialdemokratie die Religion zu vernichten! Diese persönliche Bemerkung trug Driver den Zuruf bewußte Unwahrheit und Verleumdung ein, worüber die Zentrumskräfte und Bauernbündler sich in Entrüstung ergingen. Die Zwischenrufe trugen den Abgeordneten Ordnungsrufer ein. — Beschlossen wurde, die Petition der Regierung zur Prüfung zu überweisen. — In vorgeklärter Stunde ging der Landtag noch an den Etat heran, doch kam es zu keiner bemerkenswerten Diskussion.

Aus der Partei.

Die beleidigten Prinzen von Preußen. Wegen Missetatsbeleidigung ist am 10. August vom Landgericht Königsberg neben dem Redakteur Markwald der Redakteur des „Landboten“, Hermann Linde, zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden. Es handelt sich um einen Leitartikel: „Mehr Gehalt für den König, mehr Steuern für das Volk“, worin den Prinzen empfohlen wurde, sich ihren Lebensunterhalt als Tendenzgeschichtsprofessoren oder als Handwerker selbst zu verdienen. Durch den Artikel sind nach der Ansicht des Gerichtes die Mitglieder des königlichen Hauses beleidigt. Der Artikel, so heißt es im Urteile, sei voller Hohn und Spott; den Prinzen werde darin der Vorwurf gemacht, sie seien unbedeutende Nichtstuer, die nichts zu gebrauchen seien. Das Gericht hat angenommen, daß der Angeklagte absichtlich und böswillig gehandelt hat. — Das Reichsgericht erkannte auf Verurteilung der Revision. — Von — Rechts — wegen!

Politische Versammlungen und die Maul- und Klauenseuche. In vielen schlesischen Orten wurden wegen der dort herrschenden Maul- und Klauenseuche öffentliche politische Versammlungen verboten. Jetzt hat nun auf einer Versammlung von Amts- und Gemeindevorstellern ein Vertreter der königlichen Regierung zu Vögnitz erklärt, daß politische Versammlungen auf Grund des Viehseuchengesetzes nicht verboten werden dürfen. Das Reichsvereinsgesetz und auch das Viehseuchengesetz bieten nicht den geringsten Anlaß dazu, gäbe der Regierungsvorstellung. Na, also!

Ein bekehrter Reichsverbänder. Wegen Beleidigung des Dr. med. Doeffler in Weimar wurde der Redakteur der „Tribüne“ in Erfurt, Genosse Dahl, vom Schöffengericht Erfurt zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. Dr. Doeffler war früher in Chemnitz und hat sich dort durch seine Treibereien gegen den Vorstand der Ortskrankenkasse und den Stadtrat unmöglich gemacht. Er war auch der Verfasser der Schubertischen Eulobroschüre. Vor der Verhandlung hatte Dr. Doeffler dem Beklagten Dahl einen Vergleich angeboten, und zwar durch dieses Schreiben:

Weimar, den 20. Oktober 1910.

Sehr geehrter Herr!

Zu Ihrer Strafsache will ich Ihnen einen gütlichen Vorschlag machen.

Sie werden eingesehen haben, daß es mit Ihren Zeugen, den drei Chemnitzer Stadträten, nichts ist; vielleicht haben Sie auch in den famolen „Schiedsspruch“ derselben Einsicht genommen und sich überzeugt, daß die allein maßgeblichen ärztlichen Sachverständigen damals ausdrücklich für mich eingetreten sind.

Es dürfte Ihnen daher am 26. Oktober nicht gelingen, den Wahrheitsbeweis zu führen.

Ich bin fest überzeugt, daß Sie nach Lage der Sache verurteilt werden, gestehe aber gern, daß mir jetzt nicht mehr viel daran liegt.

Auch bin ich mit beruflicher und wissenschaftlicher Arbeit gerade jetzt so überhäuft, daß ich wenig Lust verspüre, meine Zeit noch an diese Prozeßsache zu verschwenden.

Was Sie betrifft, so ersehe ich aus Verschiedenem, daß Sie mich in politischer Beziehung ganz falsch beurteilen; ich will Ihnen daher nur soviel sagen, daß ich schon seit zwei Jahren dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie nicht mehr angehöre und jegliche Beziehungen zu seinen Kreisen abgebrochen habe, nachdem ich dieser Verband im gegebenen Moment auf das schmachlichste im Stich gelassen hatte. Ich bin froh, wenigstens meine baren Auslagen mit Mühe und Not von ihm zurück zu erhalten zu haben.

Einer politischen Partei gehöre ich nicht an. Des weiteren wurden dann Vergleichsvorschläge gemacht, die aber Genosse Dahl nicht annehmen konnte. Der

Vergleich scheiterte daher. Interessant ist in dem oben zitierten Schreiben der Satz, daß Dr. Doeffler auch von dem Reichsverbande schmachlich im Stich gelassen worden ist. Herr Dr. med. Doeffler hatte es aber auch zu toll getrieben.

Totenliste der Partei. Der Parteisekretär für den Bezirk Süliches Westfalen und lipplische Fürstentümer (Sitz Dielefeld) Genosse Heinrich Klingenhagen ist am Sonntag, den 11. Dezember, nachmittags 3 Uhr nach kurzem Krankenlager gestorben. Genosse Klingenhagen war seit frühestem Jugend für die Partei tätig und ist ihr bis wenige Tage vor seinem Tode ein treuer Agitator geblieben. Er war seit der Errichtung des Bezirkssekretariats im Januar 1907 mit dem Posten eines Parteisekretärs betraut. Er hatte namentlich in den letzten Jahren mit einem Asthmaleiden zu kämpfen, dem er nun auch erlegen ist.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Streik in den Malzfabriken in Langensalza. Die Unternehmer der Malzfabriken in Langensalza verbreiten die Nachricht, daß der Streik beendet sei. Das ist nicht der Fall. Den Unternehmern wird der Streik immer unangenehmer. Die Brauereiarbeiter in den Brauereien, wo Malz aus Langensalza verarbeitet wird, üben scharfe Kontrolle und verlangen von den Brauereien, die Geschäftsverbindungen mit diesen Malzfabriken aufzugeben. Die Wirkung zeigt sich bereits, und so wird versucht, die Brauereien und die Öffentlichkeit zu täuschen. Auf Umwegen soll das Malz an den Mann gebracht werden. Da aber die Brauereiarbeiter diesem Treiben recht schnell auf die Spur kommen und diese Schabungen vereiteln, versuchen die Unternehmer jetzt, die Situation für sich günstiger zu gestalten mit der Mittelung, daß der Streik beendet sei. Zugang ist nach wie vor fernzuhalten.

Gewerbegerichtswahl in Rempten. Die in Rempten stattfindende Wahl der Arbeitnehmerbeisitzer zum Gewerbegericht brachte der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft einen erfreulichen Erfolg. Von rund 1000 abgegebenen Stimmen entfielen auf die Liste des Gewerkschaftsvereins 628, auf die Liste der mit den katholischen Arbeitervereinen vereinigten christlichen Gewerkschaften 209 und auf die Liste der liberalen Arbeiter 153 Stimmen. Die freien Gewerkschaften erzielten gegenüber der letzten Wahl vor drei Jahren einen Gewinn von rund 300 Stimmen. Auf die freien Gewerkschaften entfielen 6 Beisitzer und 4 Ersatzmänner, auf die beiden gegnerischen Listen je zwei Beisitzer und ein Ersatzmann. Der Stimmenzuwachs der freien Gewerkschaften wäre noch erheblich höher, wenn nicht eine große Zahl Wähler unterbeachteterweise an der Ausübung ihres Wahlrechts verhindert worden wären.

Ein „bisheriger Wraab“ in Rastatt? Seit vier Wochen stehen die Arbeiter der Waggonfabrik in Rastatt im Streik. Das Verhalten der Polizeiorgane und der nach Rastatt beorderten Gendarmen ist derartig, daß dem Zentralverband Deutscher Industrieller sehr leicht Material zu dem geplanten Ausnahmegefesse geliefert werden könnte, wenn die Arbeiter sich zu Ausschreitungen verleiten ließen. Zu dem bisherigen Wraab soll vielleicht ein bishiger Rastatt kommen. Schon vor 14 Tagen konnte festgestellt werden, daß der auf der Verpflegungskasse amtierende Polizist den Durchreisenden, die Verpflegung in Anspruch nehmen wollten, diese verweigerte, wenn sie nicht als Streikbrecher in der Waggonfabrik anfangen wollten. Auf eingereichte Beschwerde der Organisationsleitungen wurde in diesem Fall Abhilfe zugesagt. Vor einigen Tagen kam ein Trupp durch Agenten angeworbener Leute aus Kaiserlautern. Als diese in Erfahrung brachten, daß sie als Streikbrecher Verwendung finden sollten, weigerten sie sich, in die Fabrik hineinzugehen. Durch Polizei- und Gendarmen wurden sie aber förmlich in die Fabrik hineingetrieben und dort fast wie Gefangene gehalten; erst vier Tage später gelang es ihnen, aus dem Betrieb wieder herauszukommen. Eine Hauptaktion aber führten die Sicherheitsorgane am Montag, den 12. Dezember aus. Von den Arbeitswilligen waren Sonnabend abend 7 Mann nach Hause gefahren. Als diese am Montag früh wieder nach Rastatt zurückkamen, wurden sie von ca. 20 Polizisten, die

wie die Berliner Schulkleute mit Revolvern ausgerüstet sind, in Empfang genommen und nach der Fabrik gebracht. Als die Streikposten verluchten mit den Arbeitswilligen zu sprechen, ging die Polizei energisch vor und beschimpfte die Streikenden. Die Polizisten zogen blank und suchten mit den Säbeln in der Luft herum. Kriminalbeamte schlugen mit Gummischläuchen auf die Arbeiter los, wobei sie durch die Meister der Fabrik unterstützt wurden, die ebenfalls mit Knütteln auf die Arbeiter einschlugen, unter Aufsicht der Polizei, nach berühmtem Muster der Hinz-Gruppe in Maabitz. Zu einem Unbeteiligten sagte ein Polizist: „Wenn es noch einen Augenblick länger gebauert hätte, so hätte ich einem die Schwarte durchgehauen!“ Wunsch die badische Regierung ein zweites Rheinfelden? Die Zollbehörde ist dagegen streng objektiv, und auch die Bahnbehörde hat es abgelehnt, sich von dem Fabrikdirektor Jacobs vor seinen Karren spannen zu lassen. Auch sonst zeigt dieser Kampf noch interessante Momente. Einige Ingenieure lassen sich von dem Fabrikdirektor benutzen, um als Streikbrecheragenten in der Welt herumzuireisen. Die berüchtigte Streikbrecheragentur der Witwe Müller in Altona hat einen Trupp von 80 Streikbrechern geliefert. Jedes dieser nützlichen Elemente ist mit einem Dolch ausgestattet. Mit den Arbeitswilligen ist vertraglich vereinbart, daß sie sofort nach Beendigung des Streiks wieder verschwinden müssen. Die Streikbrecher müssen im Interesse der öffentlichen Sicherheit Tag und Nacht im Betrieb bleiben, werden also wie Gefangene behandelt. Bei der Wichtigkeit des Kampfes wird nochmals dringend ersucht, den Zugang fernzuhalten.

Brauereiarbeiterstreik in Gelsenkirchen. Die organisierten Arbeiter der Brauerei „Glückauf“ haben wegen Tarifdifferenzen die Arbeit niedergelegt. Die Brauerei ist im kürzlich abgeschlossenen Bezirkstarif für Rheinland-Westfalen nicht mit einbegriffen worden. Sie wick die Verhandlungen mit der Motivierung aus, daß sie nach Zustandekommen des Bezirkstarifes einen Tarif mit der Organisation vereinbaren wolle, der ein Mustertarif sein sollte. Jetzt denkt die Firma nicht an die Einlösung ihres Versprechens und verlangt, der Gruppe Dortmund zugesetzt zu werden. Die Brauerei ist aber nicht dem Wirtschaftsgebiet der Dortmunder Gruppe zugehörig. Die Arbeiter würden sich, wenn der Wunsch der Firma übrigens erfüllt würde, schlechter stehen als bisher. Da Verhandlungen scheiterten, legten die Arbeiter am 13. Dezember er. die Arbeit nieder. Zugang ist fernzuhalten.

Zum Bergarbeiterstreik in Gaussham (Oberbayern.) Von 1600 Mann arbeiten rund 190. Gegenteilige Behauptungen sind unwahr. Daß, wie von „Christlicher“ Seite behauptet wird, „christliche“ Bergarbeiter beschimpft und verhöhnt worden wären, beruht ebenfalls auf Unwahrheit. Unwahr ist auch, daß einige hundert sozialdemokratische Arbeitswillige zu verzeichnen sind. Unter den Arbeitswilligen befinden sich bloß 10 Verbändler. Die Einigungsverhandlungen haben noch zu keinem greifbaren Resultat geführt.

Kommunales.

Kommunaltagsfeier. In Treuen-Bogtl wurde am Montag bei der Stadtverordnetenwahl Genosse R. Bühring mit 416 von 617 abgegebenen Stimmen als Stadtverordneter gewählt. Mit ihm zieht der erste Sozialdemokrat in das Stadtparlament ein. — Bei der Dienstag stattfindenden Stadtverordnetenwahl in Friedberg (Hessen), bei der sich unsere Partei nur mit einem Kandidaten beteiligte, wurde dieser in der Person des Genossen Jakob Jahl mit 524 Stimmen gewählt. Seither saß nur Reichstagsabgeordneter Busold als einziger Sozialdemokrat in der Stadtverordnetenversammlung.

Aus Nah und Fern.

Missbrauch der Kanzel. Im Anschluß an einen Erlass des bayerischen Episkopats, in dem vor den „Ausführungen der Presse, die offen die Lehre der heiligen katholischen Kirche bekämpft und die guten Sitten verlegt“, gewarnt wird, legte ein Kaplan Koblbauer in Windheim (Ober-

Burg Plümeran.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.

(16. Fortsetzung.)

„Geschwänzte Menschen? Das ist ja entsetzlich!“ sagte die Pastorin, „haben sie denn alle Schwänze?“

„Gewiß, liebe Schwester.“

„Gott behüte!“ sagte die Pastorin innerlich schauernd. „Laßt uns noch ein Buch der Apokalypse (Offenbarung) entriegeln!“ rief jetzt der Baron, indem er eine neue Flasche ergrieff. „Pastor Ritt! ich schändere Ihnen beim Heiligen Geist, der Inhalt dieses Gefäßes gibt dem Geist, dem besseren Teile der zwölften Apostel von Bremen in nichts nach. Es ist ein echter Theologen-Wein. Johann der Theolog trank ihn nicht besser zu Pathmos, obgleich er da zu seiner Rechten Ghios, und zu seiner Linken Cypern und im Rücken Brygien und Lydien hatte. Beim Heiligen Geist wäre ich nicht Heinrich, Baron von Wierendorf, so möchte ich wohl Heilig sein. Und wäre ich nicht Kammerherr seiner königlichen Hoheit, des Kurfürsten von Hessen und läge ich nicht hier bei Ihnen, so möchte ich wohl auf Pathmos sitzen, Cyperwein vor mir und Offenbarungen von mir gebend. — Aber es ist eine gottlose, eine ungläubige Zeit und alle guten Gewohnheiten kommen schmachlicher Weise außer Gewohnheit. Sehen wir's doch selber leider an unserem Freunde Ritt, daß es schon Pfarrer gibt, welche dem edlen Zeitvertreiber des Kartenspiels abhold sind. — Sagen Sie einmal, Herr Pastor, warum spielen Sie nicht?“

„Ich finde kein Vergnügen daran und glaube meine Zeit besser nützen zu können,“ erwiderte dieser.

„Besser?“ entgegnete der Baron, „das bezweifel ich. Ein Landpastor und Karten gehören hier von altersher zusammen. Und Sie sind doch sonst für's Alte und das alles beim alten bleiben soll? Der alte Pastor Wob war übrigens auch der Ansicht, daß alles beim alten bleiben müsse. Der gute Herr studierte sehr eifrig die Bücher der Könige und hatte einst vom stillen Freitag mittag bis zum Ostermontag Morgen in einer Session mit dem Rottener Müller und dem Wangeniner Volkshändler

darin kalmauert, und sein Küster hatte am Sonntag lesen müssen. Das kam vor die langen Ohren des Konfistoriums, und mein lieber Wob kriegt alsbald einen Brief mit großem Siegel, worin es schließlich hieß: aut aut, Kanzel oder Karten. Es war zu des guten alten Friedrich Franzens Zeiten. Mein Pastor besinnt sich nicht lange, sondern packt das Konfistorialschreiben sofort säuberlich ein und schickt's dem alten Herrn und schreibt dabei: sohanes Schreiben habe er vom hochwürdigsten Konfistorium erhalten. Wahr sei es: er spiele zuweilen, aber so arg wies Konfistorium vernehme, wäre es doch wohl am Ende nicht. Sechs Kinder habe er, und er bedürfe zu deren Erziehung und zu seinem Lebensunterhalt jährlich eintaufend Taler. Unter dem ginge es platterdings nicht. Die Pfarre ertrüge aber kaum fünfshundert. Also fehlende fünfshundert habe er bis dahin im redlichen Kartenspiele verdient. Wollte nun Serenissimus veranstalten, daß ihm diese anderweitig zuflossen, so wolle er in Zukunft den Karten entsagen; wo nicht, müsse es beim alten bleiben. — Und, meine Herrschaften, Friedrich Franz sah ein, daß Wob recht hatte, und es blieb beim alten, und ich möchte wohl den Vorschlag machen, daß diesem wackeren Verteidiger des Kirchenrechtes von sämtlichen Landesgeistlichen eine Denksäule gesetzt werde.“

„Da erzählen Sie ja selber eine Geschichte, die Sie vom Herrn Königshamel gehört haben, Herr Baron?“ sagte Sophie.

„Die Biene saugt auch Honig aus Hundebäumen, mein Fräulein,“ erwiderte dieser.

„Ein Spötter des Heiligsten ist er!“ sagte Ritt leise zur Pastorin.

„Neun Taler hat er in fünf Tagen vertrunken und vier noch auf schlechtere Weise verschleudert, denken Sie nur, lieber Herr Pastor,“ flüsterte diese.

„Er ist noch viel schlimmer als das Tier Kopp!“ sagte Ritt.

Während man beim Nachtische saß, wandte sich das Gespräch auf einige Tagelöhner, die vor mehreren Jahren ihren gutsherrlichen Tyrannen erschlagen hatten und die jetzt ihr Urteil, das für die meisten auf ewige Kerkerhaft lautete, empfangen hatten.

„Ich finde die Strafe entsetzlich hart,“ sagte Sophie.

„Ihr Gutsherr hatte sie seit Jahren aufs empörendste gequält und mißhandelt, und sie hatten vergeblich bei den Gerichten Abhilfe gesucht!“

„Zu hart finden Sie die Strafe?“ rief Ritt, „zu hart, für diese Missetäter, welche sich an ihrer von Gott ihnen gesegneten Obrigkeit vergreifen haben? Ich finde das Urteil himmelschreiend, denn geschrieben steht: wer's Schwert zieht, der soll dadurch umkommen.“

„Aber es heißt auch: richtet nicht, so merdet ihr nicht gerichtet; segnet, die Euch fluchen; tut wohl denen, die Euch hassen!“ erwiderte Sophie.

„Sanz recht. Aber jene Worte des Herrn bestätigen nur die feiner Worte, welche ich eben anführte. Der Spruch beim Matthäus: liebet Eure Feinde, segnet, die Euch fluchen, tut wohl denen, die Euch hassen, bittet für die, so Euch beleidigen und verfolgen. — Was ist sein Sinn? Einfach der, daß wir selbst gegen unsere Feinde Christi Gesetz, welches eben die Liebe selber ist, walten lassen sollen. Es spricht der Herr beim Matthäus: wer's Schwert nimmt, der soll durch das Schwert umkommen. Indem wir dieses sein heiliges Gebot nun am Mörder vollstrecken, üben wir die christliche Liebe, segnen wir den, der uns geflücht, tun wir wohl dem, der uns geachtet. Das andere von Ihnen angeführte Wort des Herrn: richtet nicht, auf daß ihr nicht gerichtet werdet, wurde zu dem Volk, welches den Berg umlamb, gesprochen. Sein Sinn ist, wie der jedes Wortes der heiligen Schrift, einfühlige Gemüthe sonnenklar. Einfach ist der: nicht ihr, nicht das Volk, soll Gerechtigkeit finden und handhaben, sondern die Fürsten und Priester als Geleisefundige sollen dies tun. Klar beweist dieses Wort, daß die jetzt an so manchen Stellen eingeführten Schwurgerichte ein Werk Satans sind, ein Werk entsetzlicher, antichristlicher Finsternis; und wir wollen deshalb den Herrn bitten, daß er dieses Land mit solchem Greuel barmherziglich verschone!“

„Guten Herr!“ hatte bei diesen Reden sich zornig aufgebäumt. Er erblähte und ätzerte und wollte antworten. Das wandte Auguste sich zu ihm und sagte leise, „Schweig Sie, er versteht Sie doch nicht.“ Wob aber sagte: „Sie sind auf gutem Wege, Pastor Ritt. Nur ich fürchte, Sie werden es mitbringen. In Ihnen steht ein Hof-Theologe. Es gibt Orte, wo Männer, wie Sie, sehr gesucht sind.“ — „Aber ich denke, wir stehen auf; es wird heiß im Zimmer!“

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Gerichtssaal.

Betrunkene Mannen. In Lindenhorst bei Dortmund lag am 1. September die 8. Eskadron des Westfälischen Ulanenregiments Nr. 5 im Quartier. Der Sergeant Möller war Patrouillenfürher und hatte den Auftrag in Gemeinschaft mit anderen Soldaten die Wirtschaften zu revidieren, damit die Einquartierten sich nicht zu lange dort aufhielten. Bei dieser „Revisión“ wurden, wie wir damals berichteten, ganz empörende Ausschreitungen verübt. In zwei Wirtschaften hausten die Soldaten wie die Wandalen. Einem Steiger wurde durch einen heftigen Fußtritt das Nasenbein zertrümmert. Die Wirte konnten sich der angetrunkenen Soldaten nicht erwehren. Diese mißhandelten die Gäste, gaben Schläge ab und so weiter. Als man dem Sergeanten Möller mit Anzele drohte, meinte er, er brauche keine Vorgesetzten, er sei eine Behörde für sich und zeigte seine Schußwaffe. In einer Wirtschaft, wo eine geschlossene Gesellschaft tagte, erzwang sich die Patrouille Eintritt, schlug mit dem Säbel über den Tisch, worauf es zu einer wilden Schlägerei kam. Als ein mit dem Säbel mißhandelter Mann zu Boden stürzte, rief der Sergeant Möller, man möge das Nas, den Lump totschlagen. Andere Mannen bearbeiteten den am Boden Liegenden mit Fußtritten. Mit größter Mühe konnten der rasende Sergeant und seine Genossen erst aus dem Lokal gebracht werden. Dem mißhandelten Steiger kam bei der Gelegenheit auch ein Portemonnaie mit 80 Mk. Inhalt abhandelt, das später leer aufgefunden wurde. Die Angelegenheit hatte am 22. Oktober das Kriegsgericht in Düsseldorf beschäftigt, das den Sergeanten Möller zu zwei Monaten und zwei Wochen Gefängnis, den Mann Müller zu vier Wochen Gefängnis, den Gefreiten Garbe zu zwei Wochen Gefängnis und den Reservisten Stüber zu 14 Tagen Gefängnis verurteilte. Gegen dieses Urteil legte der „Gerichtsherr“ und auch der Verteidiger der Verurteilten Berufung ein. Am 7. Dezember stand die Sache vor dem Oberkriegsgericht in Münster zur Verhandlung. Der Kriegsgerichtsrat Piemer sprach von einer geradezu empörenden Mißhandlung, die die strengste Sühne erfordere. Die betrunkenen Soldaten hätten die größten Exzesse verübt. Der Anklagevertreter beantragte gegen Möller 9 Monate Gefängnis und sofortige Verhaftung sowie Degradation, gegen Müller 4 Monate, Garbe 3 Monate 1 Woche Gefängnis und gegen Stüber 4 Wochen Mittelarrest. Der Verteidiger der Angeklagten wollte das Gericht dadurch milde stimmen, daß er auf die für die Soldaten außerordentlich schwierigen Verhältnisse im Kohlenrevier hinwies. Der Sergeant Möller wurde wegen Hausfriedensbruch, Mißhandlung, Mißbrauch der Waffen und schwerer Körperverletzung zu 5 Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt, Müller erhielt 2 Monate 14 Tage, Garbe 2 Monate Gefängnis und Stüber 14 Tage Mittelarrest.

Gleiches Recht für alle. Am Mittwoch wurden in Leipzig abermals zwei organisierte Metallarbeiter auf

Grund des § 153 C. O. zu je einer Woche Gefängnis verurteilt, weil sie ihre Kollegen, die die Arbeitsnachweis-Sperre gebrochen hatten, aufzuklären suchten. Der Klassencharakter dieser Urteile tritt scharf durch die Tatsache hervor, daß am gleichen Tage ein Student, der einen Schuhmann „Schwein“ geschimpft hatte, mit 15 Mk. Geldstrafe begnadigt, obwohl er sogar eine Gefangenenbefreiung versucht hat, wie aus der Verhandlung hervorging. Die Staatsanwaltschaft hatte aber rücksichtsvoll nur wegen Beleidigung Strafantrag gestellt.

Gefährliches Verbrechen. In Strassburg war ein Feldwebel des dortigen Bezirkskommandos von zwei nach dem Auslande verzogenen ehemaligen Heeresangehörigen außerordentlich beauftragt worden, ihnen die Invalidenrente einzulassen, sie auf der Sparkasse zu hinterlegen und einen Teil nachzusenden. Der Feldwebel erhob die Beträge und verwendete sie zunächst für sich, um, nachdem ein Mahnschreiben eingegangen war, das er für sich bezieht, die Summe abzurufen. Die vorgelegte Behörde bekam durch ein Schriftstück Kenntnis von der Angelegenheit; es wurde Anklage wegen Unterschlagung gegen den Feldwebel erhoben und dieser in Untersuchungshaft abgeführt. Das Kriegsgericht verurteilte den Feldwebel wegen Unterschlagung zu zwei Monaten Gefängnis und Degradation.

Ein Rechtsanwalt als Betrüger. Vor dem Landgericht München I wurde der Rechtsanwalt Ludwig Reinfelder wegen Betrugs zu sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Exzessiverurteilung verurteilt. Reinfelder wurde von vermeintlichen Erben einer angeblichen Millionenerbschaft zum Rechtsbeistand aufgestellt und hat den „Erben“ zum Zwecke der Aufnahme von Darlehn Verträge ausgestellt, wonach zum Betreiben der in seiner Kanzlei anhängigen Erbschaftsangelegenheiten nötige Mittel auf Grund dieser anwaltlich gefälligen Verschönerungen der Darlehnsgeber um circa 3000 Mk. geschädigt. Von diesem Gelde bezog Reinfelder 1100 Mk. als Kostenvorschuß. Die Erbschaft aber existierte in Wirklichkeit garnicht, was Reinfelder nach Feststellung des Gerichts schon im Sommer 1908 bekannt sein mußte.

Im Dorfener Diebstahlprozeß vor dem Landgericht München wurde am 14. Dezember ein Angeklagter zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis, neun Angeklagte zu drei bis neun Monaten Gefängnis und drei Angeklagte zu ein bis sechs Wochen Haft verurteilt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Aus Nah und Fern.

Große Unterschlagungen in einem christlichen Konsumverein. Die „Königliche Volkszeitung“ berichtet: Im Gewerkschaftskonsumverein in Eiserfeld (Siegerland) wurde bei einer außerordentlichen Bilanzrevision ein Fehlbetrag von 10 000 Mk. festgestellt, den der bisherige Verwalter Will unterschlagen hat. Er war vor wenigen Wochen nach Nordham verzogen, wo er inzwischen verhaftet wurde.

Pfarrerlicher Saubereitun. Als kürzlich in Südwestdeutschland eine scharf geschriebene Broschüre in Umlauf

kam, welche die Eltern davor warnte, ihre Söhne katholische Theologie studieren zu lassen, wurde angenommen, daß Arbeit stamme aus der Memingerischen Verlagsanstalt in Würzburg. Als sich der Vater eines Theologiestudierenden an die Firma wandte, erhielt er nach dem „Schwarzwälder Boten“ folgenden Schreibzettel:

„Wir haben Ihnen kein Flugblatt zugesandt, die Sache ging von einem katholischen Pfarrer aus. Wir können aber nicht umhin, Ihnen zu bemerken, daß, wenn wir in E. wohnen würden, wir Ihnen eine in die Presse schlagen würden, daß Sie Zeit Ihres Lebens ein Andenken an uns hätten.“

Meminger Verlagsanstalt und Buchdruckeret.“

An Deutlichkeit läßt dieses briefliche „Bekenntnis“ sicher nichts zu wünschen übrig. Aber der liberale Pfarrer Granbinger hält seinen katholischen Gemeindefürsorgern in dem von ihm herausgegebenen Nordhalbener Grenzboten noch ganz andere Standpauken: so urteilte er über ein katholisches Blatt: „Und jagt man solchen Blättern auf den Kopf, daß sie rückständig bis auf die Knochen sind, dann heißt die Meute wie arretierte Dermische und alle Donnerwetter schlagen auf einen los. In jedem Raff findet sich so ein vermaltebeiter Geselzkopf, der für den infamen, erbärmlichen Wisch hafteren humpelt. Und in jedem Raff gibt es Schwachsinnige, Kiekröpfige, Doldi, Dapschädel, Hysterische, Mondschlichte, Wasserlöppige, Gehirnbrüchige, Schwülstige, Schwünbige, Wechselbälge und Weitzstanzbehäftete — und aus dieser Muskele rekrutiert sich der Deserteis der Zentrumspreffe.“ Der katholische Pfarrer Granbinger muß es ja wissen.

Paris als Seestadt. Aber 150 französische Abgeordnete unterstützen das Projekt, durch den Bau eines Seekanals Paris-Rouen einen Seehafen in Paris herzustellen. Die Kosten werden auf 145 Millionen veranschlagt. Die Verwirklichung würde dem Staate 20 Millionen Zoll einbringen und halbe Millionen Jahrestkosten für die Seinerregulierung ersparen.

25 Bergleute getötet. Aus Norton (Virginia) wird gemeldet: Nach den neueren Feststellungen wurden bei der Explosion in der Mine der Bond Coal Company in der Nähe von Tacoma fünf und zwanzig Bergleute getötet.

Mordtaten einer russischen Räuberbande. Eine Räuberbande von vierzig Personen ist in Klein festgenommen worden. Die Bande hat nicht weniger als achtzehn Raubmorde verübt. In einer von den Verbrechern bewohnten Höhle fand man Gewehre, große Mengen von Munition, 200 Revolver und viele gefälschte Pässe.

Bauinsurgenz in Dubajest. In der Stationsgasse ist ein Neubau eingestürzt, wobei fünf Arbeiter getötet und zwei verletzt wurden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Heinr. Schultz
Uhrm. u. Goldarb.,
ob. Johannisstr. 20.
Uhren, Ketten,
Gold- u. Silberwar.,
goldene Trauringe
Rathenower
Brillen.
Eigene Werkstatt.

Dide Flomen Pfund 80
Prima Rindfl. p. Pfd. 70
Bratenfleisch Pfd. 80
90 Scheibenbier 1.10
Ger. Schweinsbuden 75
ohne Knochen per Pfd.
Ba. Heine Rauchfleisch Pfd. 90
Prima ger. Rachen Pfd. 100
Ba. bestes weißes Schmalz
nur von eig. Schlachtung,
pro Pfd. 75
frisch. Kopf u. Bein Pfd. 25
H. Aufschnitt Pfd. 100
M. Lahrz, Böttcherstr. 16.

**Verband der
Fabrikarbeiter Deutschl.**
Distrikt Rensfeld-Schwartau.

Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, 17. Dezember
abends 8 1/2 Uhr.
im Lokale des Herrn Pinkert,
Gasthof „Krausbeal“.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag des Kollegen Radde-
Lübeck.
3. Rattebericht.
4. Anträge zur Generalversammlung
5. Beschlüsse.
Bei zahlreichem Erscheinen ersucht
Die Distriktsleitung.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband.**
Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
Sonnabend, 17. d. M.
abends 8 1/2 Uhr.
im „Gewerkschaftshaus“
Die Ortsverwaltung.

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

e. G. m. b. H.

Praktische Weihnachtsgeschenke

die jedermann willkommen sind, führen wir in

großer Auswahl

in unserm Speziallager für

Manufaktur- und Haushaltungswaren

Glandorpstraße 1

dessen Besuch wir unsern Mitgliedern angelegentlichst empfehlen.

Als Anhalt für die Reichhaltigkeit unseres dortigen Warenlagers haben wir hervor in Manufakturwaren und ähnliches:

Normal-Unterzeuge, Strümpfe u. Strumpflängen, Sweaters, Herren-Woll-
Wetten u. Jaden, Handschuhe, fertige Herren-, Damen- u. Kinder-Hemden in
Hemdentuch, Barchent u. Flanell, Damen- u. Kinderhürzen, Damen-Kleider- u.
Blusen-Stoffe, Gardinen, Wachszeuge, Bettzeuge, Inletts, Handtücher, Hemdentuche,
Hemdenflanell in blau, grau und weiß, Schlafbeden, Bettlüber, Nachtsachen,
Arbeiter-Garderoben, Herren-Wäsche, Krawatten, Schlüppe, Selbstbinder, Hosen-
träger, Schirme, Taschentücher, Portemonnaies, Schultümel.

Puppen!

Puppen!

Für den Hausstand:

Tannenbaumfäße, Petroleum-Defen, Kohlentäfen, von den einfachsten bis
zu den feinsten Salontäfen, Kohlenkannen, Petroleum-Kannen, Küchenslampen,
Eislötel, Teelötel, Messer- u. Gabelbesteck, Taschenmesser, Porzellan-, Glas-,
Steingut-, Emaille- u. Holzwaren, Kaffee-, Eis- u. Milch-Service, Waschtümel u. v. a. m.

Für unsere Mitglieder in Schwartau, Gutin u. Schlutup führen wir eine
große Anzahl der vorbenannten Waren in den dortigen Warenabgabestellen.

Seht gekaufte Waren werden nach dem Fest bereitwilligt umgetauscht.

Der Vorstand.

NB. Am Sonntag, dem 18. Dezember, von mittags 12 bis abends 6 Uhr geöffnet.

Holsten-Automat
G. m. b. H. Holstenstr. 14.
Warme und kalte Speisen.
Feinste belegte Brötchen 10 Pf.
Helles und dunkles Bier 10 Pf.
Freunden und hiesigem Publikum
bestens empfohlen.
Fr. Brockstedt, Geschäftsführer.

Gasthof z. Kronprinz
Beckergrube 57.

Großes Auspielen von
fetten Gänsen, Weihnachts-
karpfen und Rauchfleisch
am Sonnabend, d. 17. Dezember.
Anfang 10 Uhr vorm. Einsch. 50 Pf.
Hierzu ladet freundlich ein
Johann Hack.

Zentral-Hallen

Dankwardgrube 20.
Gr. Auspiel. u. Verschleiß.
von fetten Gänsen,
Karpfen und Rauchfleisch
am Sonnabend, 17. Dezember.
Anfang vorm. 10 Uhr. Einsch. 50 Pf.
Hierzu ladet freundl. ein H. Pagel.

Stadthallen theater.

Sonntag, 18. Dezbr. Abds. 7 1/2 Uhr.
Der Veilchentresser.
Lustspiel von G. von Moser.
Vorverkauf täglich in den bekanntesten
Stellen bei Nagel, Markt 14, und
Roh, Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.

Sonnabend, 17. Dezbr. 7 1/2 Uhr.
Woll-Abonn. 80. Sonnabend-Ab. 14.
Bei kleinen Preisen!
Zum 1. Male! Neu!

Dornröschen.
Weihnachtsmärchen von O. Witt
mit großem Ballett.
Sonntag, 18. Dez. Nachm. 3 Uhr.
Außer Nachmittagspreisen!

Dornröschen.
Weihnachtsmärchen m. gr. Ballett.
Sonntag, 18. Dez. Abds. 7 1/2 Uhr.
Leitendes Gastspiel des Sopran-
sängers Karl Erb
vom Hoftheater in Stuttgart.

Martha.
Oper von Fr. von Flotow.

Schwanner & Heeschen

Königstraße 69-71.

Lübeck.

Fernsprecher 359.

Teppiche

grösste Auswahl am Platze
Mk. 4.50, 4.75, 8.—, 9.25, 10.—, 12.— etc.

Portièren

grösste Auswahl am Platze
Garnitur Mk. 4.50, 6.—, 7.25 etc.



Gardinen

grösste Auswahl am Platze
25, 35, 45, 50, 60 Pfg. per Meter etc.

Tischdecken

grösste Auswahl am Platze
Mk. 2.50, 2.75, 3.—, 4.—, 5.— etc.

Moquettes (bunte Möbelplüsch)

Grösste Auswahl am Platze
Mk. 5.50, 5.80, 6.—, 6.75 etc. per Meter.

Bettdecken

von Mk. 2.— an.

Felle

von Mk. 3.— an.

Vorlagen

von 90 Pfg. an.

Schlafdecken

von Mk. 3.70 an.

Divandecken

von Mk. 4.50 an.

Reisedecken

von Mk. 3.75 an.

Wachstuche

von 28 Pfg. an.

Fussmatten

von 25 Pfg. an.

Kissen

von 95 Pfg. an.

LINOLEUM-

Teppiche
Läufer
Vorleger

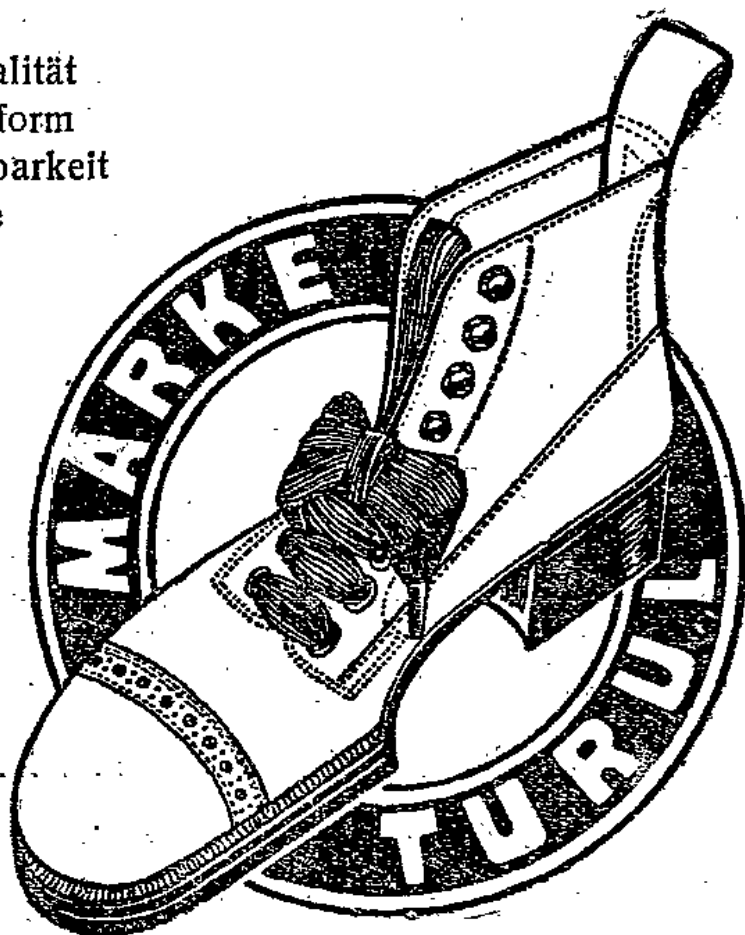
preiswert.

Grösste Auswahl am Platze.

Grösste Auswahl am Platze.

Die Vorzüge unserer Schuhwaren

Tadellose Qualität
Elegante Passform
Erprobte Haltbarkeit
Volle Garantie
Billige Preise



Jedes Paar Herren- und Damenstiefel:

Spezialmarke 7 ²⁵/_M

Goodyear Welt 9 ⁵⁰/_M

TURUL-SCHUH-FABRIK:

Alfred Fränkel Com.-Ges.

Verkaufsstelle:

Lübeck, Breitestr. 49.

Verkaufsstellen in allen grösseren Städten Deutschlands.

Stets frische Margarine!

Vergleichen Sie bitte meine Qualitäten
zu 90, 80, 70, 65, 60, 55 Pfg. pro Pfund,
175, 155, 135, 125, 115, 105 Pfg. pro Kilo
mit der von anderer Seite zu höheren Preisen gefausten Margarine.
Der Beweis ist geliefert, daß meine Qualitäten das Beste
darstellen, was für den Preis geliefert werden kann.
Obertrave 8. Ludwig Hartwig.
Sie erhalten Lubeca-Marktmatten oder 4% in bar.

Gebr. Steder

Lübeck, Huxstrasse 95

empfehlen als praktische

Weihnachtsgeschenke

in grosser Auswahl:

Tafelservice, moderne Muster, von 7.00 Mk. an
Waschgeschirre, hübsche Dekoration

von 2.00 Mk. an

Kaffeeservice, Steilig, von 3.00 Mk. an

Blumentöpfe und Kübel in allen Grössen

Blumenvasen, sowie reizende Neuheiten in Nippes

Vorrats- und Gewürztonnen sehr preiswert

Wein-, Bier- und Likörgläser in jeder Preislage

Fein vernickelte Geschenkartikel

Kronen und Hängelampen

Ampeln, Tisch- und Küchenlampen

Petroleumkocher, Original Haller,

2fl. 2.75, 3fl. 3.95, 6fl. 8.50 Mk.

braun, blau und grau

Emaillwaren aller Art

Aluminiumgeschirr, Ofenschirme

Ofenvorsetzer, Kohlenkasten

Besen und Bürstenwaren in guter Qualität

Waschtöpfe, Wannen, Waschkörbe

Wring- und Mangelmaschinen.

Die beliebtesten Artikel mit Lübecker Wappen
in großer Auswahl vorrätig.

Auf alle Waren rote Lubecamarken oder 4 Prozent in bar.

Woll-Bössel, Huxstrasse 37

Sämtl. Sorten Wollgarne, Strümpfe, Handschuhe, Damen-
und Kinderröcke, Jagdwesten, Flanelle, Schlaf- u. Pferde-
decken, Unterzeuge für Herren, Damen u. Kinder, Hüte,
Schirme, Schlipse, Kragen, Manschetten, Vorhemde

Herren- und Knaben-Anzüge

in grösster Auswahl zu billigsten Preisen.

Preiswerte

Weihnachts-Angebote

In allen Abteilungen sind besonders preiswerte für Geschenke geeignete Artikel zu sehr billigen Preisen zur Auslage gebracht.

Damen-Schürzen

- Hausschürze** waschecht Gingham mit Volant und Tasche 1²⁵
- Empireschürze** Gingham, hübsch besetzt 1²⁵
- Tändelschürze** weiß mit Stickerei-Ringsvolant 80⁴

Handschuhe

- Dam.-Trik.-Handsch.** farbig mit 2 Druckkn. Pr. 52⁴
- Dam.-Strickhandsch.** weiße Wolle Pr. 58⁴
- Herr.-Trik.-Handsch.** farbig mit 1 Druckkn. Pr. 58⁴

Strumpfwaren

- Damenstrümpfe** schwarz Wolle platt. Pr. 48⁴
- Herrensocken** grau Wolle platt. . . Pr. 32⁴
- Herrensocken** grau Landwolle . . . Pr. 58⁴

Kopfschals

- Seidene Schals** aparte Dessins 2.75 2.40 1⁹⁵
- Chiffon-Schals** mit Tautropfen 5.75 3.90 3²⁵
- Crepe de Chine-Schals** in hell. Farb. 9.75 8.75 4⁹⁵

Wollwaren

- Damen-Westen** schwarz Wolle . platt. 90⁴
- Anstandsrocke** baumwoll. Flanell mit Volant und Languelette . 1²⁵
- Damen-Beinkleid** baumwoll. Flanell mit Woll-Languelette 1¹⁵

Korsetts

- Damen-Korsett** grau Drell mit Spiraleinlage 1³⁵
- Damen-Korsett** Frackform hellblau Jacquard 1⁷⁵
- Damen-Korsett** Direktoire-Form, grau Drell mit Spitze 3⁰⁰

Besonders preiswerte **Ballfächer**
Gaze, reich garniert, oder Straußfeder 1⁸⁵ 2⁵⁰ 3²⁵

Damen-Strumpfhalter
aus Rüschengummi mit bestem Verschuß 38⁴ 68⁴ 95⁴

Gold-Brokat-Taschen
in modernen Ausführungen Mk. 2⁶⁵ 4⁷⁵ 7⁵⁰

Damen-Konfektion

- Weisse Bluse** Wollbatist mit Spitzen und Entredeux und Tüllpasse, ganz gefüttert 3⁰⁰
- Kimono-Bluse** aus modernem gestreiften Wollstoff mit runder Tüllpasse und Tüll-Manschetten, in Lachs, blau und rot 5⁰⁰
- Seiden-Bluse** aus weichem Taffet, Tüllpasse mit Soutache benäht, in modernen Farben 7⁵⁰
- Seiden-Bluse** aus Taffet mit Tüllpasse und Manschetten und Kurbelstickerei 9⁵⁰
- Spitzen-Bluse** weiss, mit Tüll-Einsätzen und Spachtelmotiven 4⁵⁰
- Spachtel-Bluse** Kimonoschnitt in aparter Ausführung, auf Seide gearbeitet 9⁷⁵
- Abendmantel** Winter-Velour mit Plaid-Abseite und Moufflonkragen 13⁵⁰
- Tuch-Abendmantel** aus vorzüglichem Stoff mit Watierung und gutem Sergefutter, in modernsten Fassons 19⁵⁰
- Unterrock** aus gutem Halbtuch mit 2fachem hohen Volant u. Gimpengarnierung, in marine, braun u. bordo 2²⁵
- Unterrock** aus Taffet-Glaze mit hohem plissiertem Volant 8⁵⁰

Regenschirme

- Regenschirm** für Damen und Herren solider Körperbezug 1⁹⁵
- Regenschirm** für Damen und Herren Gloria-Taffelbezug, dankbare Halbseide 2⁸⁰
- Regenschirm** für Damen und Herren mit reinseidenem Taffelfutteral 3⁵⁰
- Regenschirm** für Damen und Herren Diagonalbezug „reine Seide“, sehr solide im Tragen 5⁵⁰
- Farbige Damen-Schirme** Körperbezug mit Chinéborde in verschiedenen neuen Mustern 2⁴⁵
- Einfarbige Damen-Schirme** Halbseide mit Taffel-Futteral, in allen Farben 5⁵⁰

Damen-Gürtel
Sammetgummi nur in schwarz 1⁸⁵ 1⁴⁵ 95⁴

Damen-Gürtel
Goldgummi neue Dessins 95⁴ 1³⁵ 2²⁵

Damen-Gürtel
Lackledergürtel in allen Farben 95⁴ 1²⁵ 1⁶⁵

Kleiderstoffe

- Gingham** für Servierkleider in kariert und gestreift Kleid 6 Meter in Karton 3⁴⁰
- Blaudruck** für Hauskleider dunkel gemustert, viele Dessins Kleid 7 Meter in Karton 3⁵⁰
- Crepestoff** 90 cm breit, einfarbig Kleid 6 Meter in Karton 4²⁰
- Diagonal perlé** in allen modernen Farben Kleid 6 Meter in Karton 5⁴⁰
- Nouvaute** reine Wolle, blau, grün, kariert Kleid 6 Meter in Karton 6⁶⁰
- Cheviot** reine Wolle, 110 cm breit, in marine und schwarz Kleid 6 Meter in Karton 8⁴⁰
- Diagonal rayé** reine Wolle, in verschiedenen Farben Kleid 6 Meter in Karton 9⁶⁰
- Mohair rayé** reine Wolle, in grossem Farbensortiment Kleid 6 Meter in Karton 10⁵⁰

Schuhwaren

- Plüsch-Pantoffel** mit Ledersohle für Damen Paar 80⁴
- Plüsch-Pantoffel** mit Ledersohle für Herren Paar 1⁰⁰
- Filzschuhe** für Damen . . . 1.95 1.65 1.10 90⁴
- Filzschuhe** für Herren 2.25 1.25 1¹⁰
- Kamelhaar-Schuhe** imit., für Damen 2¹⁰
- Kamelhaar-Schuhe** imit., für Herren 2⁹⁵
- Leder-Hausschuhe** für Damen . . . 2⁴⁰
- Leder-Hausschuhe** für Herren . . . 3²⁵

Ein Posten **halbfertige Blusen**
Weiß Batist 1²⁵ 2²⁵ 3⁷⁵ Elfenbein-Wolle 2⁹⁰ 3⁷⁵ 6⁵⁰ Farbige Wolle 3⁵⁰ 5⁵⁰ 6⁷⁵

Gummischuhe
erstklassige Fabrikate, billige Preise.

Mein Geschäft ist bis 10 Uhr abends geöffnet.

RUDOLPH KARSTADT

Breitestraße Lübeck Johannisstraße.

#: Komitee- und :#
Kommissionssitzungen

D. T. V.
Vorstandssitzung
Sonntag, 9 1/2 Uhr vorm.

Für die vielen Glückwünsche zu
unserer Hochzeit danken herzlich
Julius Freitag und Frau
Marie, geb. Walle.

Gesucht kleine Wohnung
(Stube und Küche) für einen Mann.
Off. u. SKF an die Exp. d. Bl.

Gesucht eine abgeschlossene 2-
oder 3-Zimmer-Wohnung. Offert.
unter EL an die Expedition d. Bl.
Möbelle Garnitur, Sofa, Chaisse-
longue, Vertiko, Trumeau, Sofa-
tisch, Ausziehtisch usw. billig zu ver-
kaufen. 4% Rabatt. Hundestr. 18. i. V.

Ein Sofa Tisch und ein Bisher zu
verkaufen. Westhofstraße 20 II.

I guterh. Sitz- u. Liegewagen
zu verkaufen. Augustenstr. 18.

Ein Kinder-Klappfisch
billig zu verkaufen.
Margarethenstraße 5 a. l.

„Moderne Kunst“ Pracht-Einband,
Aquarium mit Pflanzen. Passende
Weihnachtsgeschenke! 1 H. eiferner
Ofen. Augustenstr. 25. I.

I fast neuer Babyschlafkorb
zu verkaufen.
Watenhauer 116. I.

Tafeläpfel.

Eine Riesepartie soeben eingetroffen, ausgewählte Früchte, Pfd. 25, 30 und 40 Pf.
Schöne Traubäpfel und Kochäpfel, Pfd. 20 Pf.
Alle Sorten Äpfel bei 10 Pfd. 20 Pf., bei 100 Pfd. 5.— Mk. billiger.

Apfelsinen.

Alle Sorten aus letzter Zufuhr, Dugend von 20 Pf. bis 1.40 Mk. 100weise billiger. Kisten zu
Hamburger Engrospreisen. Alle Sorten neue Feigen, Pfd. von 25 Pf. an. Datteln, sehr schön,
Pfd. von 40 Pf. an. Haselnüsse, großfallend, Pfd. 40 und 50 Pf. Walnüsse, Pfd. 55 u. 70 Pf.
Kraichmandeln, extra groß, 1/4 Pfd. 30 Pf., Pfd. 1.10 Mk. Ferner empfehle Paranüsse, Kokosnüsse,
Maronen, Traubenrosinen u. v. m. billigt. Zitronen, reinschallig, Dugend von 40 Pf. an, fleckige,
wenn vorhanden, Dugend 30 Pf.

Alle Spirituosen zu billigsten Preisen. — Guter Rum (Verschnitt) Flasche von
1.— Mk. an. — Guter Cognak (Verschnitt) Flasche von 2.— Mk. an usw.

Konfitüren-Abteilung.

Baumbehang, Bonbonnieren und andere Weihnachts-Neuheiten von nur ersten Firmen in größten
Partien eingetroffen. — Enorme Auswahl! Allerbilligste Preise!

Ia. Lübecker Marzipan, stets frisch.

Sorten von 25 Pf. an, Bröte von 10 Pf. an, Würste von 5 Pf. an, Kartoffeln, 1/4 Pfd. 30 Pf.
Süßen und Semmeln, 1/4 Pfund 35 Pf. u. v. m. billigt.

Beachten Sie bitte meine Schaufenster!

nur **Karl Voss** nur
Holstenstr. 6. Holstenstr. 6.

Fernsprecher 1734.

Eine große Partie Weihnachts-
bäume, gr. u. kl., billig von heute
an abzugeben. Welter Lohberg 4
und Watenhauer 88.

Ein graubrauner Abendmantel
und ein Herrenfahrad, gut erhalt.,
zu verkaufen. Sedanstr. 8 a.

Handlöffel zu kaufen gesucht.
Angeb. mit Preis unter O T 3 an
die Exp. d. Bl.

Ein alter Mahagoni-Tisch
zu verkaufen. Ordestr. 11.

Eine Fänge- u. eine Stichtampe
billig zu verkaufen.
Werderstraße 7, 1. Stg.

Phonographen-Walzen
billig zu verkaufen. Etica 30 Pfg.
Alshöhe 18.

Kleiner Puppenwagen, Puppen-
Gimmelfeit zu verkaufen.
Am Brint 11, 1. Stg.

Zu verkaufen eine guterh. Garten-
zither für 5.50 Mk., Neuwert 25 Mk.
Vorbeckstraße 12.

Ein Tunnel, Bahnhof mit Lok-
omotive und 4 Wagen spottbillig
verkaufen. Kottwischstraße 2.

Zu verkaufen ein Panorama mit
Bildern und Afford-Zither.
Wiederstraße 19, pt.

Kleines Grammophon
gut spielend und neue Platten zu
verk. Freudenladen, Alshöhe 14.

Zu verkaufen: 12 Jahrgänge „Der
wahre Jacob“ und sonstige Zeit-
schriften. Brüderstraße 1. I.

Sehr beliebige Nissen-Kaninchen
wegen Platzmangel billig zu verk.
Gleimstr. 21a.

Zu verkaufen junges Schweine-
fleisch, Pfd. 70 Pf., von Sonn-
abend morgen 10 Uhr an.
H. Lütgens, Fackenburg,
Segebergerstraße 36.

Gänse! Gänse!
feinste hiesige Ware, aus täglich
frischer Schlachtung, offeriere zu
billigstem Marktpreis im ganzen u.
im Ausschmitt.
Morgen Sonnabend ganz beson-
ders preiswert:
Leicht gefalt. Gänselein Pfd. 50 Pf.
fr. Gänsefett Pfd. 1.20 Mk.
pr. ger. Gänse-Kollbrüste 1.70 Mk.
Wilh. Schwarz, Gänse-Spezial-
handlung und Ausschlagerei.
Markthallenstand 34-35.
Fernruf 2042.

Zum Weihnachtsfeste

empfehlen

Bilderbücher und Jugendschriften

in großer Auswahl.

Gewerkschaften und Vereinen
zur Kinderbescherung besonders empfohlen
und gewähren denselben einen hohen Rabatt.

Buchhandlung von

Fr. Meyer & Co.

Unsere Kolporteurs
führen obige Sachen ebenfalls mit.

Empfehle mein neu eröffnetes

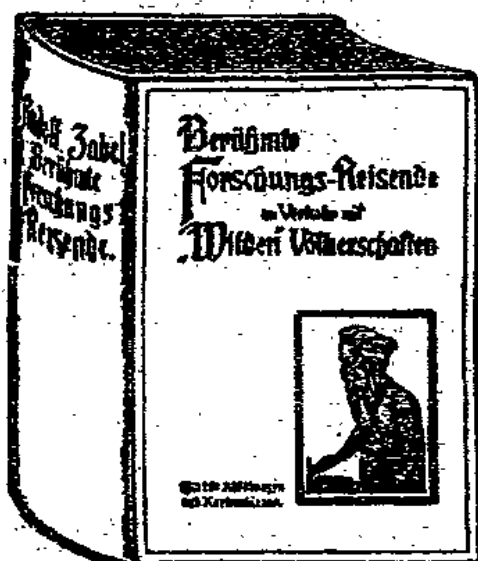
Frühstückslokal

Moislinger Allee 21
verbunden mit Kleinverkauf von
Wein und Spirituosen.
Geöffnet von morgens 5 1/4 Uhr.

Carl Clorius.

An unsere Abonnenten

zum Vorzugspreise von Mk. 3.—
Berühmte Forschungsreisende im
Verkehr mit wilden Völkernschaften



Neues, soeben erschienen Original-
werk, elegant gebunden. Mit über
250 Abbildungen.

Das Werk enthält ca. 520 Seiten
mit 120 Original-Illustrationen in
eleganter Pracht-Geschenkband ge-
bunden und berichtet in hochinter-
essanter gemeinverständlicher Dar-
stellung, begleitet von vielen Ab-
bildungen, aus eigener Anschauung
von dem Leben und Treiben „wilder“
Völkernschaften.

Buchdruckerei des Loh. Volksboten.
Johannisstraße 46.

Ia. Wal- und Haselnüsse,
Traubrosinen, Feigen,
Datteln, Kraichmandeln,
Tannenbaum-Schmuck
Baumluchte, Lichthalter,
Lametta, Elstau,
Eau de Cologne.
Kartonnagen mit Seife und Parfüm
empfehle die Drogerie
J. Runge, Moislinger Allee 6a.

Heiße Knackwurst,
Brotwurst | Stück
Seberwurst | 10 Pfennig.

Kopffleisch.
Heinr. Viereck
Süßstraße 96.

Verantwortlicher Redakteur: Johs.
Stelling, Verleger Th. Schwarz.
Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.



Adolf Hübner
Uhrmacher.
Fünfhausen 13.

Uhren- und Goldwarenhandlung.
Solide Preise. Mehrjähr. Garantie.
Rote Rabattmarken.

Von heute an!

Kernettes Rindfleisch Pfd. 65 Pf.
Bratenstücke Pfd. 70 Pf.
Fritz Möller, Watenhauer 88.

Die ermäßigten Preise für Tannenbaum-Konfekt
Serie I 80 Pfg. Serie II 1 Mk.
haben nur noch für Sonnabend Gültigkeit.

Niederlage der

Marzipanfabrik von Fr. Vorbeck
Breitestraße 43.

Inhaber: **Friedrich Löhmann.**

Einem geehrten Publikum zur gefl. Kenntnis, daß ich

Geverdesstr. (Ecke Warendorpstraße)

ein
Schuhwaren-Geschäft
u. **Reparatur-Werkstatt**

eröffnet habe.

Indem ich nur gute Waren, sowie Reparaturen schnellstens liefern,
ersuche ich um gütige Unterstützung.

A. Thien.

Wilh. Oldenburg, Korbmacher,
90 Huxstraße 90.

Empfehle mein großes Lager in

Korbwaren



sowie Korblehnhühlen, Puppenwagen, Reisekörben
und Waschkörben.

Reparaturen werden sauber und ant ausgeführt.

Ausstellung und Verkauf

von modernen Jugendschriften, empfehlenswerten Büchern
in allen Preislagen und künstlerischem Wandschmuck,
im Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 4, parterre.

Die Ausstellung ist geöffnet:

Sonntag, den 17. Dezember, ab 5 Uhr nachm. und
Dienstag, den 19. Dezember, ab 7 Uhr abends.

Berliner Volks-Zeitung

2mal täglich

erscheint die Berliner Volks-Zeitung,
sie ist dadurch in der Lage, ihre
Leser über alle wichtigen Begeben-
heiten schneller unterrichten zu können,
als dies bei den täglich nur einmal
erscheinenden Blättern der Fall sein
kann. Die Berliner Volks-Zeitung
bietet mit ihren Gratis-Beiblättern:
Täglich, Unterhaltungs-Blatt (4 seitig),
farbiges, illustriertes

Witzblatt „Ulk“

(8 seitig) und „Illustrierte Familien-
Zeitung“ (16 seitig) einen ausserst
vielseitigen Lesestoff.

Man abonniert bei allen Postanstalten zum
Preise von 90 Pfennig monatlich.

Mehr als 60 000 Abonnenten.

Riesen-Bazar

Breitstraße 33.

Pietro Cagna.

Breitstraße 33.

Grösstes und vorteilhaftestes Kaufhaus für Puppen, Spielwaren und Geschenkartikel.

Puppen, gekleidet, 5, 10, 25, 50 Pf., 1 bis 18 Mk.
Puppenwagen 3, 3.60, 4.25, 5.50 bis 20 Mk.
Puppensportwagen 1.40, 1.60, 1.90 bis 8 Mk.
Puppenmöbel . 10, 20, 25, 50 Pf. bis 6 Mk.

Schaukelpferde 3, 3.50, 4.25, 5.50 bis 28 Mk.
Kaufläden 25, 50 Pf. 1.1.25, 2.25 bis 8.50 Mk.
Eisenbahn 25, 50 Pf. 1, 1.25, 1.75 bis 12 Mk.
Kaffee-Service 25, 50 Pf. 1 bis 10 Mk.

Holzbaukasten 10, 25, 45 Pf. bis 4.50 Mk.
Pferd mit Wagen 28, 45, 50 Pf. bis 8 Mk.
Laterna magica 50 Pf. 1, 1.75 bis 14 Mk.
Festungen 68 Pf. 1.25, 3 bis 8 Mk.

Christbaumschmuck:

Glaskugeln, Karton von 10 bis 150 Pf.
Girlanden 8 Pf. Konfekthalter 8 Bd. 10 Pf.
Baumkerzen, Karton nur 24 Pf.

Gesellschaftsspiele

stets das neueste, das beste und das billigste.

Als passende Weihnachts-Geschenke empfehle noch:

Rauchservice 60 Pf. 1, 1.35 bis 4.50 Mk.
Rauchtische 1.25, 2.50, 3.50, 4.25 bis 11 Mk.
Triumphstühle 2, 2.75, 3.50 bis 15 Mk.

Photographie-Alben 1.25, 2, 2.75, 3.50 bis 18 Mk.
Postkarten-Alben 25, 50, 68, 100 Pf. an.
Poesie-Alben 25, 45, 65, 95 Pf. an.

Likörservice 1, 1.35, 2, 3.25 bis 6 Mk.
Bierservice.....2, 2.30, 4.50, 5.50 Mk.
Blumentöpfe und Kübel . von 50 Pf. an.

Damentaschen, enorme Auswahl 1.—, 1.30, 2.50, 3.—, 3.50, 3.75, 4.— bis 18 Mk.

Portemonnaies, Zigarrenetuis, Uhrketten, Hosenträger, Broschen, Ohringe, Armbänder, Kammgarnitur, Kolliers, Nadeln.

Trotz unserer bekannt billigen Preise rote Rabattmarken oder 4 Prozent.

Rote Lubeca-Rabattmarken.

Rote Lubeca-Rabattmarken.

Albert Meincke, Lübeck

Aegidienstraße 15. Fernruf 1771. Ecke Königstr. 108.

Manufaktur- und Modewaren,
Damen-, Herren- und Kinder-Konfektion

Wäsche- und Aussteuerartikel
Betten, Bettfedern und Daunen



Gardinen, Tischdecken, Teppiche,
Läuferstoffe, Linoleum, Wachstuche

Braut-Ausstattungen. Hotel-Einrichtungen.
Weihnachts-Kleider in reicher Auswahl, aparte Aufmachungen

Blusen in Seide, Wolle, Velour usw. von 95 Pfg. bis 18 Mk. Kostümröcke in schwarz und grau von 2.50 Mk. an. Hemden, Beinkleider, Nachtjacken, Nachthemden, Schürzen, Korsetts, Handschuhe, Strümpfe, Taschentücher. Noch vorrätige Damen-Jacketts unter Einkaufspreis. Kinder-Jacketts und -Kleidchen enorm billig.

Pelzkragen in riesiger Auswahl sehr preiswert.

Anzüge in schwarz und neuesten Modestoffen zu allen Preislagen. Paletots in grau und schwarz von 9 Mk. bis 36 Mk., tadellos sitzend. Burschen-Paletots u. -Pyjacks in allen Grössen und Preisen. Loden-Joppen alle Grössen und beste Farben in grosser Auswahl. Hüte und Mützen, Wäsche und Krawatten nur modernste Fassons.

Grober Posten wollene und baumwollene Schlafdecken unter Preis von 1.20, 1.50, 1.80, 2 bis 14 Mk. Wollene Schlafdecken. Jagdwesten von 1.50 an bis 11 Mk.

Grosse Puppen-Ausstellung.

Niederlagen: St. Lorenz, Adlerstraße 34 auch Spielwaren in großer Auswahl.
Beckergrube 36, Ecke Kupferschmiedestraße. In Ahrensböök bei J. Dose.
In Neustadt bei Fink & Nehls. In Oldesloe bei Meincke & Hansen.

Rote Lubeca-Rabattmarken.

Rote Lubeca-Rabattmarken.

Walnüsse, kleine Pfd. 40 Pf.	Haselnüsse, kleine Pfd. 38 Pf.
Walnüsse, große . . . 55 -	Haselnüsse, große . . . 42 -
Paranüsse 60 -	Krachmandeln 80 -
Feigen, lose 25 -	Feigen, . . Kiste 30 u. 40 -
Datteln 35 -	Traubrosinen, Pfd. 90 u. 120 -
Bunter Kakes 50 -	la. Konfekt Pfd. 95 -
Pfeffernüsse 50 -	Marzipan 95 -
Afelsinen, Dtzd. 40 u. 55 -	30 St. Weihn.-Lichte 28 -
Gäusebrüste . Pfd. 1.70 Mk.	Rauchstücke . . . Pfd. 95 -

3 Sorten weins. Apfel, 1 Pfd. 15 u. 18 Pf., 2 Pfd. 35 Pfg.

Eduard Speck, Hützstraße 88-87.

Sämtliche
Weine u. Spirituosen
kauft man
anerkannt preiswert und gut
bei
Albert Koch
Oberstraße 10. Fernruf 419.
(Rote Lubecamarken od. 4% in bar.)
Sonntag und
Sonntag fehen
zum Verkauf
Kreuzers Gasthof, Schwarzenau.

Ernst Gentzen,
Uhrmacher, Königstraße 62.
Beste Gelegenheit zu
Weihnachtseinkäufen
in Uhren
und Goldwaren
jeder Art.
Total-Ausverkauf
wegen Aufgabe des
Ladengeschäftes.
Meine billigen Preise ermäßigen sich um 20—25 %.
Für jede gekaufte Uhr wird volle Garantie geleistet, da meine Reparaturwerkstatt bestehen bleibt.

Geschäfts-Eröffnung.
Allen Freunden und Bekannten
zur gefl. Nachricht, daß ich meinen
Wirtschaftsbetrieb von der
Sadowastr. 11a nach 1a
verlegt habe.
Durch gute Getränke und auf-
merksame Bedienung werde ich mir
das Wohlwollen meiner verehrten
Gäste erwerben und bitte um ge-
neigten Zuspruch.
Hochachtungsvoll
Carl Schult, Sadowastr. 1a.

Für den Christbaum:
Christbaumschmuck
Tannenbaum-Konfekt
Goldbronze
Silbertau
Engelshaar
Silber-Girlanden
Christbaumschnee
Schneezauber
Baumlächte
(nicht träufelnde)
in Wachs, Stearin, Paraffin,
weiß und bunt.
Abler-Drogerie, Schwarzenau.
Inh.: Robert Tern.

Käse *
Prima Tillit. Vollfett
Pfd. 65—80 Pfg.
Prima Tillit. Fettkäse, vit.
Pfd. 40, 45, 50 Pfg.
Prima vollfett. Limburger
Pfd. 50 Pfg.
Prima vollfetter Allg. Stangenkäse
in ganz vorzüglicher Qualität
Pfd. 60 Pfg.
Gehr. Oldekop, Käsegroßhdlg.
Detail-Verkauf:
nur Hützstr. 83-85.

Zum Weihnachtsfeste:
Traubrosinen
Krachmandeln
Datteln
Feigen
Walnüsse
Haselnüsse
Paranüsse
Bittern
Apfelsinen
in besten Qualitäten zu
Tagespreisen.
Abler-Drogerie, Schwarzenau.
Inh.: Robert Tern.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 18. Dezember.

Landesversicherungsanstalt der Hansestädte. Der Ausschuss der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte hielt gestern hier im Verwaltungsgebäude der Versicherungsanstalt seine diesjährige ordentliche Versammlung ab. Nach Entgegennahme des Geschäftsberichts und der Abnahme der Jahresrechnung für 1909 wurde der Voranschlag für 1911 beraten, der neben den laufenden Aufwendungen erfreulicherweise wieder einen namhaften Betrag — 1 Million Mark — für den Bau von gefunden Arbeiterwohnungen vorsieht. Im laufenden Jahre wurden für diesen Zweck 1 1/4 Millionen Mark ausgeteilt. Eine weitere Vorlage des Vorstandes betraf die Abänderung der Bestimmungen, unter denen die Vergabe derartiger Darlehen erfolgt. Bisher geschah die Ausleihung in der Regel zu einem Zinssfuß von 8 Proz. Nachdem das Reichsversicherungsamt infolge der ungünstigen Vermögenslage einiger Versicherungsanstalten geordert hat, daß sämtliche Versicherungsanstalten auf eine mindestens 3 1/2 prozentige Verzinsung ihrer Kapitalien Bedacht nehmen sollen, muß auch die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte den Zinssfuß für die zur Förderung gemeinnütziger Zwecke ausgeliehenen Gelder auf 3 1/2 Proz. erhöhen. Der Vorstand hat aber mit Rücksicht auf die günstigen Vermögensverhältnisse der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte erreicht, daß die Erhöhung des Zinssfußes auf die vor 1911 hergegebenen Darlehen keine Anwendung findet. Dadurch sind einzelne Baugenossenschaften vor finanziellen Schwierigkeiten bewahrt geblieben. Aus dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß der Vorstand sich wiederum die Unterstützung der Fürsorgestellen für Lungenerkrankte, Lungenkranke und Ertrinkte sowie die Einrichtung von Gemeindepflegeanstalten auf dem Lande hat angelegen sein lassen. Auch die kostenlose Unterbringung erholungsbedürftiger Kinder von Versicherten in Kinder-Heilstätten ist durch besondere Maßnahmen ohne Inanspruchnahme der Mittel der Versicherungsanstalt möglich gewesen. An Stelle des im November d. J. verstorbenen langjährigen Mitgliedes des Vorstandes aus dem Kreise der Arbeitnehmer G. von der Wall wurde Bureaugenosse Jacobson in Hamburg gewählt. Zum Vorsitzenden bzw. stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für 1911 wurden Fabrikant H. D. Traun und Drechsler Carl Vogel in Hamburg, zu Beisitzern für 1911 Protokurist Job. Spötter in Bremen und Buchdrucker J. J. Fr. Körner in Lübeck einstimmig wiedergewählt. An der Versammlung nahm der Senatskommissar für Invalidenversicherung Senator Dr. Neumann in Lübeck teil.

Ein kleines Schandfeuer entstand gestern Abend kurz vor 6 Uhr in der Käsehandlung von Oldeslop in der Hülfstraße. Durch Explosion einer Benzinlampe gerieten verschiedene Gegenstände in Brand. Die schnell herbeigerufene Feuerwehr konnte das Feuer löschen, bevor ein größerer Schaden entstanden war.

Handelsregister. Am 15. Dezember 1910 ist bei der Firma Friedrich W. Augustin in Lübeck eingetragen: Der Kaufmann Nathan Nathan Kahn in Lübeck ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die dadurch begründete offene Handelsgesellschaft hat am 12. Dezember 1910 begonnen.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen, Sonntag, geht bei kleinen Preisen das neue Weihnachtsmärchen mit Gesang und Tänzen, „Dornröschen“, von Oskar Will, zum erstenmal in Szene. Das reizend ausgestattete und humorvolle Märchen wird nicht verfehlen, belehrend und belebend auf Herz und Gemüt der Kleinen zu wirken. Auch die Erwachsenen werden dabei sicher ihre Rechnung finden. Das vorkommende große Ballett wird von der Ballettmeisterin Marquise de Kopeck, dem gesamten Ballett-Korps und ca. 60 Kindern ausgeführt. Die Injektion liegt in Händen des Oberregisseurs Fuchs. Die musikalische Leitung hat Kapellmeister Wieden. Am Sonntag nachmittags 3 Uhr wird „Dornröschen“ bei Nachmittagspreisen wiederholt. — Sonntag Abend 7 1/2 Uhr findet das letzte Gastspiel von Karl Erb als Lionel in Flotows romantischer Oper „Martha“ statt. — Die Bühnenproben zu Wagners „Die Meistersinger von Nürnberg“ haben bereits begonnen und gelangt das Werk am 1. Weihnachtstag zur Aufführung.

Stadthallentheater. Man schreibt uns: Am Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, gelangt das Lustspiel „Der Weichenreißer“ von Moser zum letzten Male zur Aufführung.

Malente. Ein Schweinepriester scheint der Pfarrer Johannes Moeller (nicht Müller) in Windbergen gewesen zu sein, der sich, wie gestern gemeldet, im Kellersee ertränkt hat. Er steht in dem Verdacht, sich an Schulkindern und Konfirmandinnen unflüchtig vergangen zu haben, und sein Selbstmord deutet darauf hin, daß er sich schuldig fühlte. Das „Rendsburger Wochenblatt“ bemerkt zu dem Falle: „Die Bekannten des Pastors begreifen nicht, wie er sich so vergessen konnte.“ M., der bei seinen frommen Schäfchen beliebt gewesen sein soll, stand bereits inmitten der fünfzigsten Jahre und hat schon eine erwachsene Tochter. Vor vier Jahren hat er die Gattin durch den Tod verloren. Warum hat man übrigens den unter so schwerem Verdacht Stehenden nicht rechtzeitig verhaftet?

Mölln. Die neue städtische Hafendahn, die eine Verbindung zwischen dem Hauptbahnhof und dem Bösch- und Viegeplatz des Elbe-Trave-Kanals herstellt, ist Dienstag eröffnet worden.

Obesior. Selbstmord in der Waffenhandlung. Der Rechtsanwalt Dr. Otto Bernholdt aus Ahrensburg betrat gestern nachmittags 2 1/2 Uhr den Laden des Waffenschmieders Otto Schmidt und wünschte einen Revolver zu kaufen. Schmidt legte ihm mehrere Exemplare vor und erklärte auf Wunsch des Käufers ihre Konstruktion. Dr. Bernholdt hat den Revolver zu laden, was dann auch mit einer blinden Patrone geschah. Schließlich wurde auf speziellen Wunsch des Käufers eine scharfe Patrone in die Waffe getan. Dr. Bernholdt hielt dann plötzlich den Lauf gegen den Mund und drückte ab, ehe Herr Schmidt es verhindern konnte. Der Schuß wirkte sofort tödlich. Dr. Bernholdt ist seit vier Wochen verheiratet. Man fand bei der Leiche eine Summe von 300 Mark vor.

Ahrensbüttel. Der Parzellistenprozeß. Vom Oberlandesgericht Hamburg ist nunmehr das Urteil in Sachen des Prozesses der Ahrensbüttel Parzellisten, Erbpächter usw. gegen die Regierung wegen der alten dänischen Abgaben gefällt worden. Der abgeurteilte Inhalt des oberlandesgerichtlichen Urteils lautet: „Das Urteil des Lübecker Landgerichts wird aufgehoben. Von dem Kanon muß in jedem Jahre der Betrag der neuen Grundsteuer gekürzt werden. Die Kosten dieser Instanz werden gegen die Kosten der Vorinstanz aufgerechnet.“ Dieser Prozeß wird das Reichsgericht beschäftigen, ein zweiter wird beim Landgericht Lübeck anhängig gemacht und ein dritter, welcher alle bisherigen Erzeugnisse verwertet, wird sich wieder mit der Beitreibungsfrage beschäftigen, wozu der nächste Zahlungstermin die notwendige Veranlassung bieten dürfte, da Gewohnheitsrecht und Pfändungsprivilegium sich als nicht haltbar erwiesen haben.

Hamburg. Leiden Schiffsbrüchiger. Achtzehn Stunden in der Tafel Lage festgebunden. Gerettet wurden von dem Altonaer Fischdampfer „Proteus“ zwei Matrosen des deutschen Schoners „Wilhelm“, der von Halmstadt (Schweden) mit einer Steinladung kommend, am 11. November in dichtem Nebel im Ratttegat gesunken ist. Der Kapitän des „Wilhelm“ namens Könnar ist ertrunken. Die beiden Matrosen Hinrich Mohr und Junge Petersen waren auf dem Mast des Schiffes geflüchtet und hatten dort 18 Stunden lang unter großen Qualen zubringen müssen. Da sie sich ohne alle Substanzmittel befanden, wurden sie in Altona nach der Versorgungsanstalt gebracht. Die Geretteten gaben über den Untergang folgenden Bericht: Die Galeas war von Halmstadt mit einer Ladung Kopssteinen nach Hamburg bestimmt. Unterwegs war das Wetter schwer und stark neblig. Am Sonntag, dem 11. d. M., erblühte man in nächster Nähe gegen 7 Uhr abends ein rotes Feuer, das aber nicht bestimmt festgestellt werden konnte, weswegen der Segler, um sichtigeres Wetter abzuwarten und um den Standort festzustellen, zu Anker ging. In der schweren See stampfte das Schiff heftig auf und nieder, das gegen 7 1/2 Uhr plötzlich Leck sprang und zu sinken begann. Die Peilung der Pumpen ergab zwei Fuß Wasser im Schiff; das trotz energischer Pumpens nicht lenz gehalten werden konnte. Das Wasser nahm im Schiffsraum schnell zu, und die aus drei Mann bestehende Besatzung beschloß, das Schiff zu verlassen. Das Boot erlitt beim Aussetzen schweren Schaden. Die Leute stiegen aber doch in das Boot, als die Galeas kurz vor 8 Uhr in die Tiefe sank. Raum aber hatte man sich in dem Boot eingerichtet, als auch dieses infolge des erlittenen Schadens sank. Kapitän, Westmann und Junge retteten sich darauf in die Tafel Lage des noch mit der Stenge aus dem Wasser hervorragenden Vormastes. Der Kapitän verließ aber sehr bald die Kräfte. Er sank trotz der tatkräftigen und aufopfernden Bemühungen des Westmanns gegen 9 Uhr in die Tiefe. Die beiden Zurückbleibenden banden sich in der Tafel Lage fest. Etwa um 10 Uhr kamen zwei dänische Segler in Rufweite in Sicht. Die Schiffbrüchigen riefen den Seglern zu, von denen auch geantwortet wurde. Doch setzten sie ihre Reise fort, die Schiffbrüchigen im Stiche lassend. So blieben die beiden bis zum nächsten Morgen im Maße hängen. Kurz vor 8 Uhr kam der Fischdampfer „Proteus“ herbei, der sofort ein Boot aussetzte, die Schiffbrüchigen an Bord nahm, und sie Dienstag Abend in Altona landete.

Arbeiter und Arbeiterfrauen!

Beruft euch bei euren Einkäufen auf die Anzeigen im

„Lübecker Volksboten“

Damit erweist Ihr dem mit eurem Geld geschaffenen Kampforgane eine wirksame Unterstützung!

Hamburg. „Palermo“ mit Mannschaft und Passagieren verloren! Gekern noch atmete man erleichtert auf, als man las, daß die Mannschaft gerettet und nur der Dampfer verloren sei. Doch leider traf bald die Meldung ein, daß die erste Meldung sich nicht bewahrheitet, Mannschaft und Passagiere nicht gerettet seien. Die Reederei Rob. M. Stemann jr. teilt darüber mit: „Die bei dem Wolffschen Telegraphenbureau gestern eingelaufene Nachricht, daß die Mannschaft und Passagiere des an der spanischen Küste in der Nacht von Sonntag auf Montag untergegangenen Dampfers „Palermo“ gerettet wären, hat sich nicht bewahrheitet. Laut heute bei der Reederei eingelaufener Depesche aus La Corunna ist es kaum noch zu bezweifeln, daß bei dem Untergang des Dampfers leider auch die Passagiere sowie die ganze Mannschaft ihren Tod gefunden haben. Der Dampfer hatte hier bei seinem Abgange eine Besatzung von 19 Mann sowie 5 Passagiere an Bord.“ — Zum Untergang des Fischdampfers „Gustaf Ober“ in der isländischen Küste wurde ein Boot aufgefunden, worin das Schiffsjournal von Gustaf Ober, Bremerhaven und das Journal vom Steuermann W. Schmidt bis 24. November geführt worden war. Eine Leiche, die einen mit W. Fischer gezeichneten Fingerring trug, ist dort an Land getrieben. Somit fehlt von der Besatzung jede Spur. Aus Bremerhaven wird gemeldet, daß der Bremerhaener Fischdampfer „Gustaf Ober“ am 19. November von dort zu einer Fangreise nach Island abgegangen und bereits 26 Tage unterwegs sei. Schon seit mehreren Tagen habe man wegen des Schicksals des Schiffes ernste Besorgnisse gehegt. Der Dampfer hatte eine Besatzung von zwölf Mann an Bord, die wohl zweifellos in den Wellen ihr Grab gefunden haben.

Kiel. Kollision zweier Kriegsschiffe. Als das Linien- und Artillerieschiff „Schwaben“ gestern Abend auf der Fahrt von Kiel nach Sonderburg die Kieler Außenförde passierte, stieß es in dichtem Nebel mit dem dort überden Linien- und Artillerieschiff „Graf“ zusammen. Im letzten Moment konnte zwar der Zusammenstoß durch Ausweichmanöver noch abgeschwächt werden, war aber doch heftig genug, so daß auf dem Linien- und Artillerieschiff „Graf“ zwei Geschütze gebrochen und die Außenseite des Schiffes beschädigt wurde. Auch die „Schwaben“ hat ähnliche Schäden davongetragen. Sie sind sofort nach Kiel zurückgeführt, um ins Dock zu gehen.

Flensburg. Das Verbot des Matuzuges aufgehoben! Das Oberverwaltungsgericht hat am 13. Dezember das Verbot des Matuzuges in Flensburg für unberechtigt erklärt und die Verfügungsverfügung der Polizeiverwaltung aufgehoben.

Bremen. Innungsterrorismus. Die Innung der bremischen Schlachtermesser hat beschloffen, nur solche Gesellen einzustellen, die dem Zentralverband der Fleischer nicht angehören. Auch sollen diejenigen Gesellen, die der Organisation angehören, aufgefördert werden, aus dem Verband auszutreten; im Weigerungsfalle soll die Entlassung erfolgen. Ferner haben auch die Viehkommisshäre einstimmig beschloffen, solchen Schlachtermesser kein Vieh zu liefern, die einen Gesellen beschäftigen, der der Organisation angehört. Für den Übertretungsfall ist eine Konventionstrafe von 500 Mk. angedroht. Da weit über 100 Gesellen der Organisation angehören und der Beschluß der Messer bewirkt hat, daß sich eine große Anzahl weiterer Gesellen der Organisation angeschlossen hat, ist es nicht ausgeschlossen, daß es hier in Kürze zu ersten Differenzen im Schlachtermessergewerbe kommen wird. Die bürgerliche Presse hat gegen den unerhörten Terrorismus der Innung nichts einzuwenden; sie wird im Gegenteil wacker auf die Gesellen schimpfen, wenn es infolge des Vorgehens der Messer zu dem unvermeidlichen Konflikt kommt.

Bremen. Aus der Bürgerkassat. Recht lebhaft ging es am Mittwoch wieder in der Bürgerkassat zu. Es handelte sich um den Jahresbericht für das Schulwesen und bei ihm nahm unser Genosse Holzmeier Gelegenheit, in längeren Ausführungen das Inquisitionsverfahren, wie es von der hiesigen Schulbehörde geübt worden ist, zu kritisieren und die Behörde zu fragen, ob sie in Zukunft in freierer und liberaler Weise den Lehrern entgegenkommen und sie nicht wegen ihrer politischen Überzeugung mahregeln wolle. Er streifte weiter alle im letzten Jahre die größere Öffentlichkeit beschäftigt habenden Fragen des bremischen Schulbureaukratismus, wie er seinen Höhepunkt in der Entlassung Holzmeiers, der Affäre des Bebel-Telegramms, des Zwanges wegen der Morgenandachten und der Vorgänge im Schulkonvent fand. Herr Senator Meyer verteidigte das Vorgehen der Schulverwaltung und erklärte, daß jeder Lehrer frei seine politische Überzeugung haben dürfe, nur dürfe das nicht zum Nachteil der Schule ausgetragen werden. Die von den Lehrern gemündete Immunität im Schulkonvent lehnte er ab und rechtfertigte auch das von der Behörde eingeschlagene Verfahren wegen des Bebel-Telegramms und im Falle Holzmeier. Schulinspektor Bohm, die reaktionäre Triebkraft in der bremischen Schulverwaltung, verteidigte die religiösen Morgenandachten, weil in der Schule die christliche Religion hochgehalten werden müsse, auch wenn die Bibel-Geschichten überlebt seien. Im Laufe der Debatte kam es wieder einmal zu einem schweren Zusammenstoß unserer Genossen mit dem Präsidenten der Bürgerkassat. Der gute Mann wird immer nervös, wenn ein Sozialdemokrat Zwischenrufe macht, bei einem Mitgliede seiner Klasse läßt er sie friedlich-schweigend durchgehen. Das war auch diesmal wieder so. Die bürgerlichen Herren hatten unserer Genossen immerfort unterbrochen, und als Genosse Heide dem Schulinspektor einige Zwischenrufe machte, glaubte der Präsident mit den schärfsten Mitteln der Geschäftsordnung drohen zu müssen. Die erhaltene Antwort wird ihn aber doch wohl von der Anwendung dieser Mittel abhalten. Als unsere Genossen dann wieder zum Wort kommen sollten, beliebte man Schluss zu machen. Das ist liberale „Anständigkeit“. Im übrigen kam bei dieser Debatte der Wunsch nach Verstaatlichung des Mädchenchulwesens zum Ausdruck.

Theater und Musik.

Neues Stadt-Theater. Vorleses Gastspiel des Kgl. Hofopernsängers Karl Erb vom Hoftheater in Stuttgart. „Hoffmanns Erzählungen“. Ein farbenreiches, phantastisches Spiel, durch den charakteristischen sinnlichen Glanz entzückend, in dem Offenbachs geistreich-graziöse Musik die einzelnen Phasen schimmern läßt, so zog die aus den Vorjahren hier hinlänglich bekannte Oper an uns vorüber. Freilich erlitten dieser Glanz am Donnerstag an einigen Stellen etwas getrübt. Große Ereignisse pflegen ihre Schatten vorauszuwerfen, und so hatte die bevorstehende „Meistersinger“-Aufführung offenbar leicht verdunkelnd auf einige Farben eingewirkt. Der Chor stand nicht auf gemohnter Höhe, und ebenso vermochte alle Eingabe, mit der Herr Kapellmeister Blumann seines Amtes waltete, nicht immer, ihn zum unbedingten Herrn der Situation zu erheben. Aber im ganzen hinterließ der Abend doch einen freundlichen Eindruck. Mir schien, daß Herr Erb als Hoffmann in der psychologischen Vertiefung dieser Rolle erkennbare Fortschritte aufzuweisen hatte, und was bei diesem reichstalentierten Sänger immer wieder hervor gehoben zu werden verdient, ist die vorbildliche, edle Art der Tonbildung, wie die Behandlung der Laute. Schon allein vom kunsttechnischen Standpunkte aus ist es ein Vergnügen, der jugendlichen Stimme des Gastes zuzuhören. Mit erfreulichem Erfolge sang Frau Rütger die Partie des Nikolaus wie die Stimme von Antonias Mutter. Ebenso war der Gesang bei Herrn Wolmer gut aufgehoben. Die Leistungen der übrigen Kräfte in dieser Oper sind bekannt. Das dämonische Element vertrat Herr Langefeld namentlich als Dr. Mikrael mit wünschenswerter Wirkung. Als Olympia wirkte Frau Weber wieder durch die prächtige Kunstfertigkeit ihres Gesanges wie durch ein angemessenes Spiel zu fesseln, nicht minder Frau Bartisch-Jonas als Giulietta und als Antonia. Und Herr Haas als Diener wie Herr von Schenk als Spalanzani — da bedarf es diesmal einer besonderen Anerkennung nicht mehr. Auch daß es zum Schluss wieder zu einem der bekanntesten Ausbrüche der „Schubbegeisterung“ kam, braucht wohl nur registriert zu werden. Wer die Macht des Gesanges, zumal von einem unterbetretenen Tenor über gewisse Herzen kennt, wird mit verständnisvollem Vergnügen einem solchen Schauspiel zusehen. —

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 15. Dezbr.
Auftrieb 3354 Schweine. Markt ziemlich lebhaft. Absatz 20 Stück.
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 63,00 bis 64,00 (50,50 bis 51,— Mt.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 62,— bis 63,00 (49,50 bis 50,00) Mt. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., — bis 63,00 (— bis 49,00) Mt. Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 62,— bis 63,00 (48,50 bis 49,50 Mt.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 57,00 bis 61,00 (43,50 bis 48,00) Mt. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 59,00 bis 61,00 (47,00 bis 48,00) Mt. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Proz., 54,00 bis 58,00 (42,50 bis 45,00) Mt.

Briefkasten.

2 Streitenbe. Der Jakobiturm brannte am 26. Januar 1901.
D. Frk. Am Sonnabend kann ich der Bürgerkassat-Sitzung wegen nicht kommen.

Quittung.

Für Parteizwecke gingen ein:
Von einer Geburtstagsfeier in der Traube als Pulver für die Reichstagswahl 2,25 Mt.
Das Parteifretariat

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Ledwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: E. H. Schwardt, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Insertate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wertvollen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

HOLSTENHAUS

G. m. b. H. LÜBECK Holstenstr.

Unsere Geschäftsräume sind Sonntag
von 11 bis 7 Uhr geöffnet.

Besonders vorteilhaft
sind für den Weihnachts-Bedarf
jetzt zum Verkauf gestellt:

Damen- und Kinder-Konfektion — Pelzkragen — Kleiderstoffe jeder Art.
Teppiche. — Gardinen. — Felle und Vorleger. — Haus- und Wirtschafts-Gegenstände.

Ferner:

Herren-Konfektion

Preiswerte Posten:

Herren-Anzüge	aus einfarbigen und gemust. Stoffen in solider Verarbeitung	1900	12 ⁵⁰
Herren-Anzüge	aus Kammgarn- und Cheviot-Stoffen auf Robhaar gearbeitet	3200	24 ⁵⁰
Paletots u. Ulster	moderne Fassons aus schweren und halbschwer. Stoffen Wert bis 28.00	1900	12 ⁵⁰
Loden-Joppen	schwere Winter-Qualität, warm gefüttert	9 ⁵⁰	6 ⁷⁵

4 Serien
Beinkleider
aus gewirnt. Buckskin- u. Fantasiestoffen
Wert bis 8.00 M.
Serie I 1⁹⁵ Serie II 3²⁵ Serie III 4²⁰ Serie IV 5⁵⁰

4 Serien
elegante Westen
aus modernen Fantasiestoffen
hervorragend preiswert
Serie I 1⁹⁵ Serie II 3⁷⁵ Serie III 4⁹⁵ Serie IV 6⁵⁰

Knaben-Anzüge	Kittel- und Blusenfassons aus durablem Buckskin	Größe 1-6	4 ⁴⁵
Manchester-Anzüge	haltbare Qualität, mit Futter	Größe 1-6 ohne Futter	4 ⁹⁵
Knaben-Pyjacks	mit Abzeichen und Tressenbesatz	Größe 1-6	4 ⁵⁰

Schuhwaren

Preiswerte Posten:

Männer-Arbeitsschuhe	Schnür- und Schnallenschuhe, in Wicksleder	4 ²⁵
Damen- und Herrenstiefel	Roß- bzw. Wicksleder	4 ⁹⁵
Damen- und Herrenstiefel	Box- und Chevolinleder	6 ⁹⁰
Damen- und Herrenstiefel	moderne Formen, zum Teil Goodyear-Welt	8 ⁵⁰
Damen-Spangenschuhe		1 ⁹⁵
Damen- und Herrenpantoffel		4 ⁵⁰
Kinderstiefel	Rindbox Größe 27-30	3 ⁹⁵
	Größe 31-35	4 ⁴⁵

Gummischuhe

Herren	2 ⁴⁵	Damen	1 ⁹⁵	Mädchen	Größe 31-35	1 ⁶⁵	Kinder	Größe 24-30	1 ³⁵
--------	-----------------	-------	-----------------	---------	-------------	-----------------	--------	-------------	-----------------

Spielwaren

Puppen etc.

Gekleidete Puppen	21.00 bis	28 ⁴
Charakter-Puppen	1.95 bis	48 ⁴
Unbekleid. Puppen	12.50 bis	24 ⁴
Puppenköpfe	1.65 bis	10 ⁴
Puppenarme	1.15 bis	18 ⁴
Puppen-Perücken	1.75 bis	28 ⁴

Puppen-Konfektion

Hemden, Strümpfe, Schuhe etc. etc. in großer Auswahl.

Puppenstuben	20.00 bis	48 ⁴
Puppenküchen	16.00 bis	48 ⁴
Puppenmöbel, im Karton	6.50 bis	48 ⁴
Puppenmöbel, einzeln	17.00 bis	9 ⁴
Puppen-Kochherde	20.00 bis	9 ⁴
Puppen-Kochgeschirre	1.25 bis	28 ⁴
Puppen-Service	12.00 bis	10 ⁴

Stoff-Tiere etc.

Bären und Affen	6.50 bis	38 ⁴
Schafe, mit Stimme	6.75 bis	48 ⁴
Hunde, mit und ohne Stimme	8.65 bis	48 ⁴
Kühe, mit Stimme	8.25 bis	48 ⁴
Esel, beweglich	1.95 bis	48 ⁴

Puppen-Betten und -Wagen 15.00 M. bis **48⁴**

Eisenbahnen

Eisenbahnen, mit und ohne Uhrwerk, Schienen und Weichen etc. 24.00 bis 25⁴
Eisenbahn-Zubehöriteile, wie: Billettschalter, Signalmasten, Laternen, Tunnel, Brücken in großer Auswahl.

Soldaten etc.

Blei- und Zinnsoldaten	1.75 bis	20 ⁴
Festungen	15.00 bis	48 ⁴
Militärgarnituren	8.95 bis	48 ⁴
Helme versch. Heeresgatt.	1.25 bis	45 ⁴
Säbel	1.45 bis	10 ⁴
„Eureka“-Gewehre u. Pistol.	1.35 bis	75 ⁴
Knall-Pistolen	58 bis	10 ⁴
Trommeln und Trompeten	2.25 bis	9 ⁴
Geigen	1.65 bis	48 ⁴
Ziehharmonikas	6.50 bis	48 ⁴
Krämerläden	12.50 bis	48 ⁴
Speicher	18.00 bis	48 ⁴
Pferdeställe	6.75 bis	48 ⁴
Puppen- u. Kasperle-Theater	5.45 bis	38 ⁴
Segelschiffe	2.25 bis	9 ⁴
Segelschiffe mit Antrieb	98 bis	58 ⁴
Kriegsschiffe	15.00 bis	48 ⁴
Dampfschiffs-Modelle	8.50 bis	95 ⁴

Artikel mit Uhrwerk

Luftschiffe	1.95 bis	48 ⁴
Aeroplane	1.25 bis	58 ⁴
Automobile	7.50 bis	28 ⁴
Fliegender Schutzmann etc.		80 ⁴
Musikalische Clowns	1.25 bis	48 ⁴

Räder- u. Schaukel-Pferde in Holz und mit Plüsch und Fell bezogen **10⁴**

Dampfmaschinen

Dynamobile und Dampfmaschinen von 12.00 bis 48⁴
Maschinen-Zubehöriteile, wie: Transmissionen, Modelle in großer Auswahl.

Bücher: Bilderbücher in großer Auswahl **1¹⁰ bis 5⁴**
Bilderbücher unzerreißbar **1⁴⁵ bis 28⁴**

Jugendschriften

mit zahlreichen farbigen Vollbildern und Textillustrationen
Märchen u. Sagen (von Schwab, Grimm, Andersen) Robinson, Reinecke-Fuchs etc.
Serie I zirka 250 Seiten stark **95⁴** Serie II zirka 130 Seiten stark **75⁴** Serie III zirka 100 Seiten stark **48⁴**

In der Lebensmittel-Abteilung:

Weizenmehl 00	Pfd. 16 ⁴	Haselnüsse	Pfd. 42 ⁴	Tilsiter Fettkäse	Pfd. 68 ⁴	Lachs frisch geräuchert	Pfd. 110 ⁴
Vanille	3 Schoten 10 ⁴	Walnüsse französische	Pfd. 52 ⁴	Edamer echter	Pfd. 95 ⁴	Gänsebrüste pommersche	Pfd. 195 ⁴
Gelatine weiß	Pfd. 190 ⁴	Feigen	Pfd. 28 ⁴	Fetter Holländer	Pfd. 80 ⁴	Schinkenspeck mager	Pfd. 110 ⁴
Mandeln süß	Pfd. 190 ⁴	Datteln	Pfd. 36 ⁴	Schweizer Käse	Pfd. 68 ⁴	Rauchfleisch	Pfd. 100 ⁴
Korinthen	Pfd. 42 ⁴	Bananen gelb	10 Stück 48 ⁴	Fromage de Brie	Pfd. 68 ⁴	Geräucherte Mettwurst	Pfd. 78 ⁴
Sukade, Orangeat	Pfd. 65 ⁴	Weintrauben	Pfd. 45 38 ⁴	Bierkäse Münchner	Pfd. 55 ⁴	Leber- und Blutwurst	Pfd. 60 ⁴

Schweine-Fleisch 80⁴
Prima Qualität
Pfund

Sonnabend vormittag:
GROSSE LADUNGEN
junge fette Gänse 65⁴
8-12-Pfund schwer
Pfund

Zucker 21⁴
gemahlen . . . Pfund
in Würfeln Pfd. 23⁴

Die Erhebungen über die Arbeitszeit in der Binnenschifffahrt.

Im Jahre 1902 wurde dem Beirat für Arbeiterstatistik der Auftrag erteilt Erhebungen über die Dauer der im Binnenschiffahrtsgewerbe üblichen täglichen Arbeitszeit zu veranstalten. Später ist dieser Auftrag auf Wunsch des Beirats dahin erweitert, daß die Erhebungen auch auf die Sonntagsarbeit ausgedehnt werden.

Das Material, das durch Ausgabe von Fragebogen zusammengetragen wurde, ergab eine Bestätigung der vielfachen Klagen über unregelmäßige, lang ausgeübte Arbeitszeiten. Besonders die Güterschifffahrt auf der Oder und Elbe bot ganz außerordentlich mißliche Zustände. Arbeitszeiten von 14 bis 18 Stunden blieben keine Ausnahme; nicht selten aber kommt es vor, daß Tag und Nacht der Betrieb fortgesetzt wird, ohne daß der Mannschaft eine Ruhezeit gewährt wird. Bei längeren Fahrten kommt es vor, daß die Fahrt unterbrochen bis zu 70 Stunden fortgesetzt wird. Auch auf den märkischen Wasserstraßen kommen Fahrten, die Tag und Nacht ohne Unterbrechung fortgesetzt werden, vor, und muß anschließend daran die schwere Arbeit des Lösens oder Beladens von der Mannschaft übernommen werden.

Eine Sonntagsruhe während der Fahrt wird nirgends innegehalten, nur in den Häfen ist das Löschen und Beladen der Schiffe, abgesehen von einigen Ausnahmen, verboten, und ergibt sich somit hier eine Sonntagsruhe während des Festhaltens der Schiffe.

Durch die mündliche Vernehmung der Auskunftspersonen vor dem Beirat für Arbeiterstatistik ist bargelegt worden, daß in der Rheinischschifffahrt durch Tarifverträge mit dem Zentralverband der Heizer und Maschinenisten eine Regelung der Arbeitsverhältnisse erzielt wurde, die im wesentlichen dahin ging, daß der Mannschaft auf den Güterschiffen eine achtstündige Ruhezeit gesichert würde. Die Durchführung des Tarifs ist, wie von dem Direktor einer Schiffahrtsgesellschaft bekundet wurde, wenn auch mit einigen Schwierigkeiten, so doch möglich gewesen. Für den Fährbetrieb und die Gmerschiffe in Hamburg, den Fährbetrieb in Ludwigshafen ist gleichfalls durch Tarifvertrag die Arbeitszeit geregelt. Sodas hier gewisse Ruhezeiten eintreten und im Hamburger Fährbetrieb eine wöchentlich 66stündige Arbeitszeit festgelegt ist.

Ganz ungeteilt, vollkommen der Willkür der Gesellschaften überantwortet bleiben die Arbeitszeiten auf den übrigen Wasserstraßen.

Nach Abschluß dieses Teils der Erhebungen hat der Beirat für Arbeiterstatistik eine Umfrage an die Arbeitgeber gerichtet mit der Anfrage, ob infolge der Dauer der Arbeitszeit nachteilige Folgen für die Gesundheit der Arbeitnehmer hervorgetreten sind. Diese Anfrage ist von den Organisationen der Arbeitnehmer, zu denen hier auch die angestellten Schiffsführer und Kapitäne gerechnet wurden, überwiegend bejaht, von denen der Arbeitgeber dagegen in der Mehrzahl verneint. Zugleich haben alle diejenigen Organisationen, welche nachteilige Folgen der Arbeitszeit angenommen haben, diese Folgen auch als nicht ausgeglichen durch Arbeitsruhe zu anderen Zeiten des Jahres und daher als dauernd angesehen. Ingesamt haben im Reich dauernde nachteilige Folgen der Arbeitszeit für die Gesundheit in einzelnen Betriebsarten der Binnenschifffahrt:

	verneint		bejaht	
	Organisa- tionen	Mit- gl.	Organisa- tionen	Mit- gl.
Arbeitgeber	97	6223	21	2191
Arbeitnehmer	19	720	69	20333

In ähnlicher Weise wie zu der Frage, ob Gesundheits-schädigungen vorliegen, haben die Arbeitgeber und Arbeit-nehmerorganisationen auch zu der weiteren Frage Stellung genommen, ob eine Regelung der täglichen Arbeitszeit erforderlich und durchführbar erscheine. Während sich 88 Unternehmerorganisationen mit 6611 Mitgliedern gegen eine Regelung erklärt haben, halten 81 Arbeitgeberorganisationen mit 1779 Mitgliedern solche Vorschriften für erforderlich und durchführbar. Auf Seiten der Arbeiterorganisationen haben sich 76 mit 20733 Mitgliedern für, 12 mit 922 Mit-gliedern gegen die Durchführbarkeit und Notwendigkeit einer Regelung der Arbeitszeit ausgesprochen. In besonderen Ein-gang ist der ablehnende Standpunkt von Unternehmerorga-nisationen noch begründet und von dem Hafenarbeiterverband in einer Gegenschrift bekämpft worden.

Das gesamte Material ist dann mit einer bei den Kran-tenkassen veranstalteten Umfrage über Art und Umfang der Erkrankung der Binnenschiffer dem Reichsgesundheitsamt mit zur tatsächlichen Aufklärung unterbreitet. Das Gutachten ist im Juni 1910 erstattet und geht im wesentlichen dahin, daß durch die langandauernde Arbeitszeit besonders bei den Heizern sehr hohe Krankheitsziffern zu verzeichnen sind. Eine Gefährdung der Gesundheit scheint dann vorhanden, wenn die regelmäßige tägliche Ruhezeit so lange währt, daß die ununterbrochene Ruhezeit für die Mannschaft auf den Fähr-ten, die nur nach Bedarf fahren, weniger als 8 Stunden, dann Fahren in ununterbrochener Fahrt weniger als 10 Stunden, denjenigen Personendampfschiffen, welche lediglich dem Reise- und Ausflugsverkehr dienen, weniger als 7 Stun-den, denjenigen Dampfern, welche der Lokalschifffahrt dienen, weniger als 8 Stunden, den eigentlichen Güterdampfschiffen, den Segelschiffen und Schlepptähnen an den Bösch- und Vahetagen weniger als 10 Stunden, denselben Güterdampf-schiffen in der übrigen Zeit weniger als 8 Stunden, den Segelschiffen und Schlepptähnen in der übrigen Zeit wen-iger als 6 Stunden beträgt.

Am 30. November wurde nach langer Pause der Beirat für Arbeiterstatistik wieder einmal zusammenberufen, um in einem Gutachten an den Reichskanzler darzutun, welche gesetzgeberischen Maßnahmen er im Hinblick auf die Er-hebungen empfiehlt.

Der Referent in dieser Sache, Geheimrat Naumann, aus dem preussischen Handelsministerium blieb wesentlich mit seinen Vorschlägen hinter denen des Reichsgesundheits-amtes zurück. Er verlangt folgende Abweichungen von den Vorschlägen des Reichsgesundheitsamtes: Für die Fähr-dampfer im ununterbrochenen Betrieb nur für die Machi-nisten und Heizer eine 10stündige Ruhezeit, für die übrige Mannschaft nur eine 8stündige Ruhezeit, für die Segelschiffe und Lastkähne außerhalb der Schlepptähne hält er eine Regelung der Ruhezeit für unnötig und für die Schlep-p-dampfer und Kettschiffe will er eine Ruhezeit nur für

Oder, Elbe und Warthe, da nach seiner Meinung die Ver-hältnisse auf dem Rhein durch Tarifvertrag eine genügende Regelung gefunden haben.

Von dem Mitglied des Beirats Genossen Robert Schmidt waren umfangreiche Gegenvorschläge ausgearbeitet und wurden in der Sitzung eingehend begründet. Schmidt hielt die Mindestruhezeiten von acht Stunden für ungenügend, erhob aber im Einverständnis mit den beteiligten Organisationen keine allgemein weitergehenden Anforderungen, um wenigstens auf allen Wasserstraßen allgemein eine Mindestruhezeit herbeizuführen. Er verlangt deshalb, daß entgegen dem Referenten auch für den Rhein und die märk-ischen Wasserstraßen diese Ruhezeit vorgeschrieben wird, daß auch für die Personendampfer und Schlepptähne, für die der Referent nur 7 resp. 6 Stunden Ruhezeit empfiehlt, eine achtstündige Ruhezeit tritt und für die Fährdampfer, Gwer-schiffe mindestens 10 Stunden Ruhezeit ge-fordert wird. Diese Ruhezeiten sollen an die Zeit von 8 Uhr ab-ends bis 6 Uhr mor-gens gebunden sein und das Schiff still gelegt werden, da sonst von einer Ruhe der Besatzung nicht geredet werden kann und auch die Kontrolle unmöglich wird, wenn etwa durch Wechsel der Mannschaften die Ruhezeiten verlangt werden.

Der Vorschlag verlangt ferner die vollständige Sonntagsruhe für die Schifffahrt, wobei sich Schmidt zur Begründung seines Vorschlags auf Holland beruft, wo seit langem auch für die Schifffahrt die strikte Sonntagsruhe durchgeführt ist. — Alle diese Vorschläge wurden im Beirat für Arbeiterstatistik abgelehnt. Sie fanden von keiner Seite Unterstützung, nur die 10stündige Ruhezeit für die Fähr-dampfer fand bei einigen Reichstagsabgeordneten Befür-wortung, aber keine Mehrheit im Beirat. — Die Binnenschiffer hätten somit nach einer Erhebung, die acht Jahre dauerte, ein nur sehr geringes sozialpolitisches Ergebnis aus dem Schlussgutachten zu entnehmen, ganz abgesehen davon, zu welcher praktischen gesetzgeberischen Resultaten oder Ver-ordnungen diese Vorschläge überhaupt führen werden.

Die Binnenschiffer werden also gut tun, auf die Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse durch sozialpolitische Gesetze oder Verordnungen nicht zu warten, sondern sie werden das Bei-spiel ihrer Kollegen am Rhein befolgen müssen und in der Gewerkschaftsorganisation das Erkennen, was die Gesetzgebung und der Beirat für Arbeiterstatistik verlangt.

Soziales.

Der Schwanz der Reaktion. Der Hauptausschuß der nationalen Arbeiterverbände, der angeblich 110 000 Mitglieder vertritt, tagte am Sonntag in Magdeburg und nahm bei dieser Gelegenheit Stellung zum Arbeitskammergesetz. Die „nationalen“ Arbeiter haben es fertig gebracht, in einem Telegramm an den Reichstag und an den Bundesrat schwere Bedenken gegen die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre zu äußern. Um sich in empfehlende Erinnerung zu bringen, sandten die Herrschaften an den Reichskanzler „ehrerbietige Glückwünsche“ zu seiner „bedeutamen“ Reichstagsrede. Mit besonderer Genugtuung begrüßen sie die angeführten geschlichen Maßregeln gegen die „gewissenlose Verheerung unleres Volkes durch fanatische Agitatoren“. Die Gewalt-herrschaft der Sozialdemokratie müsse beseitigt werden. Jedenfalls war der Reichskanzler hoch erfreut darüber, daß sich in Deutschland Arbeiter finden, die mit seiner reaktionären Wirtschaft einverstanden sind, denn er schickte den Leuten folgendes Telegramm:

„Für Ihre freundliche telegraphische Begrüßung sage ich meinen besten Dank. Alle Bestrebungen, die sich auf den Ausgleich der wirtschaftlichen Gegensätze auf fried-lichem Wege und nationaler Grundlage richten, sind mir bei meinen Bemühungen, die staatliche Ordnung und persönliche Freiheit zu sichern, eine wertvolle Unterstützung.“ Wird man nicht unwillkürlich bei dieser Kundgebung an den Ausdruck des verstorbenen Abg. Bamberger er-innert, der im Reichstag einmal in die Worte ausbrach: „Hunde sind wir ja doch!“

Ist eine ungeschicklich zustande gekommene Arbeitsord-nung gültig? Die Direktion der Wolfram-Lampen-Aktien-Gesellschaft in Bechhausen bei Augs-burg ist durch die an den Tag gelegte soziale Minderndigkeit bekannt geworden. Vor einiger Zeit erließ die Firma eine neue Arbeitsordnung, die unglaublich rigorose Bestimmungen enthält und in gar keiner Weise den Bestim-mungen der Gewerbeordnung entspricht. In dieser Arbeits-ordnung wurde u. a. auch die bisher bestehende 14tägige Kündigungsfrist beseitigt. Bei der Ausarbeitung dieser Ar-beitsordnung sind die Arbeiter — entgegen den Bestim-mungen der Gewerbeordnung — nicht gehört worden, sie wurde ihnen einfach aufgezwungen. Die Arbeiterschaft protestierte gegen dieses ungeschickliche Vorgehen der Firma und erkannte die neue Arbeitsordnung nicht an. Die Antwort war die sofortige Entlassung mehrerer Arbeiter, die diesbezüglich bei der Direktion vorstellig wurden. Einer der entlassenen Arbeiter verklagte hierauf die Firma wegen Nicht-einhaltung der Kündigungsfrist auf Entschädigung für 14 Tage. Das Gewerbegericht Bechhausen hatte nun zu ent-scheiden, ob die Firma berechtigt war, Arbeiter auf Grund der ungeschicklichen Arbeitsordnung ohne Kündigung zu ent-lassen, nachdem bisher eine 14tägige Kündigungsfrist üblich war. Das Gewerbegericht bejahte diese Frage und wies die Klage kostenfällig ab. In der Urteilsbegründung heißt es: Das Gericht erkennt an, daß dem § 134 d der Gewerbeord-nung nicht Genüge geleistet ist, denn der Krankentassenauschuß könne in diesem Falle nicht als Arbeiterauschuß angesehen werden und nicht als Vertreter großjähriger Arbeiter gelten. Dennoch erachte das Gericht die Arbeitsordnung als gültig, denn die Verletzung der Bestimmung der Gewerbeordnung könne nur eine Bestrafung zur Folge haben. — Das Urteil des Gewerbegerichts Bechhausen muß als ein Fehlurteil be-zichnet werden. Die Festsetzung einer Arbeitsordnung ist ein Rechtsgeschäft. Der § 125 des B. G. B. sagt aber dar-über: Ein Rechtsgeschäft, welches der durch Gesetz vorge-schriebenen Form mangelt, ist nichtig. Auf diesen Stand-punkt hätte sich auch das Gewerbegericht Bechhausen stellen müssen.

Die Arbeitsverhältnisse im Chemigraphen- und Kupferdruckgewerbe sind aus einer vom Tarifamt soeben bearbeiteten Statistik zu ersehen. Hiernach gehören der Tarifgemeinschaft des Gewerbes 142 Firmen an. Von 8 Firmen mit 19 Schiffen ging kein Material ein. Die 134 tariffreien Firmen beschäftigen 2249 männliche und 16 weib-liche Gehilfen, die sich auf 10 verschiedene Berufe verteilen. Außerdem war von 18 nicht tariffreien Firmen mit 138 Ge-hilfen Material eingelaufen. Durch die gegenseitige Organi-

sationsverpflichtung ist seit 1908 die Zahl der tariffreien Prinzipale von 54 auf 142, der Verbandgehilfen von 698 auf 2511 gestiegen, sodaß heute 98,5 Prozent aller Gehilfen organisiert sind. — Im letzten Wochenlohn arbeiten 2211 Ge-hilfen und 90 (sämtliche) Kupferdrucker im Altford. Im Jahre 1908 war der Lohn bei 12,7 Prozent der Gehilfen noch unter dem Minimum, heute dagegen ist es nur noch für 1/2 Prozent. Mehr als das Minimum erhalten heute 90,6 Prozent aller Gehilfen. Der Durchschnittswochen-lohn beträgt 35,74 Mk. — Die Dauer der Arbeitszeit ist bei 2134 Gehilfen oder 89,4 Proz. eine 48stündige pro Woche; 84 Gehilfen arbeiten weniger als 48 Stunden und 198 arbeiten länger. 95 Proz. aller Gehilfen sind bei tarif-mäßiger Arbeitszeit beschäftigt. — Die Zahl der Lehrlinge ist seit 1908 von 263 auf 607 oder um 108,9 Proz. ge-stiegen, während zu gleicher Zeit die Zahl der Gehilfen um 137,3 Proz. stieg. Es ist demnach ein wesentlicher Rückgang der Lehrlingszahl zu verzeichnen. Da die prozentuale Zu-nahme der Gehilfenzahl eine größere ist, als die der Lehr-linge, so haben die Unternehmer eine Änderung der Lehr-lingskala beantragt und zwar dahingehend, daß schon auf 1—3 Gehilfen ein Lehrling gehalten werden kann, nach den jetzigen Tarifbestimmungen darf auf 1—4 Gehilfen ein Lehr-ling gehalten werden. Das Tarifamt wird in nächster Zeit hierüber entscheiden. — Auf dem Arbeitsnachweis waren im ersten Halbjahr 1910 durchschnittlich wöchentlich 111 oder 4,6 Proz. aller Gehilfen als arbeitslos eingetragten.

Arbeitslosenunterstützung. Auf Antrag der Sozialdemokraten bewilligten die Stadtverordneten in Mainz 10 000 Mark zur Unterstützung an Arbeitslose.

Die Bäckerberufsgenossenschaft gibt dem Germania-Verband immer wieder Veranlassung, Petitionen beim Reichstag ein-zureichen, um an den im Gewerbe bestehenden Schutzvor-schriften zu rütteln. Sie wollen insbesondere die Sonntags-ruhe verfürzen, indem sie den Verkauf im Ladengeschäft schon vor 7 Uhr morgens verlangen. Andererseits ist die Arbeiterschaft bemüht, die Fürsorge auszubauen, insbesondere ausreichende Ruhepausen innerhalb der anstrengenden und langwährenden Tätigkeit der Bäckergehilfen gesetzlich einzu-führen. So fordert eine der von den Gehilfen an den Reichstag gekommenen Petitionen die 66stündige Arbeits-unterbrechung in jeder Woche. Dabei machte ein Mitglied der Kommission, ein früherer Bäckermeister, die Bemerkung, daß sich der Maximalarbeitstag in den Bäckereien bewährt habe und daß man gegen Angriffe auf ihn zur Tagesord-nung übergehen könnte. Die Kommission beschloß, die über-weisung sämtlicher eingereicherter Petitionen als Material an den Reichskanzler dem Plenum vorzuschlagen.

Die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. Rhein macht durch Anschlag vom 12. Dezember-1910 bekannt, daß für alle Arbeiter mit seither 10, die 9-Stun-den-Schicht, mit Wirkung vom 1. Januar 1911 bei gleichblei-bendem Lohn Platz greifen soll. Für die 12-Stunden-Schicht-arbeiter in kontinuierlichem Betrieb bleibt vorerst die Arbeits-zeit bestehen, jedoch erfolgt als teilweiser Ausgleich eine Lohnhöhung von 2 Pfennig pro Stunde. Es handelt sich um einen chemischen Riesenbetrieb mit ca. 7000 Arbeitern, die zum großen Teil unter sehr gesundheitschädlichen Ver-hältnissen arbeiten. Die unausgesetzte Aufklärungsarbeit der Organisation hat ihre Früchte getragen. Hoffentlich folgt alsbald die Abschaffung der mörderischen 24-stündigen Wechfelschicht.

Die Ernte in Preußen ist im Jahre 1910 sehr gut ausgefallen. Nach einer Zusammenstellung der amtlichen Korrespondenz (Nr. 46 vom 10. Dezember) stellen sich die Erntemengen an Wintergetreide (die Saaten waren sehr gut durch den Winter gekommen) wie folgt: Weizen 2182 Tausend Tonnen (1909: 1876, 1908: 2064), Spelz 22 (27, 24), Roggen 7975 (8471, 8110), zusammen 10 179 Tau-send Tonnen gegen deren 10 874 und 10 198 in den beiden Vorjahren. Vom Sommergetreide brachte der Weizen 301 (389, 285), der Roggen 66 (71, 66), die Gerste 1689 (1936, 1749) und der Hafer 5291 (6050, 5123), zusammen 7347 (8446, 7214) Tausend Tonnen. An Körnerfrucht über-haupt sind also im Berichtsjahre 17 526 Tausend Tonnen gewonnen worden. Die reiche vorjährige Ernte ist 1910 zwar nicht erreicht worden, immerhin ist das Ergebnis aber günstiger, als im Durchschnitte der letzten zehn Jahre. An Brotfrüchten (Weizen, Spelz und Roggen) beträgt die diesjährige Ernteziffer 10 546 gegen 10 834 und 10 549 in den Jahren 1909 und 1908. Mit Ausnahme der Provinz Hannover und der Rheinprovinz weisen sämtliche Landesteile 1910 gegen das Mittel aus den zehn Vorjahren Mehreträge auf, die sich für Pommern, Posen und West-preußen auf 15,6, 14,9 und 11,5 v. H. berechnen für Branden-burg, Schlesien, Schleswig-Holstein und Ostpreußen auf 9,3, 8,7, 7,1 und 4,6 v. H. Den geringsten Überschuß hatten West-falen mit 0,1, Hessen-Nassau 1,5, Sachsen 1,6 und die Hohenzollernschen Lande mit 2,3 v. H. Die Provinz Hannover und die Rheinprovinz blieben mit 0,9 und 0,3 v. H. unter dem Mittel. Demnach stellt sich die letzte Ernte besser heraus, als fast sämtliche anderen in der zehnjährigen Zahlen-reihe; sie übertrifft den Durchschnitt aus diesem um 6,5 Hundertteile. Nur hinter der von 1909 bleibt die dies-jährige Kartoffelernte, die auf 32 730 Tausend Ton-nen geschätzt wird, übertrifft das Mittel aus den 10 Vor-jahren (30 654) und zwar um 6,8 v. H. Von den einzelnen Jahren brachten nur 1905, 1901 und 1909 mit 34 020, 33 998 und 33 720 Tausend Tonnen, 3,9, 3,9 bezw. 3,0 Hundertteile mehr. Die Ernteziffern sind aber 1910 sehr hoch und zwar im Staatsdurchschnitt 7,5 v. H. gegen 4,1 im Vorjahr, am höchsten in der Provinz Westfalen mit 12,1, in Schlesien, der Rheinprovinz und Schleswig-Holstein mit 9,7, 9,6 und 9,3; auch die Hohenzollernschen Lande, Hannover und Ost-preußen kommen mit 8,7, 8,6 und 7,7 noch über den Staats-durchschnitt. Trotz dieses vorzüglichen Erntergebnisses hört man nirgends etwas von einem Herabgehen der hohen Preise.

14 700 000 Kronen für Arbeiterwohnungen. Eine soziale Bewegung der gesamten norwegischen Ar-beiterchaft ist dieser Tage von Erfolg gekrönt wor-den: Die norwegische Wirtschafts- und Wohnungsbaufat in London eine Anleihe von 14 700 000 Kronen zu 4 Proz. aufgenommen, um billige Arbeiterwohnun-gen zu schaffen.

franken) von der Kanzel herab: „Zu denjenigen Zeitungen, die gegen den Glauben und gegen die guten Sitten verstoßen, gehören vor allem die „Fränk. Volkstribüne“ und das „Bayerische Wochenblatt“. Wer diese Blätter weiter liest, kann bei der Beichte nicht absolviert werden.“ Es scheint doch verdammt wackelig um den Zentrumsturm zu stehen, wenn die streitbaren Priester mit derartigen Mitteln dem Andrängen der roten Flut einen Damm entgegenzusetzen müssen.

Der Staat und die Armeen der Armen. In den Forsten des oberen Erzgebirges sind Tagelöhne von 2 Mk. keine Seltenheit. Auch auf diesen schmalen Lohn können die Arbeiter im Winter nicht rechnen, wenn Schnee und Kälte die Waldarbeit unmöglich machen. Was bleibt dem armen Forstarbeiter, wenn er nicht verhungern will, anders übrig, als im Winter dem Staate die schneeverwehten Straßen freizumachen, wenn die Arbeit in den Forsten ruht? Und was bezahlt der sozialpolitisch so einflussvolle Vater Staat für diese Tätigkeit im Schneesturm und bittere Kälte an die obererzgebirgischen Sommerarbeiter?

Ganze 12 1/2 Bfg. pro Stunde. Von früh 7 Uhr bis nachmittags 5 Uhr währt die Arbeitszeit. Ja, wenn nur die armen Leufel die paar Pfennige noch allwöchentlich bekommen. Ganze vier Wochen müssen sie warten, ohne Rücksicht darauf, ob die Familie zu Hause etwas zu essen hat. Glaubt man am grünen Tisch etwa, daß die Schneerauswerfer im Winter die im Sommer gemästeten Schweine verzehren oder von ihren Ersparnissen leben können? Und von dem Hungerlohn von 1,12 Mark täglich sollen die Schneerauswerfer auch noch ihren steuerlichen Pflichten gegen Staat und Gemeinde nachkommen und nebenbei auch ihre Familie nicht darben lassen!

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 11. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Das Wasser am Galle. — Die sozialistischen Stimmen bei den Wahlen in den Vereinigten Staaten. Von Algernon Lee. — Der

Bankrott der polnischen Anstaltungspolitik. Von Emil Caspari (Kattowig). — Die Beurteilung der Produktionsbedingungen der deutschen Textilindustrie bei wirtschaftlichen Kämpfen. Von S. Krähig. — Bürgerliche Jugendausschüsse. Von Paul Schiller (Charlottenburg). — Technische Rundschau. Von R. Wolbt. — Literarische Rundschau: Dr. Käthe Luz, Studien über die Entwicklung der Warenhäuser in Deutschland. Von J. Karstl. Frau Dr. V. Farbschein, Die Ziele der Frauenbewegung. Von Therese Schlegelinger. — Zeitschriftenchau.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Bfg.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: L. H. Sch. w. a. r. h. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.



Außergewöhnlich günstiges Angebot!

Zum herannahenden Weihnachtsfest haben wir von unserem Hauptgeschäft Altona große Posten moderner

Schuhwaren aller Art

erhalten und stellen dieselben zu hervorragend billigen Preisen zum Verkauf.



Ein Posten.
Dam.-Boxk.-Schnürst.
jetzt **7⁵⁰** Mk.

Ein Posten
Damen-Chevrettschnürstiefel
mit Lackkappe
jetzt **6⁹⁰** Mk.

Ein Posten
Damen-Filzschuhe
jetzt **1⁷⁵** Mk.

Ein Posten
Dam.-Leder-Haussch.
m. warm. Futter
jetzt **2⁷⁵** Mk.

Ein Posten
Herr.-Boxk.-Schnürst.
jetzt **8⁵⁰** Mk.

Ein Posten
Herr.-Wichsl.-Stiefel
jetzt **5⁵⁰** Mk.

Ein Posten
Herren-Filzschuhe
jetzt **2⁵⁰** Mk.

Ein Posten
Herr.-Leder-Haussch.
m. warm. Futter
jetzt **3⁵⁰** Mk.

Ein Posten
Kinder-Leder-Stiefel
Größe 18—21
jetzt **1⁵⁰** Mk.

Ein Posten
Kinder-Leder-Stiefel
bis Größe 35
jetzt **3⁵⁰** Mk.

Ein Posten
Kind.-Cord.-Ohrensch.
Größe 20—21
jetzt **60** Pfg.

Ein Posten
Dam.-Leder-Pantoff.
mit Korksohle
jetzt **1⁹⁰** Mk.

Selten günstige Gelegenheit, um den Weihnachtsbedarf zu decken.

Gratis erhält jeder Kunde bei einem Einkauf von 3.— Mark an einen eleganten **Zimmerschmuck.**

Schuhwaren-Verkaufshaus **J. W. Meyer, 95 Breitestr. 95.**

Sonntag, den 18. Dezember, abends bis 7 Uhr geöffnet.

Betten, Bettfedern
u. a. **Betten-Mittel**
kaufen Sie billig und recht bei
Markt **Otto Albers** Kohlmarkt
4. **10.**
z. B. kompl. Betten v. 12,50 Mk. an,
Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
Rote Lubeca-Marken.

Fahrrad- und
Nähmasch.-Rep.-Werkst.
Alle Fabrikate werden fachgemäß u.
billig ausgeführt unter prompter Be-
dienung. Email, Bernick, bill. u. gut.
Carl Heynert, Lübeck,
Moisl. Allee Ga. Fernspr. 352.

Total-Ausverkauf.
Meine billigen Preise
ermäßigen sich um 20
bis 25 Prozent.
Ernst Gentzen,
Uhren und Goldwaren,
Königsstraße 62.

Empfehle zum Sonntag prima
Queensfleisch, sowie junges kern-
settes Rindfleisch a Pfd. 65 Bfg.
Prima Bratenstücke Pfd. 70—80 Pf.
" Beefsteak " 110 "
" Filet " 130 "
" Rindfleisch " 90 "
" Rumpsteak " 90 "
" Roastbeef " 80 "
" Gulasch u. Gehack. " 80 "
" Schweinefl. Pfd. 75 u. 80 "
" Schinken " 80 "
Fettes Kalbfleisch von 80—100 "
Prima Hammelfleisch Pfd. 80 "
" Keule " 90 "
Prima Kalbfleisch " 80 "
" Keule " 70 "
sowie sämtliche Wurstsorten
zu billigsten Preisen.

Paul Boldt
Schlachterei mit elektrischem Betrieb
Wahmstraße 22.
Fernsprecher 2133.

W. Klüssendorf, Lübeck, Hülfstr. 116. Fernruf 1159.
Klempnerei und Installation. Reparaturwerkstatt.
Praktische Weihnachtsgeschenke.
Neu eingetroffen: Reizende Sachen in Gasfrouen, Ampeln, Pendel, Kristall- und Perlebesängen, Original-Alex-Hängelichtbrennern, Gasfrouen, Bratöfen, Blechspielmaschinen, Samenbaumstump, Biergeschänken, Weinflaschen, Speiseschränken, Blech- und Latierwaren in großer Auswahl.
Rote Rabattmarken über 4 % in bar.

F. Meyers Schuhwarenhaus, Hüxterdamm 2,
empfiehlt für den Winter
solides, kräftiges Herren-, Damen- und Kinder-Fußzeug,
sowie wasserdichte Schaftstiefel zu bekannt billigen Preisen.
Solide Reparatur-Werkstatt. Rote Rabattmarken.

So geht's, erst
muss man mit minderwertigem Zeug hereinfallen, dann erst denkt man an das echte Hansa-Backpulver.
Nährmittel-Fabrik Hansa
Stahmer & Wilms, Hamburg

Gratis 1 Dose
H. Cakes für 50
ausgeschnittene
Hansa-Brot.

Handschuhe für Erwachsene
20 Pfg.
Kaffee 10 Pfg.
Spezialkuchen für Kinder 10 Pfg.
abends nach 5 Uhr.
Carl Richter, Na der Mauer 22.

E. Boy, Königstr. 61. F. 1811.
Mattigallstr. 45.
Hamburger Eist, Schokolade,
Ecclesi, Robellan, Kaffee,
Lebende Post, Kaffee, Pfeffer,
Gewürze.

Zum Weihnachtsfeste!
Heinr. Beckmann
Schuhwarenlager
Reifersstrasse 3
empfiehlt
Herren-Schnür-, Zug- u. Schmalenstiefel Boxcall
7.50 8.50 9.90 10.50 11.50 Mk.
Damen-Schnürstiefel
Boxcall und Chevreauz
6.50 7.50 8.50 9.50 Mk.
Knaben- und Mädchen-Schnürstiefel
Boxcall und Chevreauz
No. 36-39 No. 31-35
6.90 5.25 5.75 6.90
No. 27-30
4.90 5.25 6.25 Mk.
Prima starke
Halbstiefel u. Arbeitsschuhe
in jeder Preislage.
Rote Rabattmarken.
Reparaturwerkstatt. Handarbeit.

Auf
Kredit
bis Weihnachten
Ausnahme-Bedingungen.

Anzahlung **20** Pfennig
Sie brauchen bei mir auf jede Mark
20 Pf. Anzahlung und **10 Pf.** Abzahlung monatl.
und Sie erhalten dafür
10 Pfennig Monatl. Abzahlung

Paletots Anzüge
für Herren, Burschen und Kinder,
Damen-Paletots, Kostüm-Röcke, Pelztrag, Bilder, Spiegel, Uhren.

Möbel Betten
Teppiche, Tischdecken
Portieren, Gardinen
Kinderwagen.

Alt bekanntes und beliebtestes Kredithaus
H. Kesten
17 Holstenstraße 17, 1. Etage.
Eingang von der Seite.
Sonntag bis 7 Uhr abends geöffnet.